Montag, 25. März 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 71 - 13.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 200,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Nachfolge? Nach der bisher schwersten innerparteilichen Niederlage des SPD-Landesvorsitzenden Bayerns, Rothemund, werden die Stimmen nach dessen Rücktritt lauter. Die SPD Frankens hatte die von Rothemund angestrebte Änderung der Parteistruktur abgelehnt. (S. 4)

Gemeinsamkeiten: In einem vorab veröffentlichten Artikel für das SED-Theorieorgan „Einheit" hat SED-Chef Honecker erstmals das nach dem Gespräch mit Kanzler Kohl in Moskau veröffentlichte deutsch-deutsche Kommuniqué als ein Papier bezeichnet, das aus einem gemeinsamen Interesse heraus auch eine gemeinsame Politik formuliert. (S. 8)

Elbgrenze: Nach einem SPD-Gutachten verläuft die zwischen Bonn und Ost-Berlin umstrittene Grenze in der Strommitte. (S. 4)

Vermittler: Die katholischen Bischöfe Nicaraguas wollen die Vermittlerrolle bei einem „nationalen Dialog" annehmen. Der Dialog, den die Oppositionsparteien und die „Contras" den Sandinisten angeboten haben, dürfe aber nicht auferlegt, sondern müsse von allen Seiten akzeptiert werden.

Unruhen: Bei Auseinandersetzungen in Gettosiedlungen Südafrikas starben mehr als zehn Schwarze. Besonders heftig waren die Unruhen in Kwanobhule bei Langa, wo drei Südafrikaner getötet wurden, die als Kollaborateure der Regierung galten.

Golfkrieg: Nach dem Bombardierungsstopp ziviler Ziele in Iran durch Bagdad hat auch Teheran die Angriffe auf Städte Iraks eingestellt. Die Attacken auf Tanker hingegen halten an. Im Golf wurden der Supertanker „Bolero" (Italien) und der Tanker „Eastern Star" (Malta) von irakischen Geschossen getroffen.

Eingreiftruppe: Saudi-Arabien wird den größten Teil der Eingreiftruppe (zwei Brigaden) stellen, deren Aufstellung von den am Golf gelegenen Staaten Arabiens geplant ist, sagte Kuwaits Verteidigungsminister Salem Al-Sabah.

Militärhilfe: Moskaus Militärhilfe für Kuba und Nicaragua seit 1979 war größer als die Militärhilfe Washingtons an alle Länder Lateinamerikas. (S. 8)

Heute: Kanzler Kohl bei Staatspräsident Mitterrand.

WELT-Serie Länderchefs

Kennen wir unsere Landesväter? Sind sie Politiker „zum Anfassen" oder Produkt einer sorgfältigen Öffentlichkeitsarbeit? In dieser Folge porträtiert Horst Stein Ernst Albrecht, seit 1976 Ministerpräsident Niedersachsens. Seite 7

WIRTSCHAFT

Wachstum: Die Ständige Konferenz der Industrie- und Handelskammern Europas rechnet 1985 mit einem Wachstum von 3 bis 3,5 Prozent in der Bundesrepublik, Großbritannien, Irland, Österreich und den Niederlanden. (S. 9)

Verwirrung: Die Mitteilung des US-Arbeitsministeriums, die Inflationsrate sei im Februar um 0,3 Prozent (Jahresdurchschnitt: 3,6 Porzent) gestiegen, sorgte für Kurssteigerungen an den Börsen. Zuvor hatte eine Meldung des Handelsministeriums, die von einer Steigerung des Preisdeflators um 3,6 auf 5,8 Prozent im ersten Quartal 1984 gesprochen hatte, Verwirrung ausgelöst. (S. 9)

Börse: Von heute an bietet die WELT einen neuen Service für die Leser des Börsenteils. Die Wochen-Schlußkurse der Börsen von New York, Toronto und Tokio, die bisher erst in der Dienstag-Ausgabe erschienen, werden von jetzt an im Wirtschaftsteil der Montagausgabe veröffentlicht. (S. 11)

ZITAT DES TAGES



„Die Aufgabe der Friedenswahrung beginnt mit der Bewahrung der unbedingten und absoluten Würde des einzelnen Menschen in allen Bereichen gesellschaftlichen Lebens und staatlicher Ordnung"

Der thüringische Landesbischof Werner Leich auf der Synode in Eisenach (S. 8)
FOTO: DPA/HEINZ WIESELER

KULTUR

Händel-Oratorium: Mit ihrer Inszenierung des Händel Oratoriums „Susanna", aufgeführt im Freiburger Theater, unterstrich die junge Münchenerin Annegret Ritzel, daß Händels Oratorien in Wirklichkeit verkappte Opern sind. Mit fast spielerischer Leichtigkeit wurden lange Da-Capo-Arien durch eine geschickte Regie verkürzt. (S. 15)

Ehrung: Der Volkshochschulverband, Stifter des Adolf-Grimme-Preises, ehrte Moderator Hans-Joachim Kulenkampff und Regisseur Eberhard Fechner. Kulenkampff habe das oft „kalte Medium Fernsehen" mit seinem Charme bereichert, und Fechner habe mit der Dokumentation über den Majdanek-Prozeß „ein exaktes Geschichtsbild" gezeichnet.

SPORT

Leichtathletik: Eberhard Munzert, Staatssekretär im NRW-Innenministerium, wurde neuer Präsidenten des Deutschen Leichtathletik-Verbandes. (S. 13)

Motorsport: Beim ersten Lauf zur Motorrad-WM in Kyalami wurde Anton Mang in der 250-ccm-Klasse hinter dem Amerikaner Spencer Zweiter. (S. 13)

AUS ALLER WELT

Kritik an Behörde: Nach dem Zusammenstoß zweier Tanker in der Meerenge von Messina, in dessen Folge auslaufendes Öl die Küsten zu verpesten droht, richtet sich die Kritik zunehmend gegen das Handelsschiffahrts-Ministerium in Rom. (S. 16)

Mode: Spielerei mit Widersprüchen ist das Motto von Frankreichs Modemachern. Ihre Präsentationen für den kommenden Winter sind figurbetont. (S. 16)

Wetter: Bewölkt. 7 Grad im Norden, sonst 9 bis 12 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Strauß warnt die CDU vor „Schleichwerbung" für FDP

„In Hessen gründlich schief gelaufen" / WELT-Interview mit dem CSU-Chef

DW. Bonn

Seine tiefe Abneigung gegen eine Zweitstimmen-Splitterung der CDU zugunsten der Freien Demokraten hat der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß in einem WELT-Interview zum Ausdruck gebracht. Mit Strauß sprach Manfred Schell.

WELT: Herr Strauß, der Bundeskanzler setzt auf ein längerfristiges, über 1987 hinausreichendes Bündnis mit der FDP. Jüngste Wahlen aber haben gezeigt, daß es für eine Regierungsbildung entscheidend auf das Resultat der CDU ankommt, also ein Stimmenaustausch zugunsten der FDP wenig bringt. Welche Konsequenzen muß die Union daraus ziehen?

Strauß: Ich war immer ein Gegner der Zweitstimmen-Manipulation. Das habe ich oft betont. Sowohl die letzte Bundestagswahl als auch die Wahl in Berlin hat gezeigt, daß sie nicht nötig ist, und daß sie der Union schadet. In der CDU wird man sich dessen allmählich bewußt. Aber ob man die Zweitstimmen-Splitterung wieder unter Kontrolle bringt, das ist sehr problematisch. Das wird sich wahrscheinlich auch in Nordrhein-Westfalen zeigen, wo es zwar keine Zweitstimme gibt, aber eine Schleichwerbung für die FDP. Und das geht zu Lasten der CDU. Manche machen jetzt in der Öffentlichkeit Front gegen diese Werbung, aber haben sie selbst ursprünglich mit allem Nachdruck betrieben.

WELT: Im Wahlkampf darf es nach Ihrer Meinung keine Koalition geben?

Strauß: So kann man es formulieren. Jede Partei muß für ihr Programm, für ihre Ziele, eine möglichst breite Wählerschicht ansprechen und darf nicht darauf spekulieren, wie man durch eine Werbung für eine eventuelle Koalitionspartei sich die Zukunft erleichtern kann. Das ist in Hessen ja gründlich schief gelaufen.

In diesem Zusammenhang fügte der CSU-Vorsitzende eine ironische Bemerkung an: „Viele Bürger haben ja den überraschenden Auftritt des FDP-Bundesvorsitzenden auf dem CDU-Parteitag in Essen erlebt. Aber was böse Zungen behaupten, daß die CDU sich um die Aufnahme in die FDP beworben hat, ist nachweislich falsch."

WELT: Der SPD gelingt es, wie das Saarland zeigt, in zunehmendem Maße grüne Wähler an sich zu ziehen. Welche Folgerungen ergeben sich daraus für die Union?

Strauß: Die Union muß den Teil der sogenannten grünen Wähler, denen es wirklich um den Schutz der Umwelt und nicht um den Umsturz unserer Gesellschaftsordnung, denen es also um die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen geht, für sich gewinnen. Da ist noch viel Aufklärungsarbeit nötig, weil das wahre Gesicht der Spitzenpersönlichkeiten der Grünen manchem Wähler von Anfang an nicht bewußt war. Im übrigen: Wenn diejenigen Wähler, die auf keinen Fall zur Union passen, SPD wählen statt die Grünen, dann ist mir das lieber. Die Sache wird dadurch nicht für uns, sondern für die SPD schwieriger, die ja in dem ständigen Konflikt mit der politischen Vernunft lebt.

WELT: Ein Bündnis mit der SPD schließen Sie auf absehbare Zeit aus?

Strauß: Die SPD selbst ist für eine Politik der Vernunft weitgehend bewegungsunfähig. Interessant ist, daß Willy Brandt das erkannt hat und uns eine sächliche Zusammenarbeit auf Schwerpunktfeldern angeboten hat. Das hat er nicht getan, um der Union zu helfen, sondern um die SPD aus ihrem Dilemma zu befreien.

WELT: Herr Strauß, welche politischen Prioritäten sollten von der Regierungskoalition in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode gesetzt werden?

Strauß: Die Prioritäten für die zweite Halbzeit der Legislaturperiode der Bonner Regierung und ihrer Koalition ergeben sich aus den Sachzwängen heraus. Dafür braucht man nicht einmal viele Meinungsumfragen zu veranstalten. Sie sind 1. Abbau der Arbeitslosigkeit, 2. Umweltschutz mit Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, 3. Klärung der rentenpolitischen Fragen für den Rest dieses Jahrhunderts und darüber hinaus, damit dieses jährliche Vexierspiel aufhört und 4. sicherheits- und rechtspolitische Entscheidungen, zum Beispiel das Demonstrationsstrafrecht und das Ehescheidungsrecht. Außerdem muß die Stellung

● Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Ermunterung

BERNT CONRAD

Die Briten sind für ihren Pragmatismus, Deutsche eher für emotionelle Verhaltensweisen in der Politik bekannt. Umso verblüffender war, daß bei den traditionellen deutsch-britischen Gesprächen in Königswinter diesmal Politiker der Bundesrepublik für staatsmännische Bescheidenheit plädierten, während Briten zu dynamischer Aktion aufriefen – und das ausgerechnet beim Thema der Wiedervereinigung Deutschlands, das bei den direkt Betroffenen weit mehr persönliches Engagement hervorrufen sollte als bei den Freunden von der britischen Insel.

Genau dies dachten auch viele der aus London Angereisten und stellten deshalb kritische Fragen nach dem, was die Deutschen denn nun wirklich, hinter dem taktisch bedingten Nebel einer Politik der kleinen Schritte, in der Deutschlandfrage zum Ziel hätten. Zu ihrem Erstaunen erfuhren sie, daß man in Bonn – jenseits aller Parteischranken – tatsächlich auf absehbare Zeit nicht viel mehr als kleine oder mittlere Schritte für gangbar hält, vor Unruhe warnt und über bessere Beziehungen zur „DDR" Erleichterungen für die Menschen anstrebt.

Mit den europäischen Alltagssorgen vertraute Briten wie der ehemalige EG-Kommissar Tugendhat lobten diesen Pragmatismus. Andere hingegen zeigten kein Verständnis für das Prinzip „Ruhe als erste Bürgerpflicht", sondern forderten nachdrücklich eine aktivere Wiedervereinigungspolitik Bonns. Ihr Votum lautete: „Die Akzeptierung der deutschen Teilung und der Berliner Mauer ist eine Schande."

Ein solcher Appell erfordert mehr als den von deutscher Seite vorgebrachten, fast verlegenen Hinweis auf „Machbares" und Nützliches. Denn was die Briten ansprachen, stieß in eine viel tiefere historisch-moralische Dimension, die bei uns im mühsamen Geschäft der Tagespolitik zu oft unbeachtet bleibt. Selbst von Natur aus kühle Engländer können einfach nicht begreifen, daß den Deutschen in der nationalen Frage die Gefühle ausgegangen sind. Manch Bonner Musterschüler mag das verwirren, ja schockieren, weil er gelernt hat, Kleinmut mit staatsmännischer Weisheit zu verwechseln. Gerade deshalb sollten die offenen Worte von Königswinter in den Kanzleien am Rhein Anlaß zum Nachdenken sein.

Britisches Plädoyer für deutsche Einheit

Ungewöhnliche Frontstellung gegen „deutsche Pragmatiker" / Teilung ist „unnatürlich"

BERNT CONRAD, Bonn

Können und sollen die Deutschen mehr für die Wiedervereinigung tun? In der Beantwortung dieser Frage gab es am Wochenende bei den 35. deutsch-britischen Gesprächen in Königswinter eine ungewöhnliche Frontstellung: „Britische Visionäre attackierten deutsche Pragmatiker", wie Professor Roger Morgan vom Europa-Institut für Politische Forschung in London zum Abschluß mit ironischem Unterklang formulierte.

Dahinter stand eine ernsthafte Diskussion, die sich an der Frage von britischen Teilnehmern entzündete, worauf die Bonner Deutschlandpolitik langfristig wirklich abziele. Offensichtlich können viele Briten nicht daran glauben, daß man sich in der Bundesrepublik mit einer Deutschlandpolitik der kleinen Schritte abgefunden habe und die Wiedervereinigung nicht mehr als ein in absehbarer Zeit durchsetzbares Ziel betrachte.

„Was auch immer in der Deutschlandpolitik passieren mag – wir möchten nicht davon überrascht werden. Wir wollen die Tagesordnung der Deutschlandpolitik für die nächsten 50 Jahre kennenlernen", sagte der Präsident der britischen Liberalen, Allan Watson, nicht ohne Mißtrauen. Andere britische Teilnehmer gingen noch einen Schritt weiter und ermunterten die Deutschen unverblümt, sich stärker zum Ziel der deutschen Einheit zu bekennen und mehr dafür zu tun, wie der konservative Abgeordnete Hugh Dykes formulierte.

Der liberale Lord Mayhew bezeichnete die Teilung Deutschlands und Europas als unnatürlich. „Ich sehe keine Sicherheit im Kampf für den Status quo", rief er aus. Die Europäer und die Deutschen sollten sich mit dem Eisernen Vorhang und der Mauer nicht abfinden.

Auf deutscher Seite plädierte Professor Wolfgang Seiffert (Kiel) ebenfalls für eine aktive Wiedervereinigungspolitik. Der ehemalige Botschafter Sigismund von Braun meinte, die Deutschen würden sich völlig unglaubwürdig machen, wenn sie die Wiedervereinigung abschreiben würden.

Die meisten Bonner Teilnehmer warnten jedoch – trotz grundsätzlicher Offenhaltung der deutschen Frage – vor Unruhe und „Dynamismus" in der Deutschlandpolitik. Professor Karl Kaiser meinte: „Wir haben gelernt, daß die Überwindung des Status quo nur über seine Anerkennung und allmähliche Veränderung möglich ist." Der frühere Berliner Regierende Bürgermeister Dietrich Stobbe (SPD) fragte: „Wollen Briten wirklich, daß der deutsche Nationalismus wieder zur Triebfeder deutscher Politik wird?" Im Interesse des Friedens müsse sich die Bundesrepublik realistisch verhalten.

Windelen: „DDR" hat weiteren Finanzbedarf

hrk./DW. Berlin

Äußerungen des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, haben Spekulationen über die Möglichkeit eines neuen Kredits an die „DDR" aufkommen lassen. Windelen hatte in einer Fernsehsendung des NDR erklärt, zwischen Bonn und Ost-Berlin lasse sich eine weitere Senkung des Zwangsumtauschs vermutlich nur durch einen finanziellen Ausgleich seitens der Bundesregierung erreichen. Windelen: „Die DDR braucht weiterhin dringend Valuta." Andererseits sei die Bundeskasse nicht in der Lage, „DDR"-Ausgleichsforderungen für eine Senkung des Zwangsumtauschs zu bezahlen.

Dennoch sollte sich „in vernünftigem Rahmen" eine Regelung finden lassen, erklärte Windelen. „Ich kann hier aber keine konkreten Erwartungen nähren", fügte er hinzu. Der Minister wandte sich in dieser Sendung der „Nordkette" entschieden gegen Vorwürfe von Anrufern, „DDR"-Übersiedler würden gezielt in den Westen geholt und nähmen ihren Landsleuten hier die Arbeitsplätze weg: „Wir lotsen niemanden aus der DDR heraus", sagte Windelen.

Die Übersiedler kämen angesichts vieler persönlicher Benachteiligungen. Viele Eltern, die sich um die Zukunft ihrer Kinder in der „DDR" sorgten, wollten trotz möglicher Startschwierigkeiten in den Westen. „80 Prozent der DDR-Bewohner sehen West-Fernsehen. Sie sind über unsere Probleme im allgemeinen sehr gut orientiert." 80 Prozent aller Neuankömmlinge hätten „innerhalb weniger Wochen" eine Arbeit gefunden.

Intern plädiert Genscher für Kohls Linie

Co. Bonn

Der FDP-Bundesvorstand hat sich dafür ausgesprochen, in der Frage einer Beteiligung an dem amerikanischen Forschungsprogramm für ein Weltraum-Defensivsystem (SDI) eine gemeinsame europäische Position herbeizuführen. Intern plädierte Bundesaußenminister Genscher bei seinen FDP-Kollegen für eine Beteiligung unter den von Bundeskanzler Kohl genannten Voraussetzungen.

Die Europäer dürften sich von der Weltraumforschung nicht ausschließen, weil ihnen sonst wichtige Erkenntnisse entgehen könnten, sagte Genscher. Eine solche Haltung sei möglich, weil die Verwirklichung des Forschungsprogramms noch keine Entscheidung darüber einschließe, ob aus der Forschung Entwicklung und aus der Entwicklung Produktion werde.

Der FDP-Vorstand unterstützte die auf dem Essener CDU-Parteitag geäußerte Meinung Kohls, „daß die Frage nach weltraumgestützten Defensivsystemen um so überflüssiger werden könnte, je mehr es gelingt, zu Vereinbarungen über drastische Reduzierungen der Offensivwaffen auf beiden Seiten zu gelangen". An mehreren Punkten des FDP-Kommuniqués schimmerte Skepsis über die grundsätzliche Zweckmäßigkeit einer Weltraumdefensivstrategie durch. Die Forderung der FDP nach einer gemeinsamen Haltung der europäischen Verbündeten spiegelte auch die vorherrschende Meinung der 35. deutsch-britischen Gespräche in Königswinter wider.

Seite 2: Moskaus Einbrüche
Seite 8: Auf der Suche

Griechenland noch ohne Präsident

Größere Chancen für Papandreous Kandidaten bei der dritten Abstimmung

DW. Athen

Das griechische Parlament hat auch im zweiten Wahlgang am Samstag noch keinen Nachfolger für den zurückgetretenen Staatspräsidenten Konstantin Karamanlis bestimmt. Begleitet von tumultartigen Auseinandersetzungen zwischen der sozialistischen Regierungspartei Pasok des Ministerpräsidenten Andreas Papandreou und der konservativ-liberalen Oppositionspartei „Neue Demokratie" konnte der von der Pasok nominierte Kandidat Christos Sartzetakis nicht die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit erzielen. Seine Erfolgschancen für den dritten Wahlgang am 29. März sind jedoch erheblich gestiegen, da er diesmal 181 Stimmen (im ersten Wahlgang 178) auf sich vereinigen konnte. Das ist eine Stimme mehr, als im dritten Wahlgang erforderlich ist.

Grund für die heftigen Wortgefechte, die zeitweise in Tätlichkeiten auszuarten drohten, waren die farblich unterschiedlichen Stimmzettel, die den Abgeordneten ausgehändigt wurden. Konstantin Mitsotakis, Führer der „Neuen Demokratie", legte Protest ein, weil seiner Ansicht nach der geheime Charakter der Abstimmung nicht mehr gewahrt sei. Er prangerte die „Destabilisierung des politischen Lebens" Griechenlands an. Die Abgeordneten hatten blaue Stimmzettel mit dem Namen Sartzetakis sowie unbeschriebene weiße Stimmzettel erhalten. Mitsotakis forderte vergeblich, daß zur Abstimmung Kabinen aufgestellt werden. Unmittelbar vor der Abstimmung nahm der Oppositionsabgeordnete Elefterios Kaloyannis sogar die Wahlurne unter den Arm und verließ mit ihr den Sitzungssaal. Er soll jetzt wegen „antiparlamentarischen Verhaltens" ein Parteiordnungsverfahren bekommen.

Alle 164 Pasok-Abgeordneten sowie die 13 Moskau-treuen Kommunisten und vier unabhängige Linke stimmten für den einzigen Präsidentschaftskandidaten Sartzetakis. Die 110 anwesenden Parlamentarier der „Neuen Demokratie" nahmen nicht an der Abstimmung teil. Ein Abgeordneter übte Stimmenthaltung, drei Stimmzettel waren ungültig.

Der interimistisch als Staatspräsident amtierende sozialistische Parlamentspräsident Yannis Alevras beteiligte sich nicht an der Abstimmung. Um für die entscheidende dritte Runde eine Mehrheit von 180 Stimmen zu sichern, hatten die Pasok-Abgeordneten am Mittwoch nach einer stürmischen Parlamentsdebatte entschieden, daß auch Alevras an der Abstimmung teilnehmen kann. Die Opposition bezeichnete diese Entscheidung als verfassungswidrig. Dennoch kündigte Alevras am Samstag an, er werde sich am dritten Wahlgang beteiligen.

Seite 2: Farbiges Votum

China und Südkorea spielen Torpedoboot-Affäre herunter

Seoul: Meuterei hatte keine politischen Ursachen

DW. Seoul/Peking

Peking und Seoul haben sich am Wochenende bemüht, den Konflikt um ein am Samstag in den südkoreanischen Hafen Kunsun abgeschlepptes, manövrierunfähiges Torpedoboot der chinesischen Kriegsmarine zu entschärfen.

Die chinesische Regierung forderte Südkorea auf, das Boot samt Besatzung „auf geeignetem Wege" zurückzugeben, und entschuldigte sich zugleich, daß drei chinesische Kriegsschiffe auf der Suche nach dem vermißten Boot in südkoreanische Territorialgewässer eingedrungen seien. Dies sei, wie es in einer Erklärung des Pekinger Außenministeriums hieß, unbeabsichtigt geschehen. Die Schiffe hätten nach Erkennen ihrer Position das Gebiet freiwillig verlassen.

Regierungssprecher in Seoul weigerten sich am Wochenende, irgendwelche Antworten auf Fragen nach einer möglichen Meuterei auf dem Torpedoboot oder nach Asylgesuchen zu beantworten. Offizielle Sprecher räumten nur ein, es habe einen Kampf an Bord gegeben, der „keine politischen Ursachen hatte".

Japanische Presseagenturen hatten zuvor berichtet, an Bord des Bootes, das am Donnerstag zusammen mit 15 anderen Kriegsschiffen den chinesischen Hafen Qingdao (Tsingtau) zu einer Übung verlassen hatte, sei es zu einer Meuterei gekommen, weil zwei Besatzungsmitglieder nach Taiwan desertieren wollten. Das südkoreanische Verteidigungsministerium teilte dazu nur mit, man habe sechs Leichen von Bord geholt.

Südkorea und China unterhalten keine diplomatischen Beziehungen. Beobachter gehen davon aus, daß der Zwischenfall möglichst geräuschlos erledigt werden soll, da es in den vergangenen Monaten Anzeichen für eine Annäherung zwischen beiden Regierungen gegeben hatte. Zu einer diplomatischen Krise zwischen beiden Ländern war es zuletzt im Frühjahr 1983 gekommen, als ein chinesisches Passagierflugzeug nach Seoul entführt wurde. Die sechs Entführer erhielten nach Verbüßung von einem Jahr Gefängnis Asyl in Taiwan.

Kampelman hilft bei MX-Abstimmung

DW. Washington

US-Präsident Ronald Reagan hat seinen Chef-Unterhändler bei den Genfer Abrüstungsgesprächen, Max Kampelman, überraschend in die USA zurückgerufen. Kampelman soll Reagan bei den beiden entscheidenden Abstimmungen über die Bewilligung zum Bau von weiteren 21 MX-Raketen am Dienstag und Mittwoch zur Seite stehen und auf den Zusammenhang zwischen dem MX-Programm und einem Fortschritt bei den Genfer Gesprächen hinweisen. Reagan beschwor das Repräsentantenhaus, wo die Demokraten in der Mehrheit sind, ebenfalls für das MX-Programm zu stimmen, nachdem der Senat sich bereits hinter Reagan gestellt hatte.

Seite 5: Starker Widerstand

Finnische KP steht vor ihrer Spaltung

DW. Helsinki

Der Sonderparteitag der Finnischen Kommunistischen Partei (SKP) hat dem wiedergewählten, auf eine betont „finnische KP" bedachten Parteivorsitzenden Arvo Aalto freie Hand zum Ausschluß der oppositionellen, strikt Moskau-treuen Minderheit gegeben. Spätestens bis zur Parlamentswahl 1987 müssen die von Moskau unterstützten Stalinisten sich wieder den Mehrheitsbeschlüssen fügen, sonst werden die Kommunisten mit zwei Listen antreten. Der dogmatische Flügel boykottierte den Parteitag und will eine eigene Tagung veranstalten. Die Spaltung der finnischen KP in zwei Flügel hatte 1968 mit Streit über den Einmarsch sowjetischer und anderer Ostblocktruppen in die CSSR begonnen.

Sowjet-Diplomat floh in die USA

DW. Neu-Delhi

Der Fall des seit einer Woche in Neu-Delhi vermißten sowjetischen Diplomaten Igor Gujescha hat gestern überraschende Aufklärung gefunden. Wie ein Sprecher des indischen Außenministeriums bestätigte, hält sich der Dritte Sekretär bereits in den USA auf, wo ihm politisches Asyl gewährt worden sei. Nach Angaben der Nachrichtenagentur UNI hatte Gujescha nach seinem mysteriösen Verschwinden am Sonntag vor acht Tagen zunächst Zuflucht in der US-Botschaft gesucht, von wo aus er in die USA gebracht wurde. Gujeschas Verschwinden hatte eine Großfahndung in Neu-Delhi ausgelöst. Noch am Samstag schien die Polizei völlig im dunkeln zu tappen und schloß eine Entführung nicht aus.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Klagemaurer

Von Peter Gillies

Während Regierungsmitglieder laut über Wachstumsraten von real drei oder gar mehr Prozent nachsinnen – das überträfe bisherige Projektionen deutlich –, hockt eine Branche im Schatten des Aufschwungs: die Bauwirtschaft. Sie schrumpft. Ihre Aufforderungen an den Staat, den Betrieben irgendwie Arbeit zu verschaffen, werden drängender, schärfer. Bedrückend für die Branche mag es sein, daß niemand sagen kann, wieviel Baukapazitäten wir brauchen.

Nun ist die Bauwirtschaft mit Abstand die an Umsatz bedeutendste Branche unserer Volkswirtschaft. Ihr Schicksal kann also dem Rest nicht gleichgültig sein, denn einen tragfähigen Aufschwung und – vor allem – bessere Beschäftigung werden wir erst bekommen, wenn auch dieser Zweig seine Strukturkrise überwindet. Es besteht also ein gesamtwirtschaftliches Interesse daran, den unbestritten nötigen Schrumpfungsprozeß abzufedern.

Dies heißt jedoch nicht, ihn durch öffentliche Bauprogramme dispensieren zu wollen. Damit würden – wie bei den vielen staatlichen Programmen – lediglich kostbare Steuergelder verschleudert, mit denen man sterbende, weil unrentable, Kapazitäten noch eine Weile künstlich beatmete, ohne ihren Untergang letztlich vermeiden zu können. Dieses Geld fehlt den besonders produktiven Investitionsbereichen schmerzlich.

Wohnungsbau, gewerbliche Bauten und der Tiefbau sind die drei Bereiche, deren Auftragslage unterschiedlich kritisch ist. Nach den schlechten Erfahrungen mit staatlich entfachten Strohfeuern bleibt der Branche nur die Wahl, sich im vielfach gesättigten Wohnungsbau durch Leistung und Preis für Neubau und Modernisierung zu empfehlen. Hier noch mehr Steuergeld einzuschießen, setzte die falschen Signale und entwertete den Immobilienbesitz breiter Schichten.

Der gewerbliche Bau profitiert bereits vom Aufschwung, und im Tiefbau finden die öffentlichen Hände langsam (vielleicht zu langsam?) zu einem stetigen Investitionsverhalten zurück. Der Staat schaufelt viele Milliarden in den Baumarkt, auch gibt es unterschiedliche Merkmale von Normalisierung. Jetzt ist die Stunde der Unternehmer.

Farbiges Votum

Von Heinz Barth

Blau-weiß sind die Farben Griechenlands. Weiß und Blau waren auch die Stimmkarten, die Andreas Papandreou im Parlament verteilen ließ, um zu kontrollieren, wie die Abgeordneten bei der Wahl des Genossen Oberrichters Christos Sartsetakis stimmten, des einzigen Kandidaten für die Nachfolge des ausgebooteten Staatspräsidenten Karamanlis. Auch beim zweiten Wahlgang reichte es nicht zur Zweidrittelmehrheit.

Gleichwohl darf Papandreou mit dieser manipulierten Generalprobe für den dritten Wahlgang halbwegs zufrieden sein, bei dem sein Mann die dann benötigte Dreifünftelmehrheit von 180 Stimmen knapp erreichen sollte. Seit langem hatte das Athener Parlament keinen Tumult mehr wie bei dieser von Papandreou gesteuerten Vorentscheidung erlebt, bei der es ihm darauf ankam, die unsicheren Kantonisten unter den eigenen Genossen einzuschüchtern, denen er zutraute, statt mit blauen mit weißen Karten der Enthaltung abzustimmen.

Grund zu dieser Befürchtung gab es reichlich. Größer noch als die Aufregung im Parlament war die der Öffentlichkeit. Die Griechen, von jeher bis an den Rand ihres Fassungsvermögens mit Politik aufgeladen wie eine neue Autobatterie mit Elektrizität, hatten schon negativ auf die rüde Art reagiert, mit der Karamanlis aus dem Amt gedrängt worden war. Der Versuch, ihn als Reaktionär darzustellen, kam nicht bei den breiten Wählermassen des Bürgertums an, die ihn als republikanische Symbolgestalt sehen, die lange vor der Obristen-Diktatur mit der Monarchie gebrochen hatte.

Nach dieser Vorgeschichte kann ein so grober Versuch der parlamentarischen Fälschung, wie ihn Papandreou jetzt inszenierte, das Vertrauen vieler Griechen nicht stärken, die sonst nicht ohne Verständnis für levantinische Tricks sind. Bis zu den im Herbst fälligen Neuwahlen könnte er für die Überstürzung zu bezahlen haben, mit der er die Demokratie in eine dem Ostblock angepaßte Volksfront umzuwandeln sucht.

Das Griechenland Athens war die Mutter der europäischen Demokratien. Aber das Griechenland Spartas war auch der Vater des Totalitarismus. Bevor es zu spät ist, sollte sich Papandreou darauf besinnen, daß Athen in der Geschichte tiefere Spuren hinterließ als Sparta.

Kriegs-Verlängerung

Von Jürgen Liminski

Die nahöstliche Region bietet wieder das gewohnt kriegerische Bild, einschließlich der Verlängerung in europäische Regionen: Drei Anschläge auf jordanische Einrichtungen in Rom, Athen, Nikosia, drei Entführungen von Angehörigen der französischen Botschaft in Beirut, zuhauf Anschläge und Schüsse aus dem Hinterhalt in Südlibanon.

Die Sendboten des Terrors sind wieder unterwegs. Sie sind den Staatsterrorländern Syrien, Iran, Libyen & Co. zuzuordnen, Kommandiergesellschaften mit unbeschränkter Haftung. Ihre Manager trafen sich in der vergangenen Woche in Damaskus, gemeinsam mit Ministern aus Südjemen und Algerien, die in dieser Branche allerdings nur Zulieferfunktionen erfüllen.

Die Manager des Terrors sind über den leicht steigenden Kurswert der Konkurrenz um die Hegemonie im arabischen Raum beunruhigt. Die Achse Kairo-Amman-Bagdad konnte in den letzten Wochen durch hektische Aktionen an der arabisch-diplomatischen Börse in der Tat einige Punkte verbuchen, auch wenn in Europa und Amerika das Interesse nur freundlich war. Diesen Kurszuwachs gilt es nun zu stoppen.

Die Aktionen sind ernstzunehmen. Ernster jedenfalls als die Drohungen des Arafat-Beraters, der auf einem von der Konrad-Adenauer-Stiftung bereitgestellten Forum mit der Ankündigung von einer Wiederaufnahme des Terrors in alter Stärke das Publikum überraschte, falls die gemeinsame Initiative Ammans, Kairos und der PLO Arafats nicht als Verhandlungsbasis anerkannt werde.

Vor den vergoldeten Zähnen der Altterroristen um Arafat braucht Europa nicht zu bangen. Anders ist es mit dem schiitischen Terror. Die religiös-fanatische Dimension entzieht ihn jeder Kalkulierbarkeit. Das Dokument, das dieser Zeitung zugespielt wurde, (siehe Seite 7) zeigt, wie weit der düstere Blick der Ayatollahs reicht. Wie sollen Botschaften, zum Beispiel die französische in Bonn, geschützt werden, wenn ein Selbstmord-Kommando mit einem Hubschrauber oder Segelflugzeug voll Sprengstoff in das Gebäude fliegt?

Sie führen einen totalen Krieg. Dementsprechend sollten die Abwehrmaßnahmen sein, auch im Vorfeld der Diplomatie.



ZEICHNUNG: MACNELLY/COPYRIGHT CHICAGO TRIBUNE

Markt und Umweltschutz

Von Lutz Wicke

Wäre Ludwig Erhard heute Wirtschaftsminister, dann fände er eine Situation vor, die der von Anfang der fünfziger Jahre ähnelt. Damals hieß die Aufgabe: Materieller Wiederaufbau der Bundesrepublik Deutschland und Schaffung von Arbeitsplätzen für ein Millionenheer von Erwerbslosen und Flüchtlingen. Die Aufgabe heute: ökologischer Wiederaufbau beziehungsweise Erhaltung der intakten Teile der Umwelt und Abbau der viel zu hohen Arbeitslosigkeit.

Damals war mit sozialistischer Planwirtschaftspolitik der Wiederaufbau nicht zu schaffen. Heute würde Ludwig Erhard erkennen, daß trotz einiger beachtlicher Erfolge (zum Beispiel Großfeuerungsanlagen-Verordnung) mit der bisherigen Ge- und Verbotspolitik die Umwelt letztlich nicht zu retten ist. Das Waldsterben ist das eklatanteste Beispiel des Versagens dieser Politik. Dies liegt am Grundfehler der meisten umweltpolitischen Vorschriften. Beispiel Luftreinhaltung: Der Unternehmer, der der Aufsichtsbehörde nachweist, daß eine bestimmte „nachträgliche Anordnung" (angeblich oder tatsächlich) aus wirtschaftlichen oder technischen Gründen „nicht geht", spart gegebenenfalls Millionenbeträge.

Statt die Innovationskraft der Unternehmen für kostengünstige Umweltschutzlösungen zu aktivieren, wird sie auf das Finden von umweltpolitischen Schlupflöchern gelenkt. Das ist ein Widersinn im System der Marktwirtschaft.

Was würde der Vater der Sozialen Marktwirtschaft tun? Im Grunde das gleiche wie in den fünfziger Jahren. Er würde den bestehenden Rahmen der Umweltpolitik so umgestalten, daß die stärkste Kraft jedes Wirtschaftssystems, das Streben nach Gewinn und Konsumnutzen, für und nicht wie bisher gegen den Umweltschutz wirkt.

Die besten Köpfe der Republik würde er beauftragen, den Vorschriftendschungel zu durchforsten und umweltpolitische Lösungen zu finden, die das Eigeninteresse aktivieren. Heilige Kühe würde es nicht geben: Vorschläge, die die Industrie (temporär) zusätzlich belasten und solche, die von der Opposition kommen (zum Beispiel Umweltabgaben) wären nicht von vornherein ausgeschlossen. Beispiele für bisher nicht genutzte marktorientierte Lösungen:

– Vorgabe von stufenweisen Minderungsverpflichtungen bei Altanlagen. Diejenigen Unternehmen, die zusätzliche Minderungen vorzeitig vornehmen, können diese an andere Unternehmen verkaufen (Vorbild USA).
– Die Haftung für Umweltschäden wird – zum Beispiel durch Beweislaständerungen – verschärft. Wer gegebenenfalls Millionen-Schadensersatz leisten (oder sehr hohe Versicherungsprämien zahlen) muß, wird von sich aus umweltfreundlich produzieren (Vorbilder Japan und USA).
– Liegt auch auf Streusalz Salzsteuer oder auf Nitratdünger eine Abgabe, wird mit beiden dosierter und umweltfreundlicher umgegangen.

Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt von Vorschlägen, wie das gesamte System der Umweltpolitik durch marktorientierte Lösungen ergänzt und umgestellt werden kann. In einer solchen Aktivierung des Eigeninteresses aller und durch gezielte zusätzliche staatliche Umweltschutzausgaben (kein Gießkannenprinzip) läge auch die Chance auf wesentlich mehr Arbeitsplätze. Die vorhandenen 440 000 Umweltschutzarbeitsplätze könnten auf ca. 700 000 erhöht werden. Allein 100 000 zusätzliche Umweltschutzbeschäftigte würden den Staat und die Beitragszahler 2,5 Milliarden Mark jährlich weniger kosten. Was liegt also näher, als den ohnehin notwendigen Umweltschutz verstärkt und gezielt in den kommenden Jahren hoher Arbeitslosigkeit zu verwirklichen?

Die hier skizzierten Vorstellungen will die Berliner CDU, „Ideenfabrik" und „Pilotanlage" der Bundes-CDU zugleich, durch ihr „Chancen-durch-Umweltschutz"-Programm in konkrete Politik umsetzen. Es ist zu hoffen, daß auch auf Bundesebene sich die CDU verstärkt auf ihre eigenen wirtschaftspolitischen Wurzeln und Erfolge besinnt und entsprechend der Regierungserklärung und den Forderungen des Bundestages mehr marktwirtschaftlichen Umweltschutz verwirklicht.

Eines erscheint sicher: Wird ein marktorientiertes Umweltprogramm im Sinne der Vorstellungen von Ludwig Erhard schnell realisiert, dann ist – neue, hausgemachte – Umweltverschmutzung in zehn Jahren kein Thema mehr. Utopisch? Genauso utopisch wie eine Prognose im Jahr 1950, daß 1960 die Bundesrepublik wieder ein blühendes Gemeinwesen sein würde.

Wurde in den fünfziger Jahren das Eigeninteresse aller zugunsten des Wiederaufbaus aktiviert, so kann heute die Umweltsanierung dadurch erreicht werden, daß wir den Eigennutz aller vor den Karren des Umweltschutzes spannen. Außerdem werden dann mehr und vor allem stärker auf die Zukunft gerichtete Arbeitsplätze und bessere, umweltfreundliche Wachstumschancen der Wirtschaft gegeben sein.

Wenn wir also eine neue marktorientierte Umweltpolitik betreiben, wenn ein durchsetzungsstarker Politiker mit einer mutigen Politik zum „Ludwig Erhard des Umweltschutzes" avanciert, dann kann dieses Feld den Boden für etwas bereiten, das man heute vielfach für eine historische Reminiszenz hält – für ein neues Wirtschaftswunder.

GAST-KOMMENTAR



Professor Lutz Wicke, TU Berlin, leitet das Fachgebiet „Wirtschaftswissenschaftliche Umweltfragen" am Umweltbundesamt und ist Mit-Autor des Buches „Der ÖKO-Plan – Durch Umweltschutz zum neuen Wirtschaftswunder" FOTO: DIE WELT

IM GESPRÄCH William Brock

Arbeit, Rosen und Bonbons

Von Fritz Wirth

Es war der erste Tag im Frühling. William Emerson Brock, Rosenzüchter in Chattanooga, war gerade im Garten inmitten seiner Blumen, als ihn ein Anruf Ronald Reagans von seinem Hobby wegholte. Der Präsident verehrte ihm eines der dornigsten Buketts der amerikanischen Politik, er trug ihm das Amt des Arbeitsministers an.

William Brock akzeptierte es nicht unbedingt enthusiastisch. Das Amt gehört zu den umstrittensten und am meisten vernachlässigten der Reagan-Administration. Es ist seit sechs Monaten verwaist, seit der bisherige Arbeitsminiser Raymond Donovan zunächst einen unbezahlten Urlaub nahm und schließlich in der vorletzten Woche zurücktrat, als bekannt wurde, daß er sich vor Gericht der Anklage des Betrugs und des Diebstahls stellen muß.

Die erste Tat des William Brock im neuen Amt war bereits ein Ereignis: Er ließ sich telefonisch mit dem Gewerkschaftsboß Lane Kirkland verbinden. Dieser formulierte anschließend einen Satz, den man seit Jahren in der Reagan-Administration von Gewerkschaftsseite nicht mehr vernommen hat: „Ich freue mich auf eine neue und konstruktive Zusammenarbeit mit dem Arbeitsministerium."

Denn dieser Dialog mit Kirkland war unter dem bisherigen Arbeitsminister Donovan praktisch zusammengebrochen. Ronald Reagan hat deshalb mit William Brock nicht nur ein leeres Amt neu aufgefüllt, diese Ernennung war ein politisches Programm. Es war das Signal des Präsidenten, die Ära der Konfrontation mit der amerikanischen Gewerkschaftsführung zu beenden. William Brock pflegt Lane Kirkland, den Chef der AFL-CIO, „meinen alten Freund" zu nennen.

Zwar hat Reagan bei der letzten Wahl, ähnlich wie Margaret Thatcher in Großbritannien 1983, trotz gespannten Verhältnisses zur Gewerkschaftsführung einen großen Teil der Arbeitnehmer gewinnen können. Die Ernennung Brocks soll dennoch unnötige innenpolitische Spannungsfelder abbauen.

Kaum jemand eignet sich dafür besser als Brock. Er ist ein auf Ausgleich bedachter, aber dennoch nicht unbedingt kompromißfreudiger Politiker. Er steht dem rechten Flügel der Republikaner nahe. Seine politische Karriere begann er im Repräsentantenhaus. Er wechselte später in den Senat, wo er im Jahre 1976 abgewählt wurde. Danach konzentrierte er sich vor allem auf parteiorganisatorische Tätigkeit. Er wurde 1977 Vorsitzender des Nationalkomitees der Republikaner (Parteivorsitzender) und bemühte sich in jener Zeit, seine Partei auch zu jenen Minderheiten zu öffnen, die demokratisch zu wählen neigen, den „Hispanics", Juden und Gewerkschaften. „Wir müssen aufhören, als Partei nur zu uns selbst zu sprechen", war seine Losung.



Zäher Verhandler: Reagans neuer Arbeitsminister Brock FOTO: AP

Obwohl er im Wahlkampf 1980 zu Reagan eher Distanz hielt, holte ihn dieser als Chef-Unterhändler für internationale Handelsfragen in sein Kabinett. Seine Gesprächsparter haben ihn als einen harten, aber fairen Gegner respektieren gelernt. „Wer sich vier Jahre lang auf diesem Gebiet behaupten kann, kann fast mit jedem verhandeln", erklärte Ronald Reagan, als er seinen neuen Arbeitsminister vorstellte.

Der 54jährige studierte Volkswirtschaft, diente drei Jahre bei der Marine und leitete vorübergehend das Geschäft seines Vaters. Diese private Tätigkeit könnte ein gutes Omen für seine künftige politische Arbeit sein: Er produzierte Bonbons.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

RHEINISCHE POST

Die Düsseldorfer Zeitung meint zum Wahlkampf:

Das Land an Rhein und Ruhr stand am Schlußtag des 33. CDU-Bundesparteitags in der Reviermetropole Essen so stark im Vordergrund, daß die regierende SPD zur selben Stunde in Dortmund eine Bundeskonferenz abhalten zu müssen glaubte, damit die öffentliche Aufmerksamkeit ja nicht allein Kohl, Worms und Biedenkopf und anderen Wahlkämpfern der Union zuteil würde. Das scheint auch Nervosität zu bezeugen. Sie ist verständlich, wenn vor allem die wirtschafts- und strukturpolitische Bilanz der 19jährigen SPD-Regierungsverantwortung für das Ruhrgebiet gezogen wird.

Frankfurter Allgemeine

Das Blatt kommentiert die SDI-Äußerung des Bundespräsidenten:

Bundespräsident von Weizsäcker hat offensichtlich Bedenken gegen das unter dem Kürzel SDI bekannte Projekt der Vereinigten Staaten zur Verteidigung aus dem Weltraum. Er hat diese Reserven jetzt beim deutsch-englischen Gespräch in Königswinter nicht mit letzter, aber doch mit vorletzter Direktheit vorgebracht. Leider könne er nicht deutlicher werden, sagte der Bundespräsident am Schluß. Aber wie deutlich soll er sich überhaupt zu einem solchen Gegenstand öffentlich äußern? Die Bundesrepublik muß zu dem SDI-Projekt Position beziehen. Das wird Sache der Bundesregierung sein, des Kanzlers und des Außenministers im besonderen. Das Staatsoberhaupt hat hier keinen Auftrag.

The New York Times

Hier heißt es zur Rüstungskontrolle und zum neuen Groß-Radar in der UdSSR:

In dem Wust angeblicher sowjetischer Überschreitungen gibt es jedoch einen wirklich besorgniserregenden Fall: das neue sowjetische Radar bei Krasnojarsk in Sibirien ...Das (amerikanische) Verteidigungsministerium meint, das Radar sei dafür gebaut, anfliegende Gefechtsköpfe zu verfolgen und Abfangwaffen zu steuern. Der CIA dagegen ist offenbar zu dem Schluß gekommen, das Radar sei eher als Frühwarneinrichtung eines Angriffs geeignet. Beide Thesen würden eine Verletzung des ABM-Vertrages bedeuten, die Moskau sehr schnell bereinigen sollte.

Über Genf wird im Weltraum entschieden

Moskaus Einbrüche in die westliche SDI-Diskussion / Von Herbert Kremp

Bei seinen Gesprächen am Rande der Moskauer Beisetzung stellte der Bundeskanzler fest, daß auch neutrale Regierungschefs, wie beispielsweise der indische Premier Rajiv Gandhi, die Ansicht vertreten, daß Moskau infolge der Weltraum-Initiative Reagans nach Genf zurückgekehrt sei. Diese Meinung hat sich weltweit durchgesetzt, auch die Sowjets widersprechen ihr nicht. Sie reden und schreiben vielmehr unaufhörlich über den Weltraum, dem sie offensichtlich Priorität beimessen. Man muß daraus folgern, daß sie an Verhandlungen interessiert sein werden, solange die USA am Thema Weltraum-Defensive festhalten und zur Stützung der Glaubwürdigkeit auf die Zustimmung ihrer Verbündeten verweisen können.

Die Haltung der Sowjets ergibt sich zwingend aus der umgekehrten Logik. Sie wollen die amerikanische Weltraum-Defensive schon in der Forschungsphase durchkreuzen, weil sie ihre insgesamt überlegene nukleare Offensiv-Kapazität durch das Projekt bedroht sehen. Sie erkennen schärfer als manche Politiker und Beobachter im Westen, daß bei technologisch basierten Waffensystemen die Forschung den entscheidenden Schritt darstellt, die Implementierung hingegen den sehr viel kürzeren dd einfacheren letzten. Sie wollen in Genf daher nicht zu einer Begrenzung der strategischen und Mittelstreckenraketen gelangen, sondern einen politischen Prozeß einleiten, der die westeuropäischen Staaten in Position gegen die amerikanischen Pläne bringt. Ob sie damit die Weltraum-Defensive der Amerikaner vereiteln können, bezweifeln sie selber. Sie rechnen sich jedoch Chancen aus, die Beziehungen im westlichen Bündnis zu stören.

Ein Beleg dafür sind die propagandistischen und semantischen Anstrengungen, der amerikanischen Weltraum-Defensive den Charakter eines „gefährlichen militaristischen Planes" (Prawda), eines neuen „Wettrüstens im Weltraum", also praktisch einer neuartigen „Gefährdung des Friedens" zuzusprechen. Der Kreml versucht damit von zwei Tatsachen abzulenken: Erstens davon, daß er selber nicht nur den ersten Rang bei der Bekämpfung von Satelliten errungen hat, sondern mit Energie auch an einer ähnlichen, im Vergleich zu den USA allerdings technologisch weniger fortschrittlichen weltraumgestützten Raketenabwehr arbeitet. Zweitens davon, daß er die eigene Weltraumforschung als eine in die Perfektion führende Ergänzung seiner überlegenen konventionellen und nuklearen Offensiv-Mittel betrachtet und nicht, wie die Amerikaner, als eine grundsätzliche Wende von Angriffs- zu Verteidigungsstrategien. Die Sowjets wollen unter allen Umständen den Droh-Charakter ihrer offensiven Waffen erhalten, weil einer auf Expansion angelegten Politik ein anderes Drohpotential nicht zu Gebote steht.

Was haben die Sowjets mit ihren desinformierenden Attacken gegen die amerkanische Weltraumdefensive bis jetzt erreicht? Nicht den Durchbruch, wohl aber Einbrüche in die westliche Diskussion. Diese hat an Schärfe und an Unschärfe zugenommen. Während die Regierung Reagan entschlossen ist, die spielentscheidende Projekt-Forschung voranzutreiben, werden in Westeuropa vorwiegend Bedenken gegen das Projekt ausformuliert. Über die grundlegende Philosophie, an die Stelle gegenseitiger Vernichtungsandrohung Schutzvorrichtungen gegen die Vernichtungsmöglichkeit zu setzen, wird kaum gesprochen. Der Unterschied zwischen SDI-Forschung und System-Realisierung wird gegen besseres Wissen vergrößert, um gegenüber Washington und Moskau mit Hilfe eines angeblichen Sacharguments Distanz vorzuspielen. In der internen Regierungs-Diskussion gilt Genscher als Gegner einer Forschungs-Beteiligung („Wer da drin ist, kommt nicht mehr heraus"); in der internen FDP-Diskussion (Bundesvorstand vom 23. März) tritt er dafür ein, weil er sein Bedenken beim Kanzler nicht durchsetzen kann.

Der FDP-Bundesvorstand veröffentlichte die Zustimmung zu einem Bericht des Außenministers, in dem unpräzise, ausdeutbare Begriffe verwendet werden. So wird die Beteiligung an der Weltraumforschung als „Frage" qualifiziert (als etwas also, was noch nicht geklärt ist). Für den Weltraum „vorbeugende Rüstungskontrolle" als „vereinbart" hinzustellen, erweckt den Eindruck, als sei im Weltraum noch nichts geschehen – obwohl gerade die Sowjetunion alles andere als jungfräulich dasteht. Die Warnung vor dem Streben nach Überlegenheit wird ohne Differenzierung ausgesprochen, obwohl an anderer Stelle und bei anderer Gelegenheit die sowjetische Überlegenheit in der konventionellen Rüstung und Präsenz, auf dem Gebiet der Mittelstrecken-Raketen und im Bereich strategischer Waffen beklagt wird.

Das sowjetische Weltraum-Satellitenprogramm wird nicht erwähnt. Es fehlt jede zustimmende Äußerung zum amerikanischen SDI-Programm, das die Sowjets an Genf fesselt. Deshalb werden mit Vorbedacht nur Anmerkungen Kohls beim Essener Parteitag zitiert (zustimmend), mit keinem Wort jedoch die richtungweisende Rede bei der Münchener Wehrkundetagung. Ein Stück Außen- und Bündnispolitik versinkt im Nebel.

Das Ländle gibt in Moskau seine Visitenkarte ab

Baden-Württembergs Industrie spielt derzeit in Moskau Trumpfkarten ihres Könnens aus. 143 Firmen, die sich zu einer Landesausstellung in der sowjetischen Hauptstadt eingefunden haben, wollen auf diese Weise ihre Chancen bei Auftragsvergaben wahren und verbessern.

Von WERNER NEITZEL

Großes Gedränge und russisches Stimmengewirr auf einem nachgebildeten Marktplatz vor schwäbischer und badischer Altstadtkulisse. Neugierig beäugen in Scharen *herbeigeströmte, pelzbemützte* Sowjetbürger den ersten Benz-Motorwagen, das Modell eines Dornier-Flugboots, die lebensgroßen Puppen in Gestalt von Fasnethexen und Schellenträgern.

Das Musterländle Baden-Württemberg verbreitet in einer von drei voll belegten Messehallen im Moskauer Ausstellungsgelände Sokolniki-Park einen Hauch von Atmosphäre, wie sie zwischen Neckar, Schwarzwald und Bodensee anzutreffen ist, vom Kulturgut und der dort entstandenen Wirtschaftskraft. Was heute in Produkt und Verfahren den Rang des Wirtschaftspotentials im südwestdeutschen Bundesland ausmacht, davon können sich die Besucher in den beiden anderen Messehallen ein gutes Bild machen.

Eine Schau ohne große Publizität

„Man wird aus dieser Veranstaltung sicherlich nicht ein politisches Freudenfest mit den Deutschen machen", war von Beobachtern der Moskauer Szene zu hören, die einem allzu hohen Erwartungshorizont vorzubeugen versuchten. Sieht man von spärlichen Zeitungsnotizen ab, so weist tatsächlich so gut wie nichts auf diese bis zum 27. März stattfindende Leistungsschau der baden-württembergischen Industrie hin.

Dennoch halten Messestrategen eine Zahl von um die 700 000 Besucher der neuntägigen Veranstaltung für möglich. Die Mundpropaganda funktioniert offenbar. Der Zugkraft moderner Erzeugnisse des Maschinen- und Anlagenbaus, der Fahrzeugtechnik, der Elektrotechnik und einer ganzen Reihe technologisch hochwertiger Produkte anderer Sparten der innovationsfreudigen Industrie aus dem „Ländle" wird einiges zugetraut.

Der weit überwiegende Teil der Aussteller ist von Größenordnung und Struktur her mittelständisch. Einige von ihnen, Spezialisten auf einem ganz bestimmten Gebiet, haben sich, um ein Komplettprogramm präsentieren zu können, auf Gemeinschaftsständen zusammengetan. Großfirmen mit klangvollen Namen betätigen sich gewissermaßen als Zugpferde. Denn sie sind seit Jahr und Tag auf dem sowjetischen Markt, beschicken dort regelmäßig die wichtigsten Fachmessen und verfügen über vielfältige Kontakte.

So ist natürlich auch Daimler-Benz mit von der *Partie* und *zeigt auf der* Moskauer Ausstellung – von Menschentrauben umlagert – einen Querschnitt durch sein Programm. Der Ulmer Lastwagenbauer Iveco Magirus, von dem sich in der Sowjetunion heute etwa 10 000 Lkw für die verschiedensten Zwecke im Einsatz befinden, beteiligt sich ebenso wie Bosch, BBC oder auch der im Ostgeschäft sehr rrsierte Schuh-Konzern Salamander. Opton, so nennt sich die Oberkochener Firma Carl Zeiss aufgrund eines Arrangements mit Carl Zeiss Jena auf den Ostmärkten, präsentiert ein Produktspektrum, das sich vom Brillenglas bis hin zur Mehrkoordinaten-Meßmaschine spannt.

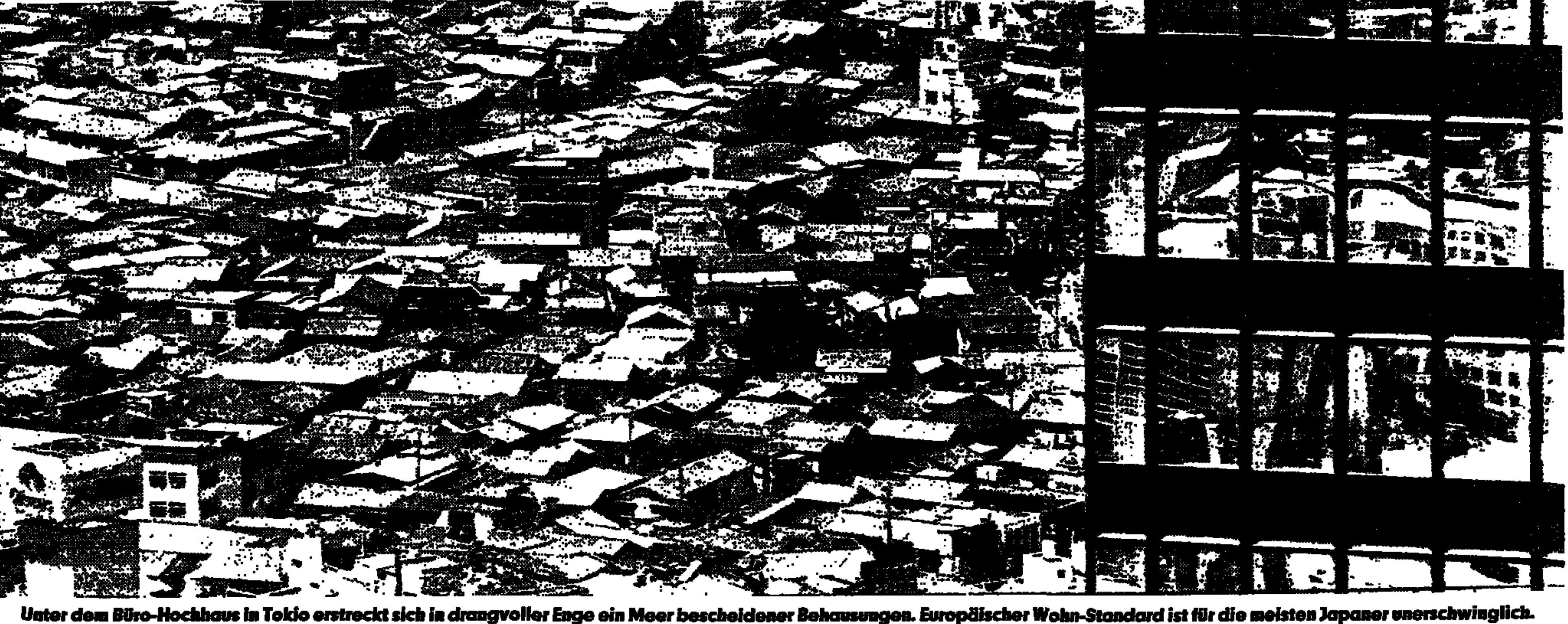
Umfassend ist das Angebot des Werkzeugmaschinenbaus, der in Moskau die größte Ausstellergruppe stellt. Er ist es auch, der – großenteils schon lange und in teilweise beträchtlichem Umfang auf jenem Markt aktiv – sich besonders große Hoffnungen auf weitere Aufträge macht. „Der größte Teil der Firmen wird, ohne einen größeren Auftrag in der Tasche zu haben, aus Moskau wieder abreisen", prognostiziert in realistischer Einschätzung BBC-Vorstandsmitglied Hans Freiländer, zugleich auch Vorsitzender des Landesverbandes der baden-württembergischen Industrie. „Man braucht einen langen Atem", sagt Günther Fahr, geschäftsführender Gesellschafter der Stuttgarter Maschinenbaufirma Werner & Pfleiderer. Die Mühlen der Administration und Bürokratie mahlen in der plangelenkten Sowjetunion eben besonders langsam.

Auf den günstigen Zeitpunkt der Landesausstellung im Vorfeld eines 1986 beginnenden neuen Fünfjahresplans der UdSSR, dessen Schwerpunkt bei der Modernisierung der Produktion liegen dürfte, verweist der baden-württembergische Wirtschaftsminister Martin Herzog. Er ist an der Spitze einer großen Wirtschaftsdelegation in der sowjetischen Metropole, hat die Messe eröffnet und führt Gespräche in Moskauer Fachministerien. Er versichert, daß die spezialisierten Firmen aus Baden-Württemberg besonders gute Partner sein können.

Lothar Späth kam als Bundesratspräsident

Bereitschaft zur Zusammenarbeit wird auch von offizieller sowjetischer Seite bekundet, wobei man kaum eine Gelegenheit verstreichen läßt, den bekannten politischen Zeigefinger in der Sicherheitsfrage zu heben. Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth, von dem die Idee zu dieser Landesausstellung in Moskau stammt, reiste zum Bedauern vieler Aussteller erst am Wochenende an, um in seiner Eigenschaft als Bundesratspräsident politische Gespräche zu führen.

Die von einem ansehnlichen kulturellen und sportlichen Rahmenprogramm begleitete Ausstellung, zu deren Realisierung aus Landesmitteln Millionenbeträge eingeflossen sind, soll jedenfalls keine Eintagsfliege bleiben. Weitere Ausstellungsbeteiligungen werden ins Auge gefaßt. Vorangegangen war in Moskau bereits im Jahre 1978 eine Konsumgüter-Ausstellung des Landes Bayern. Nordrhein-Westfalen wartet gespannt auf *das baden-württembergische Messe-*Resultat und will dann im Spätsommer 1986 eine eigene Landesausstellung in Moskau aufziehen.



Unter dem Büro-Hochhaus in Tokio erstreckt sich in drangvoller Enge ein Meer bescheidener Behausungen. Europäischer Wohn-Standard ist für die meisten Japaner unerschwinglich. FOTO: WOLFGANG STECHE

Da kann dem Land schon das Lächeln vergehen

Japan – das ist der technologische Gigant im Fernen Osten, die wirtschaftliche Herausforderung, das Land des Booms. Das Image steht. Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Denn es gibt ein Japan, über das man ungern spricht: das Land der eng begrenzten Möglichkeiten.

Von FRED de LA TROBE

Auf der Weltausstellung Expo '85 in der japanischen Wissenschaftsstadt Tsukuba stellt sich Japan als technologische Großmacht vor. In einer farbigen Schau feiern Elektronik und Mechatronik Triumphe. Scharen von Robotern tanzen, spielen Fußball, klettern auf Bäume, porträtieren Besucher, spielen Orgel, wuchten Gewichte oder montieren kleine Kopien von sich selbst. Technischer Fortschritt zeigt sich auch eindrucksvoll bei vielfältigen Computerspielen, dreidimensionalen Filmen oder biotechnologischen Aufzucht-Methoden.

Auf diesem Jahrmarkt der Technologie triumphiert die japanische Rekordsucht: Der größte Roboter der Welt, der weitestflächige Fernsehbildschirm, das höchste Riesenrad auf dem Globus, die ertragreichste Tomatenstaude sind zu bewundern. Die Liste der Superlative läßt sich leicht fortsetzen. In vielem läuft die Expo '85 auf eine große Selbstdarstellung Japans hinaus.

Wer angesichts dieser Glanzlichter Japaner darauf aufmerksam macht, zu welchem Wohlstand sie es doch gebracht haben, begegnet verständnislosen Gesichtern. Wohlstand? „Davon merken wir aber wenig", heißt es dann. „Die Qualität unseres Lebens ist vergleichsweise gering." An dieser Feststellung ändert auch der Hinweis nichts, daß Japan als zweitgrößte Wirtschaftsmacht für über ein Zehntel des Welt-Bruttosozialprodukts aufkommt und zur größten Gläubiger-Nation aufgerückt ist.

Der Widerspruch zwischen statistisch belegtem Reichtum und mäßiger Selbsteinschätzung verblüfft kaum, wenn hinter der imponierenden *Kulisse des Hochmodernen die* unterentwickelte Infrastruktur Japans gesehen wird. Die Städte wirken chaotisch, öffentliche Wohlfahrt, Straßen- und Wohnungsbau sind jahrzehntelang Stiefkinder des Fortschritts geblieben. Der Unterbau der industriellen Großmacht Japan ist nicht viel fester gefügt als der eines zweitrangigen Entwicklungslandes.

Das Erlebnis dieses Kontrastes zwischen hochmodern und rückständig ist bei der durchschnittlich zweistündigen Autofahrt von Tokio zum Expo-Gelände sehr eindrucksvoll. In den Industrievororten im Norden der Hauptstadt wimmelt es von häßlichen Klein- und Waschküchenbetrieben, Zulieferern der großen Konzerne. Die Straße führt durch ein Gewirr von kleinen Holzhäusern mit papierdünnen Wänden, schmutzig-grauen Appartement-Blöcken, grellen Spielhallen, ärmlichen Speiselokalen und Herbergen, Reklametafeln, Telegrafenmasten und Oberleitungen.

Das japanische Straßennetz ist dem ständig wuchernden Verkehrsvolumen keineswechs mehr gewachsen. Gigantische Staus sind an der Tagesordnung. Im Vergleich zu anderen Industriestaaten liegt der Anteil schlechter und enger Straßen, durch die sich auch noch oft riesige Lastwagen quälen, sehr viel höher. Bürgersteige gibt es nur selten, und da auch meist keine Fahrradwege da sind, werden sie von Fußgängern und Radfahrern gemeinsam benutzt.

Der Straßenbau hat in den beiden letzten Jahrzehnten mit der rasanten Motorisierung nicht entfernt Schritt gehalten. Mangelnde Städteplanung hat außerdem die Anlage großzügiger und geradliniger Verkehrsadern meist verhindert. Ein Gewirr gekrümmter, mal breiter, mal wieder enger Straßen hemmt den gleichmäßigen Verkehrsstrom.

Die Gesamtlänge des japanischen Autobahnnetzes macht nur 3500 Kilometer aus. In der Bundesrepublik Deutschland sind es bei einem Drittel geringerer Bodenfläche 8000 Kilometer. Wegen der hohen Verschuldung des japanischen Staates sind vorläufig keine größeren Neubauten geplant.

Wer von der Straße auf die Schiene ausweicht, kommt zwar meist rascher ans Ziel, muß in den Stoßzeiten des Verkehrs aber mit Zügen rechnen, die bis zu 300 Prozent überfüllt sind. Erfahrene Reisende laufen, rückwärts gewandt, mit Schwung auf vollgepackte Wagen zu und drängen sich mit dem Gesäß voran herein. Auf den Bahnsteigen großer Stationen sind „Hineinstoßer" in Aktion, die noch möglichst viele Fahrgäste in die überfüllten Züge drücken.

Wegen der hohen Bodenpreise und Mieten leben Arbeitnehmer in den Ballungszentren vielfach so weit vom Betrieb oder vom Büro entfernt, daß eine vierstündige Fahrzeit täglich nicht ungewöhnlich ist. Die durchschnittliche Fahrzeit je Tag liegt bei etwa anderthalb Stunden.

Mehr noch als die Verkehrsnöte bedrücken den japanischen Bürger die mangelhaften Wohnverhältnisse. Nach Regierungsangaben lebt ein Fünftel der Bevölkerung in Unterkünften, die den Mindestanforderungen nicht entsprechen, und 60 Prozent wohnen schlechter, als ein mittelmäßiger Standard erfordert. „Die Japaner leben nicht in Kaninchenställen, sondern in Rattenlöchern", drückt es Professor Kazuo Hayakawa von der Universtität Kobe drastisch aus.

Der Wohnraum eines Durchschnittshaushalts von drei bis vier Personen liegt bei 86 Quadratmetern. Kritiker weisen aber darauf hin, daß damit die beengten Verhältnisse in den Städten nicht deutlich werden, da der Wohnraum auf dem Lande meist beträchtlich über dem Durchschnitt liegt.



Rush-hour in Tokio: Auf daß der Zug aus allen Nähten platze . . . FOTO: CAMERA PRESS

Die Räumlichkeiten sind aber nicht die einzigen Probleme. Etwa die Hälfte aller japanischen Haushalte hat keine Toilette mit Wasserspülung, und die gleiche Anzahl ist nicht an Abwässeranlagen angeschlossen. Zwei Drittel der Haushalte klagen über Lärmbelästigung von draußen.

Die japanischen Grundstückspreise und Baukosten liegen auf Rekordhöhen, Tokio steht an der Weltspitze. Während es Sozialwohnungen mit günstigen Mieten gibt und größere Firmen meist über billige Wohnungen für ihre Arbeitnehmer verfügen, sind vor allem in den Großstädten die Preise gesalzen. Die durchschnittliche Monatsmiete mit 110 Quadratmetern ohne besonderen Luxus in noch günstiger Lage in Tokio liegt gegenwärtig bei nicht weniger als 7000 Mark.

Die Bodenpreise sind seit 1955 im Landesdurchschnitt auf das Vierzigfache und in den Großstädten um das Sechzigfache gestiegen. Der Preis für ein 150 Quadratmeter-Grundstück in einem Wohgebiet 25 Kilometer vom Zentrum Tokios entfernt beträgt etwas über eine halbe Million Mark. Das übersteigt die finanziellen Möglichkeiten der großen Mehrheit bei weitem. So können sich nur die wenigsten den Traum vom eigenen Heim erfüllen.

Ein kürzlicher Bericht der Regierung versucht die Ursachen dieser Schwachstellen Japans zu erklären: „Während der Jahre des hohen wirtschaftlichen Wachstums lag der Nachdruck auf dem Aufbau der Industrie. Das hatte zur Folge, daß nicht genug Mittel für die Vermehrung des Sozialkapitals vorhanden waren."

Dieser Satz hinterläßt den Eindruck, daß Japan den zweiten Schritt vor dem ersten tat. Das bedeutet, daß es sicherlich noch Jahrzehnte weiterbasteln muß, ehe es für seine Infrastruktur das Niveau anderer Industriestaaten erreicht haben wird.

Einige weitsichtige Japaner fordern schon, daß sich die Nation mehr auf seine rückständigen Bereiche und nicht vordringlich an die Exportfront werfen sollte. Damit könnten die Bürger besser an dem durch harte Arbeit erworbenen Wohlstand teilhaben, und es ließen sich so die sich zuspitzenden Handelskonflikte mit den Vereinigten Staaten und der Europäischen Gemeinschaft entschärfen. (SAD)



SPD-Gutachten: Elbegrenze liegt in Strom-Mitte

DW. Bonn

Mit einer Initiative zur Regelung der Elbegrenze wollen die Sozialdemokraten Bewegung in die innerdeutschen Verhandlungen bringen. Nach einem von der SPD Niedersachsen und Schleswig-Holstein sowie der Bundestagsfraktion in Auftrag gegebenen Gutachten des Berliner Politologen Dieter Schröder verläuft die Grenze in dem umstrittenen Abschnitt zwischen Schnackenburg und Lauenburg in der Strom-Mitte. Heute will der schleswig-holsteinische SPD-Landesvorsitzende Günther Jansen in Kiel eine „politische Konzeption zur Realisierung des Gutachtens zwischen der Bundesrepublik und der DDR vorstellen".

Dem Gutachten nach verläuft die Grenze zwischen beiden deutschen Staaten – entgegen der Auffassung der Bundesregierung und der CDU-Landesregierungen von Niedersachsen und Schleswig-Holstein – nicht am nordöstlichen Ufer des Flusses. Schröder kommt zu dem Ergebnis, die zuständigen britischen Stellen seien der Auffassung gewesen, daß auf dem 93,7 Kilometer langen Elbeabschnitt zwischen ihrer und der sowjetischen Zone die Grenze, durch Vereinbarung und Praxis, in der Strom-Mitte liege. Diese Auslegung sei für die Bundesrepublik Deutschland verbindlich. Aufgabe der deutsch-deutschen Grenzkommission, die seit zwölf Jahren über diese Frage verhandelt, sei es, die Grenze festzustellen, nicht festzulegen. Dies ist Sache der Alliierten.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Rau: Reden ist grün, aber Handeln ist rot

SPD in Dortmund auf der Suche nach einem Umwelt-Image

WILM HERLYN, Dortmund

Einen Schlußstrich wollten sie ziehen, die Sozialdemokraten, einen Schlußstrich unter ihre eigene Unsicherheit. Denn in Sachen Umweltschutz geht noch immer ein Riß quer durch die Partei – viele wollen nicht so recht glauben, was die Führung als Schlagworte vorgibt: „Mehr Umweltschutz gibt mehr Arbeitsplätze", sagt Parteichef Willy Brandt und NRW-Arbeitsminister Friedhelm Farthmann, und der Saalsieger Oskar Lafontaine postulierte „die Versöhnung von Arbeit und Natur".

Zu einem „kleinen Parteitag" (SPD-Sprecher Wolfgang Clement) sammelten sich am Wochenende in Dortmund mehr als 1200 Abgeordnete aus den 240 SPD-Unterbezirken im gesamten Bundesgebiet: Offiziell eine Veranstaltung der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA), aber in der Realität so etwas wie ein Wahlkampfauftakt für die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten.

„Arbeit und Umwelt" gab der AfA-Vorsitzende Rudolf Dreßler das pragmatisch vor. Ihm schwebten handfeste Diskussionen von Betriebs-/ Personalräten und Umweltschutzbeauftragten vor. Er schien wenig begeistert von dem ideologischen Überbau, den Bundesgeschäftsführer Glotz über den Kongreß stülpen wollte. Denn Glotz ging es darum, „den Begriff einer ökologisch angepaßten Ökonomie mit Inhalt zu füllen".

Die Delegierten folgten denn auch mehr der Dreßler-Devise und klagten in den Arbeitskreisen, wie schwer es an der Basis sei, das Argument zu verkaufen, daß mehr Umweltschutz keineswegs mehr Arbeitsplätze vernichte. „Angesichts der Arbeitslosigkeit, hier im Revier bis zu 16 Prozent, glaubt uns das kaum einer – auch in den eigenen Reihen nicht."

Auf diesen Mißstand hatte schon Willy Brandt bei der Eröffnung hingewiesen: Er sprach von „Unverständnis und Obstruktion", von „Irreführung und Zwietracht in unseren eigenen Reihen". Lafontaine erinnerte an Erhard Epplers Forderung (dem die Erwähnung sichtlich wohltat), nach einer Rückbesinnung der Wirtschaft, und NRW-Ministerpräsident Johannes Rau sah sich mit seinem Verlangen, die Industrie zu ökologisieren und zu humanisieren, einig mit den ttriebsräten.

Sein Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen nutzte das Forum zu heftigen Attacken gegen die Bundesregierung und leitete die Resolution des Kongresses ein, die jüngsten Brüsseler Beschlüsse zum schadstoffarmen Auto sollten bei der nächsten Tagung der Regierungschefs nachverhandelt werden und forderte die Einführung eines Tempolimits.

Bundeskanzler Helmut Kohl reagierte fast zum gleichen Zeitpunkt im kaum 100 Kilometer entfernten Köln bei der Wahlkampferöffnung der NRW-CDU. Er sagte: „Ich brauche doch keine Ratschläge von Leuten, die nie etwas zur Rettung des Waldes getan haben, als sie an der Macht waren." Hätte die sozial-liberale Bundesregierung wie die Japaner schon 1972 und die Amerikaner 1974 die Beschlüsse für schadstoffarme Motoren wenigstens eingeleitet, hätten die Deutschen heute das Problem des Waldsterbens nicht.

Auch Klaus Matthiesen, zuständig für Landwirtschaft in Raus Kabinett, ergriff die Gunst der Stunde und führte seinen Genossen eine lange Liste sozialdemokratischer Erfolge vor. Wüßten selbst die es nicht besser, hätten sie dank der geschickten Rhetorik Matthiesens glauben müssen, nur in Nordrhein-Westfalen gebe es Umweltschutz.

Johannes Rau rief zu einer Neuorientierung bei den Rationalisierungsbemühungen der Wirtschaft auf. Statt die menschliche Arbeitskraft durch Maschinen zu ersetzen, müßten Unternehmen ihre Anstrengungen darauf konzentrieren, „den Verbrauch von Rohstoffen und Energie zu verringern". Die Entscheidungen in allen wirtschaftlichen und politischen Bereichen müßten künftig von Anfang an ökologischen Anforderungen genügen.

„Der Wind hat sich gedreht", rief Brandt den Delegierten zu – und gemessen an deren Stimmung scheint die SPD entschlossen, auch als Antwort auf die Grünen Tritt zu fassen unter dem Motto, das Johannes Rau ausgab: „Reden ist grün, Handeln ist rot." Es sind aber erst die ersten Schritte zu einer Integration von so verschiedenen Flügeln, wie sie der Gewerkschafter Adolf Schmidt von der IGBE repräsentiere und auf der anderen Seite die Ökosozialisten unter Erhard Eppler.

Grüne wählen Vorstand ab

rtr, Humes

Die saarländischen Grünen haben zwei Wochen nach ihrem schlechten Abschneiden bei der Landtagswahl auf ihrer Landesversammlung in Humes den gesamten Vorstand abgewählt. Den alten Vorstandsmitgliedern wurde vorgeworfen, statt zusammenzuwirken, hätten sie gegeneinander gearbeitet. Für das schlechte Abschneiden (2,5 Prozent der Stimmen) wurde auch die Koalitionsabsage vor der Wahl verantwortlich gemacht.

Die Grünen müßten jetzt einen Neuanfang finden und das Image der „Verweigerungspartei" ablegen, hieß es. Ein neuer Landesvorstand konnte nicht gewählt werden.

Abschied für Admiral Bethge

rmc. Bonn

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner verabschiedet heute in Bonn den Inspekteur der Marine, Vizeadmiral Ansgar Bethge, und den stellvertretenden Generalinspekteur, Generalleutnant Walter Windisch, die beide in den Ruhestand gehen. Auch der Leiter der Sozialabteilung im Bundesverteidigungsministerium, Ministerialdirektor Alfred Zumkeller, geht am Monatsende in Pension.

Zu Ehren des scheidenden Marineinspekteurs und des scheidenden stellvertretenden Generalinspekteurs wird das Stabsmusikkorps nach einem Abschiedsempfang den Großen Zapfenstreich intonieren.

Die bittere Stunde des Helmut Rothemund

PETER SCHMALZ, München

Mit versteinertem Gesicht blickt Helmut Rothemund an den Fernsehkameras vorbei und zieht mechanisch an seiner Zigarette. Dann schaut er auf die Taschenuhr, die vor ihm liegt, klappt den goldenen Deckel zu und steckt sie in die Brusttasche seines Jacketts. Es ist Samstag, 23. März, 4 Minuten nach 14 Uhr. Es ist die Minute, in der Rothemund als bayerisches SPD-Vorsitzender die schwerste Niederlage seiner politischen Laufbahn hinnehmen muß: mit 151 gegen 118 Stimmen haben die Delegierten des fränkischen Bezirksparteitages im Nürnberger Gesellschaftshaus die von Rothemund angestrebte Parteireform abgelehnt und auf dem Bestand der drei bayerischen SPD-Bezirke beharrt.

Wenige Minuten später werden in einem Tagungslokal bei München die Genossen des südbayerischen Bezirks für Rothemunds Reform votieren, aber ihre Stimmen habe keine Bedeutung mehr, nachdem der Bezirk Ostbayern schon vor Wochen die Ablösung der traditionellen 3-Bezirke-Struktur zu Gunsten einer Neugliederung auf der Ebene der sieben bayerischen Regierungsbezirke und einer Stärkung des Landesverbandes abgelehnt hatte und sich nun auch Franken dieser Haltung angeschlossen hat. Nur wenn zwei Bezirke für seine Reform stimmen, hatte Rothemund bereits zu Beginn dieser Organisationsdebatte gesagt, werde er seinen Plan im April einem Sonderparteitag vorlegen. „Diesen Parteitag wird es jetzt nicht mehr geben", war einer der ersten Sätze, die Rothemund nach dem Votum sagte.

„Der falsche Weg"

Er hatte zuvor nochmals mit Vehemenz für die Reform gekämpft. Die Organisation der Landespartei in drei Bezirke sei falsch und raube den aktiven Genossen Zeit, Geld und Arbeitskraft, es müsse selbstverständlich sein, daß sich die Partei den staatlichen Strukturen anpaßt. Er sprach vom „Aufbruch zu neuen Ufern" und fand dafür aber nur verhaltenen Beifall.

Sein Widersacher Bruno Friedrich, seit 15 Jahren Bezirkschef in Franken, sagte dagegen unverblümt, was die Mehrheit der Delegierten dachte: „Helmut Rothemunds Weg ist der falsche, denn er ist der Weg der Selbsttäuschung." 77 Prozent aller SPD-Mitglieder seien so organisiert wie in Bayern, von den Flächenstaaten habe nur Baden-Württemberg die von Rothemund angestrebte Struktur. „Dafür", so Friedrich, „haben wir dort mit Abstand die niedrigste Organisationsdichte."

„Ich kann es mir nicht erklären", meinte Rothemund anschließend zu dem für ihn niederschmetternden Ergebnis, in der Diskussion wurden aber doch die schweren Fehler deutlich, die er in der Vorbereitung gemacht hatte. So ist sein Finanzierungsmodell undurchschaubar, die meisten hauptamtlichen Parteigeschäftsführer hätten Halbtagskräften weichen müssen, zahlreiche Detailfragen konnte er nicht befriedigend beantworten.

Wenn ihm der Nürnberger Bundestagsabgeordnete Egon Lutz entgegenhielt: „Helmut, Du irrst", dann muß sich Rothemund eingestehen, den wohl wichtigsten Aspekt falsch eingeschätzt zu haben: ausgerechnet er, der sich schon durch seine Aussprache unüberhörbar als Franke ausweist, hat die schon historische Furcht der Franken vor dem Münchener Zentralismus unterschätzt und wollte dem Parteitag zumuten, den Bezirk zu Gunsten eines stärkeren Landesverbandes aufzulösen.

Rothemund kann sich zumindest mit einer Gewißheit trösten: Schon vor ihm waren zahlreiche Landesvorsitzende mit dem Reformwunsch gescheitert, darunter auch Hans Jochen Vogel. Nur im Oktober 1918, als die Deutschen von anderen als von SPD-Organisationssorgen geplagt waren, hatte ein Landesparteitag fast einstimmig eine Neugliederung beschlossen, ehe sie jedoch verwirklicht werden konnte, rollte eine Revolution über Bayern hinweg.

Nur in einem Punkt war Rothemund an diesem Samstag erfolgreich. Nachdem Friedrich seinen wegen der Reformdebatte angekündigten Rücktritt erklärt hatte, konnte sich Rothemunds Favorit Karl-Heinz Hiersemann als neuer Bezirksvorsitzender durchsetzen, obwohl er zuvor selbst energisch für die Auflösung des Bezirks gestimmt hatte. Damit ist für den 40jährigen Zweizentner-Politiker der Weg frei, im Herbst zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl gekürt zu werden und nach verlorener Wahl im Herbst 1986 Rothemund als Fraktionsvorsitzenden im Landtag abzulösen.

Eine andere Personalfrage aber wird die Partei bis zu ihrem Landesparteitag im Herbst beschäftigen: räumt Rothemund nun freiwillig den Landesvorsitz oder muß er abgewählt werden und wer wird sein Nachfolger? Rothemund hatte bisher erklärt, er wolle nochmals für zwei Jahre kandidieren, um dem kommenden Unbekannten nach vollzogener Reform eine in der neuen Struktur gefestigte Partei zu übergeben. „Diese Motivation für eine Wiederkandidatur ist nun weggefallen", gab er nach der Niederlage zu. „Ich muß über das Ergebnis jetzt nachdenken."

Die Stimmen nach einem neuen Mann an der Spitze sind seit Monaten unüberhörbar, sollte Rothemund sich ihnen weiterhin widersetzen, läuft er Gefahr, im Herbst abgewählt zu werden. Ein Rückzug würde ihm noch am leichtesten fallen, könnte Hiersemann ihn auch im Landesvorsitz beerben. Dafür aber ist die Zahl der Interessenten weit größer als bei der ohnehin aussichtlosen Spitzenkandidatur für die nächste Wahl.

OB im Hintergrund

Peter Glotz wird die Neigung nachgesagt, sich neben seinem Bonner Parteiamt nun in Bayern eine Basisabsicherung zu schaffen. Rudolf Schöfberger wäre nicht ohne Chancen, wenngleich viele Genossen seiner Münchner Schlitzohrigkeit nicht trauen. Noch völlig bedeckt aber hält sich einer, der als einziger bayerischer Sozialdemokrat bis an die Nordsee hinauf als strahlender Sieger bekannt ist: Georg Kronawitter, der stets lächelnde Münchner Oberbürgermeister und derzeit einzige Hoffnungsträger der weißblauen Genossen. Sollte er sich zur Kandidatur entscheiden, wäre ihm eine Stimmenmehrheit sicher.

Die Grünen pokern bis zum Sommer mit

Hessische Landesversammlung vertagt Bündnisfrage

Nea. Alten-Buseck

Hessische Sozialdemokraten, die – wenn schon nicht von der eigenen Führung – so wenigstens vom grünen Partner ein deutliches Signal für eine Erneuerung oder gar Festigung des vorerst auseiandergegangenen Bündnisses erhofft hatten, sehen sich enttäuscht. Auch die Grünen pokern auf Zeitgewinn.

Ursprünglich hatten der in Alten-Buseck bei Gießen tagenden zweitägigen Landesversammlung der hessischen Grünen mehrere förmliche Anträge vorgelegen, die sich für eine regelrechte Koalition mti der SPD unter Ministerpräsident Holger Börner aussprachen, also auch die Besetzung von Ministerposten nicht ausschlossen. Allerdings waren diese Anträge – einer stammte von dem zu den einflußreichsten Landtagsabgeordneten zählenden, allerdings im Rahmen der Rotation jetzt aus dem Parlament ausscheidenden Roland Kern – jeweils an eine Reihe von Bedingungen geknüpft. Vor allem wurde eine vorherige Einigung mit der SPD über „die Atompolitik des Landes" gefordert.

Doch die Versammlung ließ schon bald erkennen, daß sie solche Entscheidungen nicht übers Knie brechen wolle. Man einigte sich darauf, zwar eine „breite innerparteiliche Diskussion" über die Frage einer Koalition mit der SPD einzuleiten, die Entscheidung über das künftige landespolitische Vorgehen der Grünen aber auf die nächste Landesversammlung im Juni zu vertagen.

Damit wollen die hessischen Grünen nicht nur – genau wie die SPD – den Ausgang der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 12. Mai abwarten, sondern offenbar auch den von den Sozialdemokraten ihrerseits bereits verschobenen Sonderparteitag des Bezirks Hessen Süd zum Thema Kernenergie. Diesem Parteitag liegt ein Leitantrag des Bezirksvorstands vor, der den Grünen in einer Reihe von Punkten deutlich entgegenkommt, aber in Teilen der SPD heftig kritisiert wird. So hatte der SPD-Unterbezirk Main-Kinzig, in dessen Bereich die von den Grünen heftig befehdeten Hanauer Nuklearbetriebe Nukem und Alkem liegen, sogar mit dem Boykott des Parteitags gedroht.

Auf diesem Hintergrund ist auch die stundenlange Diskussion der Grünen zu bewerten. Eine deutliche Mehrheit der Redner sprach sich grundsätzlich für eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten in irgendeiner Form aus. Eine Mehrheit scheint sich auch schon für die Bereitschaft zu einer regelrechten Koalition mit der Übernahme auch personeller Verantwortung abzuzeichnen.

Allerdings argumentieren die Verfechter einer Koalition nicht etwa mit der Notwendigkeit, künftig mehr Kompromißbereitschaft zu zeigen, sondern im Gegenteil mit der fast immer mit großem Beifall bedachten Feststellung, „dieser ganze Tolerierungsmist" in Wiesbaden habe im Grunde „nichts gebracht". Mit grünen Ministern erhofft man sich mehr direkten Einfluß.

Genau dies aber bezweifeln die nach wie vor heftig widersprechenden Fundamentaloppositionellen. „Soll denn vielleicht ein grüner Minister die neuen Hallen in Hanau einweihen?" rief der Delegierte Jan Kunert in den Saal.

Apel in der Offensive

Verstärkte Basisarbeit / Kritik der Hamburger Genossen

UWE BAHNSEN, Hamburg

Hans Apel will nach seiner schweren Niederlage in Berlin nicht aufgeben, sondern weiter als Bundespolitiker tätig sein – allerdings mit mehr „Basisnähe". Das hat der Ex-Bundesminister am Wochenende auf einer Delegiertenversammlung des SPD-Kreises Hamburg-Nord unmißverständlich klargestellt. Dieser vom linken Flügel der Sozialdemokraten in der Hansestadt beherrschte Kreis hatte den zum Mitte-Rechts-Lager der Partei gerechneten Hans Apel in den vergangenen Legislaturperioden immer wieder als Bundestagskandidaten nominiert – Teil eines komplizierten Systems von gegenseitigen Konzessionen zwischen den beiden Lagern der Hamburger SPD.

In der Kantine der städtischen Behörden ließen es am Freitagabend weder Apel noch seine Kritiker, allen voran die Kreisvorsitzende Helgrit Fischer-Menzel, zur offenen Konfrontation kommen. Die Soziologin, fest verankert im linken SPD-Flügel, rieb dem Genossen Apel jedoch Salz in die offene Wunde der Berliner Niederlage: der SPD-Kreis Nord vertrete dieselben Positionen wie der große Wahlsieger des 10. März, Oskar Lafontaine im Saarland, der ja im Gegensatz zu Apel einen offensiven Wahlkampf geführt habe. Auch rügte sie einen Brief an ein Dutzend ausgewählter Genossen, in dem Apel vor kurzem seinen Anspruch auf eine erneute Bundestagskandidatur für die Wahlen 1987 angemelet hatte; und schließlich bescheinigte sie dem Parteirechten Apel, er spreche eigentlich schon seit acht Jahren „politisch" nicht mehr für seine Basis im Kreis Nord.

Hans Apel nahm seinen Gegnern in der Hamburger SPD den Wind aus den Segeln und kündigte an, er werde sich künftig sehr viel intensiver als bislang um seinen Wahlkreis kümmern, werde mehr Kontakte zu den Distrikten der Partei, zu Organisationen und Verbänden pflegen. Seinen Berliner Wahlkampf verteidigte er nachdrücklich: Er habe im Bewußtsein der bevorstehenden Niederlage kämpfen müssen.

In der Hansestadt haben sich unterdessen einflußreiche SPD-Politiker zu Wort gemeldet, die den „Parteisoldaten" Apel nachdrücklich gegen interne Kritik in Schutz nehmen. Zu ihnen gehört Bürgermeister Alfons Pawelczyk, Vorsitzender des mitgliederstärksten SPD-Kreises Wandsbek. Er mahnte die Partei: „Dieser Mann verdient unsere Solidarität". Apel habe „für die Partei stets die Kastanien aus dem Feuer geholt", und für „diese Solidaritätsleistungen wird die Partei ihn nicht bestrafen".

Mit Kampelmans Hilfe sucht Reagan Demokraten für eine MX-Mehrheit

Starker Widerstand im Repräsentantenhaus / Der Präsident mobilisiert alle Reserven

FRITZ WIRTH, Washington

Präsident Reagan hat am Wochenende im Kampf um das Überleben des MX-Raketensystems seine letzten und wirksamsten Reserven mobilisiert. Er rief am Samstag überraschend Max Kampelman, seinen Chefunterhändler bei den Genfer Abrüstungsgesprächen, aus der Schweiz zurück, um ihn für seine MX-Kampagne im Repräsentantenhaus einzusetzen, wo am Dienstag und Mittwoch die entscheidenden Abstimmungen stattfinden.

Es geht bei diesen Abstimmungen um die Bewilligung von 1,5 Milliarden Dollar für den Bau von weiteren 21 MX-Raketen. 21 dieser Raketen befinden sich bereits im Bau und sollen Ende nächsten Jahres einsatzfähig sein.

Der Senat hatte diese zweite Produktionsphase in der letzten Woche bereits überraschend deutlich mit 55 gegen 45 Stimmen bewilligt. Für diesen Abstimmungserfolg Reagans war vor allem das Argument entscheidend, daß ein Votum gegen die MX-Rakete die Verhandlungsposition der amerikanischen Delegation bei den Abrüstungsgesprächen in Genf entscheidend schwächen würde. Bei der Senatsabstimmung der letzten Woche hatten Kampelman und sein Stellvertreter John Tower mit Telefonanrufen aus Genf einige unentschlossene Senatoren höchst wirksam beeinflußt.

„Reagans Popularität ist furchteinflößend“

Obwohl die Verhandlungen in Genf morgen nach den bisher eher abtastenden Positionsgesprächen ernsthaft in Gang kommen sollen, hat Reagan Kampelman direkt an die „MX-Front“ nach Washington zurückgeholt. Die Maßnahme zeigt, daß Reagan den Ausgang der Abstimmungen im Repräsentantenhaus für höchst unsicher hält.

Kampelman wird heute den Präsidenten über den bisherigen Verlauf der Genfer Gespräche informieren und anschließend auf dem Kapitol in Gesprächen mit Mitgliedern des Repräsentantenhauses auf den Zusammenhang zwischen dem MX-Programm und dem Fortschritt in den Genfer Gesprächen hinweisen.

Die Abstimmungssituation im Repräsentantenhaus, wo die Demokraten eine Mehrheit von 69 Sitzen haben, ist für Reagan schwieriger als im von den Republikanern geleiteten Senat. Seine Hauptgegner sind der Sprecher des Hauses, „Tip“ O'Neill, und der demokratische Fraktionsführer Richard Gephardt. Beide argumentieren, daß die MX zu teuer und zu verwundbar sei und wegen ihrer ungeschützten Stationierung in den Silos der veralteten Minuteman-Raketen keine ernsthafte Gefahr für die Sowjets und damit kein entscheidender Verhandlungspunkt in Genf sein könne.

Gephardt hat seine tief gespaltene Fraktion beschworen: „Wir können diese Raketen mit unseren Stimmen schlagen.“ Der etwas vorsichtigere O'Neill dagegen fürchtet die Überredungskunst des Präsidenten. „Die Macht und die Popularität dieses Mannes sind furchteinflößend“, sagte O'Neill.

Einer der schwierigsten Gegner Gephardts und O'Neills in der MX-Debatte sitzt in den eigenen Reihen. Es ist Les Aspin, der neugewählte Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Repräsentantenhauses. Aspin ist in den jahrelangen Auseinandersetzungen um diese Rakete zu einer Schlüsselfigur geworden.

Aspin gehört dem liberalen Flügel der Demokraten an und war häufig ein scharfer Kritiker des Pentagon. Dennoch hat er sich stets für die MX-Rakete ausgesprochen und gab im letzten Jahr in der MX-Debatte mit seiner und den Stimmen seiner Anhänger den Ausschlag für das Überleben der MX. Er hat angekündigt, daß er auch dieses Mal wieder für die MX stimmen werde, und hat sich damit den Zorn zahlreicher Demokraten zugezogen.

Sie fühlen sich von ihm irregeführt. Der Grund: Aspin hatte Anfang des Jahres mit Hilfe einiger liberaler „Jungtürken“ seiner Fraktion den bisherigen demokratischen Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses Price gestürzt und sich selbst in dieses einflußreiche Amt wählen lassen. Seine damaligen Mitverschwörer behaupten heute, daß sie diesen „Coup“ unter der Voraussetzung unterstützt hätten, daß Aspin seine Unterstützung für die MX-Rakete aufgebe.

Aspin dagegen behauptet, nur zugesagt zu haben, seine Einstellung zu überdenken. Dies habe er getan, und das Ergebnis sei, daß er weiterhin für die MX stimme. Zahlreiche Beobachter auf dem Kapitol glauben, daß diese Haltung Aspins am Dienstag und Mittwoch ein entscheidender Faktor sein wird und die Erfolgschancen Reagans entscheidend erhöht.

Über die Grenzen der Parteien hinweg

Reagan selbst hat in einer Botschaft an den Kongreß versucht, die parteipolitischen Grenzen in dieser Debatte zu überwinden. „Der Kongreß hat bisher niemals“, heißt es darin, „einem amerikanischen Präsidenten die Zustimmung zu einem größeren strategischen System verweigert, das für die nationale Sicherheit von entscheidender Bedeutung war. Wenn diese Tradition in dieser Woche im Repräsentantenhaus nicht aufrechterhalten bleibt, wird es in Genf wenige Chancen auf einen Erfolg geben.“

In seiner wöchentlichen Rundfunkansprache stellte Reagan am Samstag die MX-Abstimmung in Relation zum Haushaltsdefizit, den Forderungen nach einer Reduzierung des Verteidigungsetats und der militärischen Bedrohung durch die Sowjets und gebrauchte dabei eine bemerkenswert scharfe Sprache gegenüber dem Kreml: „Unsere Anstrengungen, die amerikanische Verteidigung wiederaufzubauen, begannen erst vor drei Jahren nach einem Jahrzehnt der Versäumnisse, während die Sowjets mit der größten militärischen Aufrüstung der Geschichte fortgeschritten sind und Länder mit der Leichtigkeit eines Diebes, der Äpfel von einem Baum pflückt, zu ihrem Empire hinzufügten“, erklärte er.

Reagan versprach, das Haushaltsdefizit zu reduzieren, „allerdings nicht mit Hilfe von Steuererhöhungen und nicht, indem wir die amerikanische Sicherheit aufs Spiel setzen, während die Sowjetunion so aggressiv, expansionistisch und gefährlich wie jemals zuvor ist“.

Wahlmodus: Streit in Frankreichs Regierungspartei

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die von Präsident Mitterrand angedeutete und seinem Premierminister Fabius am 20. März bestätigte zumindest partielle Einführung des Verhältniswahlrechtes für die im Frühjahr 1986 anstehenden Parlamentswahlen in Frankreich spaltet die sozialistische Regierungspartei. Auf einer Sondersitzung des Leitungsausschusses am Wochenende in Paris traten scharfe Divergenzen zwischen den Anhängern des Staatspräsidenten hinter Parteichef Lionel Jospin und dem linken Flügel der Partei unter Führung des Erziehungsministers Chévènement und des Landwirtschaftsministers Rocard auf. Sie machen eine Sondersitzung des Parteivorstandes am kommenden Mittwoch erforderlich, bei der der Regierung eine klare Richtlinie gegeben werden soll.

Während die „Mitterrandisten“ der Partei für eine volle Anwendung des Verhältniswahlrechtes (proportionnelle) eintreten, lehnen die Anhänger Rocards und Chévènements das entschieden ab. Ihre Argumentation: Die Verhältniswahl wäre der Tod der Partei als Trägerin einer regierungsfähigen Mehrheit. Sie würde von anderen Parteien abhängig und selbst in sich aufgeweicht. „Es wäre die Rückkehr zur alten SFIO“, vertraute Rocard den Journalisten an. Die 1920 nach der Trennung von den Kommunisten entstandene „Section Française de l'Internationale Ouvrière“ (SFIO) war an ihren inneren Gegensätzen zwischen Marxisten und Sozialdemokraten schließlich gescheitert und 1970 von Mitterrand in eine „Sozialistische Partei“ umgewandelt worden. Chévènement sagte es noch deutlicher: „Wir wollen nicht zu Sozialdemokraten werden.“

Lionel Jospin dagegen und die Mehrheit der Minister sind für eine (totale oder partielle) Anwendung der Verhältniswahl, da sie der Partei ermöglichen würde, das nach dem Bruch der Links-Union (mit den Kommunisten) gesetzte Ziel zu erreichen, eine große Sammlungsbewegung der Franzosen „links von den Giscardisten“ zu werden, ohne die Kommunisten. Der linke Flügel dagegen setzt seine Hoffnung, eines Tages wieder mit den Kommunisten vereint regieren zu können, auf die bisherige Mehrheitswahl, weil sie beide Parteien zur Solidarität zwingt.

Guadeloupe: Bomben in einem Paradies

Terror-Welle auf der französischen Insel in der Karibik

WERNER THOMAS, Miami

Guadeloupe, wie ein Schmetterling geformt, zählt zu den schönsten Inseln der Karibik. Berge, Meer, eine üppige Fauna und eine tropische Vogelwelt. Einsame, Palmen-beschattete Buchten. Die Strandgegend trägt in Werbebroschüren den Namen „karibische Riviera“. Die Menschen strahlen, die meisten Restaurants servieren Gourmet-Kost.

Das Paradies hat Probleme: Die französische Überseebesitzung, 360 000 Einwohner, 1779 Quadratkilometer, wird von einer Terrorwelle erschüttert. Die Separatisten der linksorientierten „Karibischen Revolutionsallianz“ (ARC) wollen die Unabhängigkeit von Guadeloupe, der benachbarten Insel Martinique und Französisch-Guyanas (Südamerika) erkämpfen. Dynamitstangen sind ihre Waffen. Vorletzte Woche explodierte ein Sprengstoff-Paket in einem Innenstadt-Restaurant von Pointe-à-Pitre, der größten Stadt der Insel. Marie-José Aubéry (37), die Tochter des Handelskammerpräsidenten, war sofort tot. Elf andere Personen, unter ihnen vier amerikanische Touristen, wurden verletzt. Zwei erlagen ihren Verletzungen. Es war der dritte Bombenanschlag in fünf Tagen. Die Mitterrand-Regierung entsandte 50 zusätzliche Polizisten.

Roter Hintergrund

Die jüngsten Gewalttaten werden mit den Ereignissen in dem 10 560 Kilometer entfernten Pazifik-Departement Neukaledonien in Verbindung gebracht, das Frankreich ebenfalls Sorgen bereitet. „Lang lebe das freie Neukaledonien“, verkünden einige Häuserwände im Tausende von Kilometern entfernten Guadeloupe. Auch dieser Slogan ist zu lesen: „Die Vietnamesen haben den französischen Kolonialismus getötet. Die Algerier haben das Grab ausgehoben, das Volk von Guadeloupe wird ihn beisetzen.“ Flugblätter zeigen die Flagge der Unabhängigkeitsbewegung: ein gelber Stern auf rotem Hintergrund.

Maurice Sabourin, der Präfekt von Guadeloupe, nennt die ARC-Bewegung eine „kleine Gruppe“. Er schätzt ihre Zahl auf etwa 100 Mitglieder. Andere Beamte glauben, daß weitere 100 Aktivisten in Paris residieren und dort Kontakte zu Libyern und französischen Terroristen unterhalten. Wiederholt wurde auch der Verdacht geäußert, daß Fidel Castro die Separatisten unterstützt. Luc Reinette (30) und Leila Cassubie (24), die beiden prominentesten ARC-Führer, sollen in Kuba und Libyen eine Guerrilla-Ausbildung erhalten haben.

Reinette führt seit Ende der siebziger Jahre den Unabhängigkeitskampf. Er saß 1981 und 1982 im Gefängnis und war dann von der neuen sozialistischen Regierung amnestiert worden. 1982 gründete er die karibische Revolutionsallianz.

Noch keine Panik

Im November vergangenen Jahres, wenige Wochen nach einem Sprengstoffanschlag, der 20 Passanten verletzte, konnte die Polizei den Terroristen fassen. Anfang Februar verhängte ein Gericht eine zwölfjährige Freiheitsstrafe. Leila Cassubie, die Tochter einer tunesischen Mutter und eines Vaters aus Guadeloupe, bekam sieben Jahre – in Abwesenheit. Sie befand sich nach einer Festnahme gegen Kaution auf freiem Fuß und tauchte in den Untergrund ab. Die junge Frau ist jetzt die meistgesuchte Person des Karibik-Departements.

Unter den weißen Einwohnern der Insel, von denen viele aus Algerien kamen, herrscht Nervosität. Sie befürchten, daß die Separatisten während der restlichen Amtszeit Mitterrands – drei Jahre – ihre Aktivitäten eskalieren, um ihre Ziele durchzusetzen. Wenn Mitterrand die nächsten Präsidentschaftswahlen gegen einen Konservativen verliere, würden die Unabhängigkeits-Chancen sinken.

Guadeloupe wurde bisher nicht von Panik erfaßt. Die meisten Menschen bewahren Gelassenheit. Der Terrorismus konnte den Tourismus bisher nicht verdrängen. Allerdings nahmen die Visum-Anträge beim amerikanischen Konsulat in Martinique zu. Bankiers melden eine Kapitalflucht. Das Stichwort „Neukaledonien-Epidemie“ grassiert und bewegt manche Geschäftsleute, sich Gedanken zu machen über eine Zukunft in sichereren Regionen. „Wir werden die nächsten sein“, sagt der Juwelier Jacky Benarrouche, der vor sechs Jahren von Paris nach Guadeloupe übersiedelte. Er will das Inselparadies verlassen und denkt an Miami.

(SAD)

USA flogen alle Falaschen aus Sudan aus

pmr/DW. Washington

Die USA haben nach einem Bericht der „Los Angeles Times“ alle noch auf ihre Ausreise aus Sudan wartenden äthiopischen Juden mit Militärmaschinen nach Israel ausgeflogen. Die unter strenger Geheimhaltung abgewickelte Luftbrücke sei vom US-Geheimdienst CIA vorbereitet und vom Weißen Haus gebilligt worden, schrieb die Zeitung.

Die äthiopischen Juden, auch als „Falaschen“ bekannt, kamen nach dem Bericht aus dem Flüchtlingslager Tawawa. Für ihren Transport wurden zehn Frachtflugzeuge eingesetzt. Die Operation sei am 6. März in einem Gespräch zwischen US-Vizepräsident George Bush und dem sudanesischen Präsidenten Numeiri vorbereitet worden. Bush hatte weitere Wirtschaftshilfe der USA angekündigt, wenn Numeiri die Menschenrechte beachte. Angeblich hält Washington 194 Millionen Dollar für Sudan zurück. Die Zahl der nun ausgeflogenen äthiopischen Juden wird auf 900 geschätzt. Zwischen November 1984 und Januar 1985 waren bereits 7800 Falaschen in einer geheimen „Operation Moses“ von den Israelis ausgeflogen worden. Die Aktion war eingestellt worden, nachdem sie öffentlich bekannt wurde.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Angeeignete Geschichte

„Noch sind die Hülsen leer"; WELT vom 16. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist der WELT immer wieder zu danken, daß sie mutig und unverbrüchlich die Sache der Deutschen verficht, auch wenn diese kaum noch wissen, wer sie selber sind.

So ist der Abdruck der Stellungnahme von Dr. Czaja zur Offenhaltung der Deutschen Frage und zum Friedensvertragsvorbehalt, zur Rechtslage dieser Fragen allgemein, ebenso verdienstvoll wie der Leitartikel von Lothar Schmidt-Mühlisch, der sich damit beschäftigt, daß die DDR die gesamte deutsche Geschichte mehr und mehr vereinnahmt, allerdings entsprechend eingefärbt.

Man weiß dort, daß Staatsbewußtsein ohne das Fundament historischer Tradition nicht entstehen und halten kann. Und so wird der brüchigen Ideologie, deren trostlose alltägliche Verwirklichung Illusionen nicht mehr „grünen" läßt, das Skelett der deutschen Geschichte eingezogen; es wird auf den hohen Sockel zurückgeholt, was man bis vor kurzem verdammt hat, so der große Preußenkönig Friedrich II. und nun auch Bismarck.

Von Otto dem Großen – in Magdeburg begraben – bis Bismarck über die Askanier und die Preußen in Brandenburg, über Luther, Bach, Händel, die deutsche Klassik, die Befreiungskriege mit Scharnhorst und Gneisenau wird alles dem Staatsbewußtsein der DDR einverleibt. Und man restauriert, wo immer möglich, so das Schinkel-Theater und die Semper-Oper.

Der Anspruch, der dahintersteht, wird immer deutlicher: man will sich als den eigentlichen deutschen Staat erweisen, als den, der das „kulturelle Erbe des deutschen Volkes" besser hütet als der deutsche Westen, der sich nur noch in Verhunzen und Verzichten gefällt.

So sind auch Gedanken an den deutschen Osten störend. „Vergessen!" heißt die Parole. Man will weder wissen noch sehen, welchen unermeßlichen Wert man ohne jedes Recht und ersatzlos verschleudert. Was sind acht, ja neun Jahrhunderte deutscher Geschichte?

Und unter der Ägide der linken Massenmedien geht es weiter so mit Verschweigen und Verfälschen; kaum jemand wehrt sich ...

Nur wenige rühmliche Ausnahmen gibt es, so z. B. Die WELT!

Mit freundlichen Grüßen
M. Kuppe,
Hechingen

Text der Hymne

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin seit dem 31. 7. 1984 Bürger der Bundesrepublik Deutschland, aber bereits seit meiner Geburt im Jahre 1937 Deutscher. Als ehemaliger „DDR"-Bewohner hatte ich nie die Gelegenheit, den genauen Text der deutschen Nationalhymne zu erfahren. Daß der Deutschlandfunk, den ich seit Jahren täglich höre, seit seinem Bestehen zum Programmschluß unsere Nationalhymne sendet, war mir nicht bekannt.

Inzwischen habe ich den genauen Text unserer Nationalhymne. Wenn nun das ZDF ab April zum Programmschluß, also fast immer nach Mitternacht, die Nationalhymne ausstrahlt, wird das nicht viel daran ändern, daß unsere Hymne langsam in Vergessenheit gerät. Wer hat schon bis Mitternacht sein Fernsehgerät an? Unsere Jugend doch schon gar nicht.

Dann wäre es doch wohl besser, die Nationalhymne am frühen Abend oder vor bzw. nach dem Vormittagsprogramm auszustrahlen. Ich bin davon überzeugt, daß bei einer günstigen Sendezeit nach ein paar Monaten jeder Bundesbürger und fast alle Bewohner der „DDR" den Text unserer Nationalhymne kennen würden.

Gerade der Text der deutschen Nationalhymne ist geeignet, das demokratische Verlangen nach Einigkeit und Recht und Freiheit für ganz Deutschland zum Ausdruck zu bringen. Es gibt wohl kaum einen Staat auf der Welt, der seine Hymne so mißachtet, wie das bei uns geschieht.

Mit freundlichen Grüßen
B. Lippert,
Celle

Wort des Tages

„Es ist sehr leicht, in der Welt zu leben, wenn man der Meinung der Welt folgt. Es ist sehr leicht, in sich selbst zu ruhen, wenn man allein ist. Doch der vollkommene Mensch ist der, welcher inmitten der Menge mit aller Freundlichkeit seine einsame Unabhängigkeit bewahrt."

Ralph Waldo Emerson; amerik. Philosoph und Autor (1803–1882)

Südwestafrika

Sehr geehrte Damen und Herren,

in seiner Kritik des Fernsehfilms *„Widerstand in Deutsch-Südwest"* (WELT vom 14. März) nimmt Walter Görlitz gegen deutsche sogenannte Historiker Stellung, die die Verfolgung der in das Omabeke-Sandfeld flüchtenden Hereros, die absolut nicht kapitulieren wollten, durch die deutsche Schutztruppe als „Völkermord" bezeichnen. Valentin Polcuch dagegen behauptet in der Besprechung des Fernsehfilms „Morenga" (WELT vom 15. März), es sei eine geradezu perfide Unmenschlichkeit gewesen, ganze Völkerstämme in die wasserlose Wüste zu treiben und sie am Zugang zu den Wasserstellen zu hindern.

Angesichts dieser Kontroverse mag es für die Leser der WELT von Interesse sein, zu erfahren, welche Erwägungen der von der Führung der Schutztruppe eingeschlagenen Taktik zugrunde lagen. Aufschluß darüber findet sich in dem Buch „Mit dem Hauptquartier in Südwestafrika" von M. Bayer (Weicher-Verlag Berlin *1909*).

Darin schreibt der Verfasser, der während des Feldzuges im Generalstab der Schutztruppe als Hauptmann Dienst tat: „Nur durch eine gründliche Verfolgung des geschlagenen Gegners konnte man ihn endgültig niederwerfen. War diese Verfolgung wirklich notwendig? Es haben sich Stimmen erhoben, die sie für eine unnötige Grausamkeit erklärten. Sicherlich ist jede Verfolgung eine harte Maßregel, aber oftmals, und so auch hier, war sie das kleinere von zwei Übeln, denn sie beendete den Krieg schneller und vielleicht weniger blutig, als ein lang ausgedehnter Kampf.

Man stelle sich vor, wir hätten aus falscher Humanität überhaupt nicht verfolgt, dann hätte der fliehende Feind, statt den Widerstand aufzugeben, sich abermals gesammelt und organisiert. Unseren Mangel an Nachdruck würde er lediglich für Schwäche gehalten haben, dadurch ermutigt, hätte er sich zu neuem energischem Kampfe erholt und gerüstet. Dann gab es nach Monaten neue Gefechte, neue Hin- und Hermärsche, wiederum wochenlanges Liegen und Warten im Feldlager, während Typhus und Skorbut, Herzkrankheiten und Malaria die Reihen lichteten. Dann zog sich der Krieg unabsehbar in die Länge – um jeden Herero, den wir geschont hatten, fiel nun ein deutscher Soldat – und schließlich mußten wir doch noch mit Waffengewalt den Feind niederringen. Statt durch Durst und Not fielen die Gegner durch das Blei der Geschosse. Eine energische Verfolgung war daher menschlicher als ein langwieriger *Kampf, bei dem beide Kriegsführenden* langsam verbluteten!"

Man mag das Vorgehen der Schutztruppe gegen die Hereros mißbilligen – der Kritiker müßte allerdings eine erfolgversprechende taktische Alternative aufzeigen – es als perfide Unmenschlichkeit zu bezeichnen, ist weit überzogen.

Mit freundlichem Gruß
G. Janetzke,
Hamm 1

Richterschelte

Sehr geehrte Herren,

der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes, Her Leonardi, hat erklärt, in der Ausweitung über die Opfer des Nationalsozialismus hinaus komme eine „widerliche Aufrechnungsmentalität zu tragen".

Für mich war Recht und Unrecht immer unteilbar. Für den Deutschen Richterbund müßte dies eine Selbstverständlichkeit sein. Ich bin über die Stellungnahme daher sehr überrascht.

Es ist kein Geheimnis, daß gerade die Richterschaft unter dem Nationalsozialismus die Gewaltherrschaft durch überharte Urteile gefestigt hat. Damit haben sich manche Richter sicherlich von gefährlichem Fronteinsatz auf Kosten ihrer Opfer freigekauft. Namen wie „Freisler" sind mit dieser Zeit eng verbunden.

Es erhebt sich dabei die alte Frage: „Bewältigt der Deutsche Richterbund auf Kosten der übrigen Gewaltopfer, weil ‚vorbelastet' ist und deshalb besonders viel unter Kollektivschuld und Kollektivscham leidet, so die Vergangenheit?"

Mit freundlichen Grüßen
R. Steinbrecher,
Schwelm

Personalien

GEBURTSTAG

Professor Dr. **Robert Nieschlag**, emeritierter Professor für Betriebswirtschaftslehre, feiert heute in Gauting bei München seinen 80. Geburtstag. Professor Nieschlag hat sich große Verdienste um den Ausbau des gesamten wirtschaftswissenschaftlichen Studiums an der Universität München erworben. Er gilt als Pionier auf dem Sektor der Marktökonomie, die im wesentlichen erst durch ihn in München eingeführt wurde. Seine Schriften fanden weltweit große Beachtung. Professor Nieschlag hat nicht nur theoretisch gearbeitet, er hat immer darauf geachtet, daß ein „Theorie-Anschluß" an die Wirtschaftspraxis in der Lehre möglich ist. Seine wissenschaftlichen Veröffentlichungen beschäftigen sich unter anderem mit der Struktur des Groß- und Einzelhandels sowie mit den Vertriebssystemen der Industrie. Ein weiterer Schwerpunkt seiner Forschung war die Unternehmenspolitik. Geboren in Schweidnitz in Schlesien, studierte er in Berlin und Köln und war 1931 bis 1948 Abteilungsleiter beim Institut für Konjunkturforschung in Berlin. Von 1948 bis 1951 war er Abteilungsleiter bei der Bank Deutscher Länder und anschließend bis 1957 stellvertretender wissenschaftlicher Leiter des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung. 1953 habilitierte er sich an der Universität Köln und wurde 1957 an die Universität München berufen. Seit 1973 ist er emeritiert.

AUSZEICHNUNGEN

Die Philipps-Universität Marburg hat den Brüder-Grimm-Preis im Jubiläumsjahr 1985 an Professor Dr. **Lutz Röhrich** verliehen. Röhrich, der seit 1967 das Institut für Volkskunde an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg sowie das deutsche Volksliedarchiv leitet, erhält die Auszeichnung für seine Arbeiten auf dem Gebiet der Märchen- und Sagenforschung. Der Preis wird alle zwei Jahre für hervorragende Leistungen auf den Forschungsgebieten der Brüder **Jakob** und **Wilhelm Grimm** verliehen. Nach dem Chicago-Folklore-Preis 1973 für das von ihm herausgegebene Lexikon der sprichwörtlichen Redensarten und dem oberrheinischen Kulturpreis 1984 für seine Regionalforschungen ist diese Auszeichnung eine erneute Bestätigung der wissenschaftlichen Arbeit von Dr. Röhrich. Der Volkskundler ist unter anderem ein Herausgeber der Volksliedsammlung der Brüder Grimm, deren erster Textband in wenigen Wochen erscheint. Die Auszeichnung wird in einem Festakt am 24. Juni an Professor Dr. Lutz Röhrich verliehen.

*

Der Präsident des Goethe-Instituts, **Klaus von Bismarck**, hat in München dem aus Kalkutta stammenden Indologen **Alokeranjan Dasgupta** (51) die Goethe-Medaille 1985 überreicht. Dasgupta hat Werke von **Peter Weiss**, **Botho Strauß**, **Franz Xaver Kroetz** sowie ***Marie-Luise Fleißer***, ***Georg Büchner***, **Rainer Maria Rilke** und **Novalis** ins Bengali übersetzt und gilt als Kenner deutscher Literatur. Der Berliner Philologie-Professor **Peter Wapnewski** würdigte Dasgupta, der seit 1972 Lehrbeauftrager am Heidelberger Südasien-Institut ist, als Wanderer zwischen Europa und Asien, der sich um einen visionären Universalismus bemühe.

*

Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** hat Oberstleutnant a. D. **Gerhard Scholz** aus Siegburg das Verdienstkreuz Erster Klasse der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Damit wurde sein Schaffen als Komponist und Bearbeiter der symphonischen Bläsermusik in der Bundeswehr geehrt. Scholz, geboren 1913 in Posen, studierte in Berlin Musik. Von 1945 bis 1956 war er Städtischer Musikdirektor in Recklinghausen. 1956 – nachdem die Bundeswehr gegründet war – hat Scholz in Hamburg das 6. Heeresmusikcorps aufgebaut, welches er bis 1962 geleitet hat. Von 1962 bis zu seiner Pensionierung 1964 war er Leiter des Stabsmusikcorps in Bonn.

VERANSTALTUNG

Hundert Wiener Philharmoniker und als Ehrengast Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** und seine Frau **Marianne** waren Gäste des österreichischen Botschafters Dr. **Willibald Pahr** in dessen Residenz in Bonn. Zuvor waren die Philharmoniker in der Bonner Beethovenhalle nach einem Konzert mit viel Applaus bedacht worden. Der Diners-Club Deutschland hatte das Bonner Konzert gesponsert. Österreichs Gastfreundschaft genossen nach dem musikalischen Abend auch ganz besonders der Dirigent der Philharmoniker, **Lorin Maazel**, Israels Botschafter, **Yitzhak Ben-Ari**, und der luxemburgische Botschafter, **Adrien Meisch**, der bekanntlich selbst ein großer Musikkenner ist. Mit nach Bonn kamen führende Repräsentanten des Diners-Clubs aus Frankfurt, der Geschäftsführer für Deutschland, **Paul Walsh**, der Vorstandsvorsitzende der Citi-Bank Deutschland, **Philip D. Sherman**, und **Bernd Heiss**, Mitglied der Geschäftsleitung. Die Wiener Philharmoniker bereisen zur Zeit 16 Städte Europas. Ihre Konzerte in Stuttgart, Mannheim, München, Frankfurt und Bonn standen unter der Schirmherrschaft des Clubs.

BERUFUNG

Der renommierte Textildesigner **Wolf Bauer** hat zum Sommersemester 1985 einen Ruf auf die Fachhochschule Hamburg im Bereich Gestaltung angenommen. Professor Bauer, 1938 in Neckartenzlingen geboren, hat an der Kunstakademie Stuttgart studiert und war seit 1965 freiberuflich tätig. Er hat Dekorations- und Modestoffe, Teppiche sowie Porzellan-Dekor und Bühnenbilder unter anderem für **Knoll** International (New York), **Abraham Silk** (Zürich) und **Ascher** (London/Paris) entworfen. Bauers Dekorationsstoffe sind nicht nur im Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe zu besichtigen, sondern auch in Museen in Amsterdam, London und Stuttgart. Internationale Erfolge brachten ihm auch seine Ausstellungen ein. So erhielt er beispielsweise 1970 in New York die Auszeichnung „For Excellence of Design".

EHRUNG

Eduard Haßkamp, Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, erfüllte eine seltene Aufgabe. Zusammen mit dem französischen Staatssekretär für ehemalige Frontkämpfer im Pariser Verteidigungsministerium, **Jean Laurain**, weihte er den deutsch-französischen Soldatenfriedhof in St. Privat-la-Montagne bei Metz ein, auf dem die sterblichen Überreste von Gefallenen des deutsch-französischen Krieges von 1870/71 beigesetzt sind. Die Kämpfe von St. Privat fanden am 18. August 1870 statt.

Nur ein Wunder kann den geplanten Medien-Staatsvertrag noch retten

Das politische Terrain ist für die Union steiniger geworden / Auf dem falschen Pferd?

GERNOT FACIUS, Bonn

Ein Schlagwort stirbt, eine Illusion verfliegt. Die Länder nehmen allmählich Abschied von der Idee, einen einheitlichen „Medien-Staatsvertrag" zustande zu bringen. Die Fakten sprechen gegen die Konsensfähigkeit. Zwar wird zwischen A-(SPD-)Ländern und B-(Unions-)Ländern noch zaghaft „sondiert", ob die am 19. Dezember 1984 abrupt abgebrochenen Staatsvertragsverhandlungen wieder aufgenommen werden können, aber das politische Terrain ist steiniger geworden.

Am 10. März hat Oskar Lafontaine den „Machtwechsel" in Saarbrücken herbeigeführt. Lafontaine und seine Genossen waren es, die auf dem Medienparteitag der SPD 1984 in Essen selbst die „Kurskorrektur" der Sozialdemokraten in Sachen Privatfunk als Sündenfall geißelten. Der künftige Ministerpräsident an der Saar geriert sich als Hüter der „reinen Lehre" in der Rundfunkpolitik. Privaten Rundfunkveranstaltern soll deshalb das Leben so schwer wie möglich gemacht werden.

Blockade-Politik

Im Saarland ist das Gesetz, das Privatfunk zuläßt, noch von der CDU/FDP-Koalition unter Dach und Fach gebracht worden. Aber im Wahlkampf hat die SPD die Novellierung versprochen. Sie kann jetzt nicht zurück. Selbst die „Einspeisung" des Programms von „RTL plus" in die Kabelanlagen im Lande wird zum Streitfall werden.

Das Saarland unter Lafontaine lebt im Konsens mit Hessen. Ministerpräsident Börner, auch künftig wohl auf rot-grünem Kurs, denkt nicht daran, eine staatsvertragliche Lösung mit der Zusicherung fairer Chancen für Private zu akzeptieren. Im Gegenteil, von Wiesbaden aus wird eine Gegenposition aufgebaut. Das 3SAT-Programm des ZDF aus dem Weltraum sollen (weil es öffentlich-rechtlich strukturiert ist) auch die Hessen sehen dürfen. Ansonsten aber gebietet Börner „Ende der Fahnenstange". Der Hessische Rundfunk soll so gestärkt werden, daß auch die neuen Mediendienste unter seine Hoheit fallen.

Kein Zweifel, Börner orientiert sich an Johannes Rau in Nordrhein-Westfalen. Rau hat gegen alle Mahnungen ein neues WDR-Gesetz durchpeitschen lassen, das den WDR durch eine Kooperationsmöglichkeit mit Dritten zum Mediengiganten aufbläht. Sollten sich die Ministerpräsidenten wieder am Verhandlungstisch treffen, haben sie es mit veränderten Fakten (zugunsten des WDR) zu tun. Rau steht, ließ er am Wochenende wissen, seinen Amtskollegen aus den unionsregierten Ländern zu Gesprächen zur Verfügung, „aber nicht unter *Zeitdruck*". Der Düsseldorfer Regierungschef fühlt sich in einer starken Position. Er rechnet sogar, auch wegen des Wechsels an der Saar, mit einer größeren Kompromißbereitschaft der Unionsländer.

Mehr Entgegenkommen, als sie bereits gezeigt hat, kann die Unionsseite aber nicht mehr versprechen, will sie sich nicht den Vorwurf einhandeln, die Basis der Privaten zu schmälern. Die Bestands- und Weiterentwicklungsgarantie, die sie den Öffentlich-Rechtlichen zugesichert hat, nimmt den neuen Rundfunkveranstaltern ohnehin Luft zum Atmen. In den nächsten Tagen muß sich herausstellen, ob die sogenannten B-Länder (es sind nur noch sechs) den Mut zum „Alleingang" aufbringen oder ob sich die „Konsens-Fetischisten" durchsetzen.

„Im Mai muß klar werden, wie wir ohne SPD weitermachen", sagt der bayerische Staatssekretär Edmund Stoiber. Das heißt im Klartext, vor der NRW-Wahl wird sich nichts bewegen. Selbst wenn das Wunder geschähe und sich die Herren der Rundfunkpolitik einigten, würde es noch viele Monate dauern, bis ein Staatsvertrag die Landesparlamente passiert hat. Alle Landtage müssen zustimmen. An solche Wunder glaubt aber niemand mehr. Unter den Unionsländern ist schon heute Unmut zu spüren, daß man sich überhaupt auf das Pferd Staatsvertrag hat setzen lassen. Ein Vorwurf an den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth, der diese Idee in die Diskussion gebracht hatte. Das politische Hick-Hack erschwert inzwischen sogar eine bloße „Vereinbarung" zwischen den Regierungschefs.

Verschobene Gewichte

Die unionsregierten Länder sollten, so wird ihnen auch aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion empfohlen, bei der Bundespost darauf drängen, daß die Verkabelung zügig voranschreitet, weil private Anbieter darauf angewiesen sind, möglichst rasch viele Zuschauer und Zuhörer zu erreichen. Langfristig würden sich die neuen Programme ohnehin durchsetzen, und es dürfte dann für die SPD-Ministerpräsidenten geradezu einen Zwang geben, freiheitliche Medienverfassungen zuzulassen. Eine Verlängerung der Schonfrist für die SPD und damit ein Hinausschieben fälliger Entscheidungen würde die Privaten unsicher machen. Sie sehen sich ohnehin schon gewaltigen Wettbewerbsverzerrungen gegenüber. Die Gewichte werden weiter verschoben, wenn die Landesrundfunkanstalten ihre Dritten Programme zu Vollprogrammen aufpolieren und in die Kabelnetze schicken.

„In der Luft, zu Wasser und zu Land"

Der terroristische Krieg der Ayatollahs / Einzelheiten aus einem Geheimdokument

DW. Bonn

Die Diktatur der iranischen Mullahs ist offenbar bestrebt, die islamische Revolution mit den Mitteln des terroristischen Kriegs weltweit auszubreiten. Aus einem von der iranischen Exil-Opposition der WELT zugespielten Geheim-Dokument (siehe Faksimile-Auszug), an dessen Echtheit westliche Sicherheitsexperten nach eingehender Prüfung keine Zweifel haben, geht hervor, daß dieser Krieg vor etwa einem Jahr von der iranischen Führung einschließlich Khomeini selbst beschlossen worden ist. Die einjährige Vorbereitungsphase wird in diesen Wochen beendet.

Bei dem Dokument handelt es sich um das Protokoll einer geheimen Sitzung , an der die Generalstabschefs der drei Waffengattungen, ein direkter Vertreter Khomeinis und weitere hochrangige Funktionäre des Regimes teilnahmen. Eingeladen hatte im Namen Khomeinis ein gewisser Mirhaschem. Dabei handelt es sich um einen, wie aus dem Gespräch erkennbar wird, bekannten Politiker des Regimes, der unter diesem Decknamen den Terrorkrieg organisiert und leitet. Die Sitzung fand statt Anfang Mai 1984 in Teheran.

Zunächst teilt der Vertreter Khomeinis den Anwesenden in einer Art Motivationsbeschreibung des Terrorkriegs mit, daß der „Imam" (Khomeini) sehr ungehalten sei über die , wie er sage, „sogenannte islamische Führung" in den Golfstaaten. Von Moslems habe man eine andere Haltung gegenüber der islamischen Revolution erwartet. Aber das sei am Anfang des Islam auch so gewesen.Insbesondere den Saudis und Kuweitis werfe der „Imam" vor, ihre Länder an „den Feind verkauft" zu haben. Khomeinis Mann zitiert seinen Herrn:„Wir haben gegenüber dem Koran, dem Islam und dem Propheten eine schwere Verpflichtung. Es ist unsere Aufgabe, den Islam überall, auf der ganzen Welt auszubreiten. Dafür haben wir schon viel Blut vergossen und wir werden noch mehr vergießen, bis wir mit der Hilfe Allahs den Sieg erringen." Erstes Ziel sei es, „alle islamischen Länder von ihren korrupten Führern zu befreien". Das sei in der jetzigen Lage sehr schwer, da diese Länder von den Feinden und Großmächten mit Waffen versorgt würden.Daher bliebe nur das Mittel der Subversion. Khomeinis Mann teilt den Beschluß des Revolutionsführers mit: „Wir müssen eine Brigade von Märtyrer-Kommandos aufbauen" und zwar am besten im Libanon.Über ihre Tarnung werde der Revolutionsführer später noch entscheiden.

Im zweiten Teil des Protokolls erläutert Mirhaschem einige Details aus einem 200 Seiten umfassenden Planungsdokument, das den Teilnehmern der Sitzung offensichtlich vorlag. Demnach sollen die Kommandos sich in Iran und in Libanon bereithalten. Sie sollen nicht größer sein als zehn bis zwanzig Mann. Es handelt sich um Kamikaze-Gruppen. Das Profil eines Selbstmord-Kämpfers sieht nach Mirhaschem so aus: Höhere Schule (Abitur), nicht älter als dreißig Jahre, vorzugsweise ledig, Fronterfahrung im Krieg gegen Irak, absolut regimetreu, hochmotiviert, das heißt fanatisch religiös. Innerhalb eines Jahres sollen insgesamt 1500 bis 2000 solcher Kämpfer ausgebildet werden.

Mirhaschem unterteilt den Aktionsplan in drei Phasen. Ab sofort soll mit Propaganda begonnen werden. Eine verstärkte islamisch-fanatische Agitation und Propaganda ist in der Tat seit Mitte des vergangen Jahres vor allem in Libanon und in Ländern am Golf , in denen Teile der Bevölkerung Schiiten sind, beobachtet worden. Hier komme den Mullahs und Vorbetern eine besondere Aufgabe zu. Sie sollten, so Mirhaschem, in ihren Predigten vor allem immer wieder wohlwollend Khomeinis Vorschlag erörtern, die heiligen Stätten in Mekka und Medina einem Gremium von Geistlichen aus allen islamischen Ländern zu unterstellen, so daß die Verwaltung der heiligen Stätten nicht mehr in der Hand der Saudis liege.

In der zweiten Phase solle die Propaganda noch verstärkt und im islamischen Pilgermonat auch schon mit einigen Aktionen begleitet werden. Dafür solle der treue Revolutionär Khoiniha sorgen. Er sei gemäß dem Wunsch des „Imam" mit dieser Aufgabe betraut. Khoiniha ist ein Revolutionär der ersten Stunde. Er ist der Mann, der die Besetzung der amerikanischen Botschaft im Spätherbst 1979 geplant und organisiert hat.

In der dritten Phase schließlich sollen die Kommandos in Aktion treten. Sie sollen „in der Luft , zu Wasser und zu Land den Krieg im Feindesland führen". Aus allen Botschaften im Ausland und aus allen Waffengattungen sollen Dokumente und Informationen gesammelt werden, um die Verhältnisse in den Operationsgebieten zu studieren und um die notwendige Infrastruktur für die Aktionen zu schaffen.

Das „Feindesland" unterteilt Mirhaschem in drei Kategorien. Erstens: Saudi Arabien, Kuweit, die Emirate am Golf, Bahrein. Zweitens: Jordanien. Drittens: Frankreich und alle Länder, die mit der islamischen Republik verfeindet sind. Alle die genannten arabischen Länder würden von den Großmächten unterstützt.Es gebe „keinen anderen Weg, als diese Regime von innen zu stürzen".

Dem Irak widmet der Vortragende ein eigenes Kapitel. Nachdem er nochmals die Hilfe des 12.Imam als gesichert vorgegeben und den Sturz Saddam Husseins vorausgesagt hat, erwähnt Mirhaschem ein Kommando Ayadzadeh Hakim, das bald für militärische Operationen innerhalb des Irak einsatzbereit sei. Die Bezeichnung geht auf einen GFefolgsmann Khomeinis zurück, der von den irakischen Behörden gefasst und hingerichtet worden ist. Möglicherweise haben die Aktionen des Kommandos mit den Explosionen zu tun, die in den letzten Tagen im Bankenviertel Bagdads Aufsehen erregten und von Teheran als *Einschläge* iranischer Raketen vorgegeben werden.

Für die Ausbildung der Selbstmord-Kommandos sollen gemäß der Order Mirhaschems nur erfahrene Offiziere und Unteroffiziere aus Armee, Luftwaffe und Marine herangezogen werden. Gefragt seien Mitarbeiter des früheren Geheimdienstes Savak. Für Operationen aus der Luft sollen die Kamikaze-Kandidaten an kleinen, leichten Flugzeugen , unter denen man auch Hubschrauber verstehen könnte, ausgebildet werden. Dafür soll ein eigener Stützpunkt eingerichtet werden und zwar in der Nähe von Teheran, damit die Selbstmord-Piloten ihre Ausbildung abgeschirmt von anderen Angehörigen der Luftwaffe absolvieren könnten. Diese Ausbildung dürfte mittlerweile abgeschlossen sein.

Offenbar ist es auch für die Mullahs nicht ganz so einfach, Selbstmord-Kandidaten zu finden. Denn Mirhaschem fordert die anwesenden Generalstabschefs der drei Waffengattungen und den Oberkommandierenden der Revolutionswächter energisch auf, nach geeigneten Freiwilligen zu suchen. Notfalls müsse man auf Freiwillige im Ausland , das heißt vor allem im Libanon,zurückgreifen. Die Rekrutierung müsse sofort beginnen. Zwar könne man mit der Ausbildung einiger Kommandos bereits beginnen, die gewünschte Zahl von 2000 Kandidaten sei jedoch keineswegs erreicht.

Das Dokument wird als streng geheim qualifiziert. Mirhaschem ermahnt die Teilnehmer der Sitzung, über dieses Gespräch Stillschweigen zu bewahren. Falls es noch Fragen gebe, so solle man diese nicht schriftlich sondern mündlich bei nächster Gelegenheit vorbringen. Es dürfe zu diesem Thema kein Schriftverkehr geführt werden.



Kennen wir unsere Landesväter? Sind sie Politiker „zum Anfassen" oder Produkt einer sorgfältigen Öffentlichkeitsarbeit? Horst Stein hat diesen Männern beim Regieren zugeschaut, hat die Politiker befragt und mit ihren Wählern gesprochen. Diese Folge seiner WELT-Serie porträtiert Ernst Albrecht, Regierungschef in Niedersachsen.



Ernst Albrecht (54), seit neun Jahren Ministerpräsident von Niedersachsen, hat gelernt, daß nichts heute so not tut wie Optimismus FOTO. JUPP DARCHINGER

„Dem Land ging es noch nie so gut!"

Schopf und Scheitel sind bubenhaft wie eh und je. Auch das Lächeln scheint noch so oft und unmittelbar auf, das ihn als Strahlemann der Nation berühmt gemacht hat – damals, vor neun Jahren, als Ernst Albrecht quasi über Nacht Ministerpräsident von Niedersachsen wurde. Doch jetzt, da er die Stufen des Braunschweiger Rathauses hinaufschreitet, jetzt ist er trotz seiner ungebührlich jungen Erscheinung ganz Landesvater: gemessen-würdevoll und gesammelt. Der Regierungschef hat einen ganzen Tag im Terminkalender freigeschlagen, um die Probleme seiner zweitgrößten Stadt vor Ort zu studieren.

Protokollarisches Trara. scheint ihm überflüssig; er hält nicht förmlich „Einzug" in den großen Ratssaal, wo Magistrat und Verwaltungschefs um ein Karree weißgedeckter Tische versammelt sind, einzig der Blumenschmuck, rot-weiß in den Landesfarben, trägt dem Anlaß Rechnung; er geht ringsum und schüttelt jedem, hier ein Schwätzchen, da ein Wort, die Hand. Und dann wird erst mal Kaffee serviert. Die lässig-lockere Ouvertüre soll signalisieren, daß nicht der Revisor, sondern ein wohlwollender Freund gekommen sei. Besuch mehr denn Inspektion. „Ich vergesse nie", beteuert der Ministerpräsident denn auch zum Auftakt, „daß Braunschweig die Stadt Heinrichs des Löwen ist und älter als Hannover." Worte, die hier, in der einstigen Metropole des alten Stammesherzogtums der Sachsen, 'runtergehen wie Öl. Albrecht weiß das natürlich, aber er versagt sich dennoch das schmeichelnde Timbre im Ton, sagt es eher kühl und vergißt auch nicht hinzuzufügen – halb ernsthaft, halb im Scherz – daß vielleicht doch endlich geklärt werden müsse, wem denn nun der Löwe gehöre: „Ist er landesherrlicher Besitz oder stadtherrlicher?" Das Auditorium reagiert mit gespielter Entrüstung. Der Streit um das im gotischen Altstadt-Rathaus aufgestellte Wappentier, „die bedeutendste Bronzefreiplastik nördlich der Alpen", wie Oberbürgermeister Skupin anmerkt, gilt als begraben.

In der Rolle des Sankt Nikolaus

Und auf der Agenda des Tages stehen ohnehin wichtigere Fragen. Immerhin hat Braunschweig in den letzten Jahren eine Reihe bedeutender Firmen verloren, andere versuchten, sich unter Preisgabe von Arbeitsplätzen in die Rentabilitätszone zurückzuschrumpfen. Das Signalbauwerk von Siemens etwa, wo man jetzt darauf setzt, daß die Bundesbahn ihren „Signalhaushalt" nicht länger ohne Sicherheitsrisiken einfrieren könne, reduzierte von rund 5000 auf 3200 Mitarbeiter. Und Albrechts Kampf um eine Trendwende im Süd-Nord-Gefälle, von dem Niedersachsen ausgezehrt zu werden drohte wie Hamburg oder Nordrhein-Westfalen auch, scheint allmählich erst Früchte zu tragen. Versäumnisse der sechziger Jahre, als die Fraunhofer-Gesellschaft und die Max-Planck-Gesellschaft eine wahre Gründungswelle von wissenschaftlichen Instituten initiierten, während Hannover damals schlief, sind nicht über Nacht wettzumachen. Der Ministerpräsident argumentiert,daß das Renommee der Technischen Universität Braunschweig ein „wichtiges Standortargument" sei zur Ansiedlung eines Institutes für Mikroelektronik oder/und der Biotechnologie. Die Konzentration derartiger Forschungsaktivitäten, so verheißt er den Stadtvätern, werde Braunschweig zu einem führenden Platz für Spitzentechnologien machen – wie einst, als es seiner mechanischen Erzeugnisse wegen Weltruf genoß.

„Ich habe die begründete Hoffnung", sagt Albrecht, „daß wir bald auch die nächste Stufe erreichen werden: daß sich nämlich dann auch zukunftsorientierte Unternehmen um diese Forschungsaktivitäten gruppieren werden. Und wenn das soweit ist, dann haben wir die Umstrukturierung durchgestanden."

Ehe der Regierungschef zum Rundgang durch die malerische Altstadt aufbricht, um sich den Fortgang der Restaurierungsarbeiten zeigen zu lassen, greift er eben mal, ganz wie ehedem ein Welfe, in die Schatulle: Also das Kleine Haus (des Stadttheaters) – die Sache ist entschieden; 1987, voraussichtlich, könnte das Vorhaben laufen. Stichwort Standortqualität. Und für den notwendigen Ausbau des Braunschweiger Flughafens werde das Land den Bundesanteil vorfinanzieren, „solange, bis der Bund seine Pflicht tut".

Landesväter heutzutage sind nicht nur eine Art Generalmanager geworden, viele schauen auf sie wie auf Sankt Nikolaus. Es verwundert nicht, wenn sie diese Rolle bei all den Amtsmühsalen hin und wieder genießen. Nichts freut mehr als Freude. „Es tut mir schon gut", gesteht Ernst Albrecht, „wenn mir samstags beim Einkaufen mit der Familie auch mal einer Dankeschön sagt." Oft genug muß er ja Hoffnungen enttäuschen – so jene Familie aus Bad Pyrmont, die ihm schreibt, er möge doch seinen Einfluß geltend machen, damit die dortige Stadtsparkasse endlich die Zinsen senke; andernfalls könne sie ihr Häuschen nicht länger halten. Da sind auch Regierungschefs machtlos.

Albrecht liest im übrigen alle Briefe und beantwortet jeden, weil er daraus Einblicke in die Lebenswirklichkeit der Menschen gewinnt, und er ist dankbar, auf Bürgerabenden von diesem oder jenem Mißstand zu erfahren. „Es gibt gewiß Dinge, die Sie den Ministerpräsidenten des Landes mal fragen möchten", ermuntert er sein Publikum dann. „Er kann ja auch nicht alles wissen. Aber er kann hin und wieder doch den Daumen drauflegen." Bei der Begegnung mit einem Seniorenrat im Braunschweiger Altstadtrathaus aus dem 13. Jahrhundert sprudelt es dem Regierungschef daraufhin nur so entgegen: die Renten, das Erziehungsgeld, die Sozialstationen.

Die Braunschweiger Senioren, vollkommen unbefangen, machen zum Teil beachtenswerte Vorschläge. Sie nicken zustimmend, als Albrecht von seiner eigenen Mutter erzählt – „Was wäre die ohne ihren Kirchenchor!" – und als er beklagt, „daß wir als Gesellschaft viel weniger erfindungsreich gewesen sind als andere, die älteren Menschen an unserem Leben zu beteiligen." Deswegen auch hält er nicht viel von den Überlegungen mancher CDU-Landesverbände, eine Arbeitsgemeinschaft der Senioren einzurichten. „Wir würden nur ein neues Getto für sie schaffen – diesmal in der Partei."

Die Senioren jedenfalls verabschieden Albrecht mit anhaltendem Applaus, angetan wohl vom Maß seiner Zuwendung und einer höflichen Geduld, die ihm auf seinen Kreisbereisungen, im Schnitt jeden Monat eine, zugewachsen ist.

Wer den Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen einige Tage begleitet, sieht auch die geräuschlose Hartnäckigkeit, mit der er im Innenverhältnis, gegenüber der Ministerialbürokratie, seine genaue Kenntnis der Akten zur Geltung bringt. *Da zahlt sich* die Erfahrung von neun Regierungsjahren aus und die bei der EG, zuletzt im Range eines Generaldirektors, gereifte Fähigkeit, komplizierte Tatbestände und Zusammenhänge aufzudröseln. „Nie hat man bei ihm den leisesten Eindruck von Energieverschwendung", merkte ein Beobachter an. „Seine Selbstzucht paart sich mit Tatsachensinn, mit wacher Intelligenz, mit Witterung für den richtigen Augenblick, mit rigorosem Durchsetzungswillen sowie mit der Kunst, Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden."

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Ernst Albrecht war von jeher einer von den Entschlossenen. „Das Schicksal kommt zu jedem", sagt er, als er seine systematische Vorbereitung auf eine politische Laufbahn skizziert, „aber man muß auch darauf vorbereitet sein." Er hat deshalb Volkswirtschaft studiert, „weil man als Politiker heute etwas von Wirtschaft verstehen muß", und das Philosophiestudium davor möchte er ohnehin nicht missen. Denn die Philosophie, der seine intensive Liebe noch immer gilt – auch die Plato-Büste neben dem Empire-Schreibtisch verrät es –, die christliche Glaubenserfahrung und die Familie sind für ihn die Quellen seiner Kraft.

Es mag an diesen Ressourcen liegen, daß Albrecht immer wie frisch gelüftet wirkt und selten ein Zeichen von Ermüdung erkennen läßt und wäre der Tag noch so lang. Er inspiziert Werksanlagen, spricht mit Direktoren und Lehrlingen, läßt sich Fakten und Prognosen unterbreiten, diskutiert mit Kammern und Verbänden, registriert Anregungen, Klagen, Pläne – und muntert auf: „Ich bin beeindruckt vom Lebenswillen dieser Stadt", betont er in Braunschweig. „Ich komme ja nun viel durch das Land, da gibt es schon Unterschiede. Da gibt es welche, die den Kopf hängen lassen, und welche, die genau wissen, wie und auf welchen Wegen man aus den Schwierigkeiten herauskommt. Und Braunschweig gehört dazu."

Wie seine Kollegen aus den anderen Bundesländern hat der Niedersachse gelernt, daß nichts heute so nottut wie Optimismus. Vornehmlich deshalb wohl stellte er in seiner Haushaltsrede vor dem Landtag kürzlich heraus, „daß zu keiner Zeit in der Nachkriegsgeschichte die Masse der Bevölkerung einen solchen Wohlstand gekannt hat wie heute. Dem Land ging es noch nie so gut." Albrecht wurde dafür von der Opposition mit dem Hinweis auf die Arbeitslosigkeit gezaust. Aber die Zahlen über das Masseneinkommen und die Transferleistungen, über die Erwerbsquote wie über die der Doppelverdiener stammten von der Bundesbank, gewiß einer unverdächtigen Quelle.

„Ich muß von dem, was ich tue, überzeugt sein"

Noch etwas ist nach den Erfahrungen dieses Ministerpräsidenten wichtig, um die Menschen wieder hoffen zu machen: Die Vermittlung von Kompetenz. Das setzt nicht nur voraus, daß ein Regierungschef fleißig seine Hausaufgaben macht, sich also aus den Akten und im permanenten Gespräch mit den Fachleuten Sachkenntnis verschafft. Dies bedingt auch eine hochentwickelte Sensibilität für relevante Themen und die Entschlossenheit, „die politische Kontrolle über das zu haben, was wir wollen und in Gang setzen" – das also, was draußen im Land vor sich geht. „Ich muß von dem, was ich da tue, überzeugt sein", sagte er mir wie zur Rechtfertigung. So quetscht er seinen Umweltbeauftragten und die ministeriellen Naturschützer nach einem Projekt in den Emsniederungen aus: wieweit die Arbeiten gediehen seien, was die Flurbereinigung mache. Wenn nämlich, so sein Argwohn, zwei Prozent der Flächen als Feuchtgebiete ausgewiesen wären, aber zehn Prozent entwässert würden, „dann wäre ich nicht sicher, daß wir die richtige Umweltschutz-Politik machten". Ob vor dem Beamtenbund, bei Betriebs- und Personalräten oder hier: Lösungen müssen für ihn immer „menschlich tragfähig" sein. Die Runde sagt dem Ministerpräsidenten zu, einen Statusbericht anzufertigen.

Albrecht konferiert im Gästehaus der Landesregierung, einer Gründerzeitvilla, die er ohnehin häufig der Staatskanzlei in der Planckstraße vorzieht. Das familiäre Ambiente des Hauses, einst Sitz des preußischen Oberpräsidenten, wie das Monogramm auf dem Tafelsilber noch immer ausweist, liegt dem ausgemachten Familienmenschen Ernst Albrecht mehr. Selbst sein Arbeitszimmer in der – keineswegs pompösen – Staatskanzlei hat er mit einem eher privaten Attribut ausstatten lassen: einem mächtigen Porzellanschrank, der breit und behaglich hinter seinem abgewetzten Ledersessel mit dem Landeswappen ragt. „Ist er nicht schön?", sagt Ernst Albrecht. Und strahlt.

Fast über Nacht populär

Ernst Albrecht, Jahrgang 1930, hat erst Philosophie und Theologie studiert, ehe er sich, nach einem USA-Aufenthalt, der Volkswirtschaft zuwandte – mit dem Ziel, irgendwann in die Politik zu gehen. Als sich das dann 1970 in Hannover realisierte, hatte er bereits eine steile Europa-Karriere geschafft: als Generaldirektor für Wettbewerb, zuletzt, bei der EG-Kommission in Brüssel. Albrecht zog zunächst als CDU-Abgeordneter in den Niedersächsischen Landtag ein, rückte aber rasch in die Führungsriege auf. Er war schon Spitzenkandidat seiner Partei, als es ihm im Januar 1976 überraschend gelang, bei der Parlamentsabstimmung über die Kubel-Nachfolge Regierungschef zu werden. Der Coup machte ihn buchstäblich über Nacht bundesweit populär. Albrecht konnte die FDP für eine Koalition gewinnen und siegte bei der Landtagswahl 1978 mit 48,7 Prozent überlegen. Der Niedersachse war Kohls Favorit für die Kanzlerkandidatur, unterlag aber in einer Probeabstimmung gegen den Bayern Strauß. Albrecht, der bei den Landtagswahlen 1982 sogar 50,7 Prozent errang, hat mit seiner Frau Heidi Adele sechs Kinder.

Warnung vor Wahlhilfe für die FDP

● Fortsetzung von Seite 1

der Bundesrepublik Deutschland in der Welt gefestigt werden, auch im Hinblick auf die Ost-West-Bewegung.

WELT: Die Koalition steht aber zugleich vor einem Zielkonflikt, solide zu sparen und andererseits Erwartungen von Wählerschichten zu erfüllen?

Strauß: Diesen Zielkonflikt gibt es immer. Aber Sparpolitik um ihrer selbst willen ist noch keine Tugend. Gefordert ist eine Sparpolitik mit Maß und Vernunft, mit Instinkt für die Prioritäten, auch im Hinblick auf die kommenden Wahlen. Ich habe schon auf dem Gymnasium gelernt: Auf dem Mittelweg gehst du am sichersten. Was die Innenpolitik und die Rechtspolitik angeht, so hoffe ich, daß es zu Resultaten mit der FDP kommen wird. Aber nicht auf dem Weg fauler Kompromisse.

WELT: Erläutern Sie bitte Ihr Stichwort von der Ost-West-Bewegung?

Strauß: In der Ostpolitik wird es keine sensationellen Ergebnisse oder Erfolge geben. Aber die Tatsache, daß in Europa – gottlob – Geschichte nicht mehr mit Kriegen und Revolutionen gemacht wird, heißt nicht, daß die Geschichte zum Stillstand gekommen ist. Die moderne naturwissenschaftliche Anwendung vor allem auf dem Gebiet der Informatik ruft gesellschaftliche Veränderungen hervor, von denen auch die Systeme nicht verschont bleiben. Und dafür braucht die Bundesregierung ein Maximum an guten Informationen, an Sach- und Personalanalysen, die sich nicht nur auf die DDR oder die Sowjetunion beschränken dürfen, sondern die das ganze Ost-Spektrum einschließen.

WELT: Erwarten Sie nach dem Machtwechsel im Kreml neue Akzente in der sowjetischen Politik?

Strauß: Es wird nach meiner Einschätzung keine sensationellen Kursänderungen geben. Daß der Gipfel zwischen Gorbatschow und dem amerikanischen Präsidenten Reagan zustande kommt, halte ich für sehr wahrscheinlich. Aber eine Dauerkrankheit sind diese ewig optimistischen Prognosen, die pompös verkündet werden, so als gebe es neue Perspektiven. Natürlich hat jeder Kreml-Chef seinen persönlichen Stil. Aber Gorbatschow ist nicht der Mann, der hier grundsätzliche Veränderungen des Systems herbeiführen will. Gorbatschow will das System verbessern, aber er steht dabei wieder vor der unlösbaren Aufgabe, die Quadratur des Zirkels zu erfinden, nämlich bessere Arbeitsdisziplin, höhere Arbeitsproduktivität, aber unter dem Vorrang der Beibehaltung des marxistisch-leninistischen Systems.

Gorbatschow hat sich ja früher mehrfach für Veränderungen im wirtschaftlich-gesellschaftlichen Bereich der Sowjetunion ausgesprochen. Aber er hat dabei auch eingeräumt, daß der wirtschaftliche Einbruch, der ja Ende der siebziger Jahre kam, und der bis heute anhält, auch systembedingt ist. Aber die Eckpfeiler des Systems, nämlich Primat der Partei, Sozialisierung der Produktionsmittel und strategische Funktion des Zentralplanes werden sicher von Gorbatschow nicht beseitigt.

Auf der Suche nach Europas Standort

BERNT CONRAD, **Bonn**

Die Staatsministerin im Foreign Office, Baroness Young, sprach für fast alle Teilnehmer der 35. deutsch-britischen Gespräche in Königswinter, als sie dazu aufrief, keinen Keil zwischen Westeuropäer und Amerikaner treiben zu lassen. Genau dies versuchten die Sowjets, indem sie Differenzen zwischen den NATO-Verbündeten in der Frage eines Weltraumdefensivsystems (SDI) aufzuspüren und zu ihrem Vorteil auszunutzen suchten, sagte die konservative britische Politikerin. Dem müsse entgegengewirkt werden.

Mit diesem Appell berührte Baroness Young einen kritischen Punkt der gegenwärtigen Diskussion in Europa und nicht zuletzt in der Bundesrepublik Deutschland, der auch in Königswinter sehr deutlich wurde: Viele Politiker stellen kritische Fragen zum amerikanischen SDI-Projekt, ohne damit aber den Sowjets in die Hände arbeiten und die westliche Verhandlungsposition in Genf unterminieren zu wollen. Wie schwierig es ist, beides auf einen Nenner zu bringen, zeigten zahlreiche Debattenbeiträge.

Dabei legten deutsche Teilnehmer besonderen Wert darauf, zwischen der Forschungsphase und der Verwirklichung des SDI-Programms zu unterscheiden. Maßgebliche Sprecher der CDU/CSU wiesen darauf hin, daß nach ihrer Auffassung die amerikanische Forschung – nicht zuletzt angesichts der auch auf sowjetischer Seite betriebenen Forschungsarbeiten – völlig legitim sei und auch mit dem sowjetisch-amerikanischen ABM-Vertrag übereinstimme. Dem wurde prinzipiell auch von britischer Seite nicht widersprochen.

Als differenzierter erwies sich die Beurteilung der Frage, ob die Europäer an den amerikanischen Forschungsarbeiten teilnehmen sollten. Hier gab es bei einigen Briten Vorbehalte, vor allem bei jenen, die der Premierministerin Margaret Thatcher distanziert gegenüberstehen. Frau Thatcher hatte ja schon im Dezember eine Forschungsbeteiligung anvisiert. In Königswinter warnten britische Oppositionsabgeordnete vor einer Teilnahme, weil die Forschungsphase schon soviel Geld erfordere, daß damit die Realisierung des Projekts vorprogrammiert sei.

Dies entsprach der Haltung der SPD, deren Sprecher es als Utopie bezeichneten, durch eine Beteiligung an der SDI-Forschung die amerikanische Strategie beeinflussen zu wollen. Unionsabgeordnete hielten dem entgegen, im Umkehrschluß müsse man dann auch feststellen, eine Forschungsbeteiligung bedeute keine Entscheidung für eine spätere Durchführung des Programms. Ganz klar wurde aus den Argumenten der Bonner Regierungspolitiker: Europa darf sich technologisch nicht abhängen lassen. Dies spricht für enge Forschungskontakte.

Was aber kommt nach der Forschungsphase? Die Diskussion in Königswinter gab darauf sehr verschiedenartige Antworten. Vorherrschend war Skepsis gegenüber der Idee, von der bisher erfolgreichen Strategie der atomaren Abschreckung abzugehen und sich dafür auf ein weder in seinen Einzelheiten noch in seinen Auswirkungen klares Weltraumdefensivsystem zu verlassen. Gerade deshalb wurden eine gemeinsame europäische Position und eingehende Konsultationen mit den Amerikanern zur Wahrung der europäischen Interessen für dringend notwendig gehalten.

Diese Forderung hatte um so mehr Gewicht, als sich an der Aussprache darüber prominente Politiker aus London und Bonn beteiligten, darunter der frühere britische Außenminister Sir Francis Pym, der Labour-Abgeordnete Peter Shore, die Sozialdemokratin Shirley Williams, der frühere EG-Kommissar Christopher Tugendhat, der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Rühe, Ministerialdirektor Horst Teltschik vom Bundeskanzleramt, Botschafter Rüdiger von Wechmar, der SPD-Abgeordnete Karsten Voigt und viele andere.

Alle Teilnehmer waren sich darüber klar, daß Präsident Reagan mit seinem Gedanken einer völlig neuen Weltraumdefensivstrategie eine große Mehrheit in den Vereinigten Staaten hinter sich hat. Dies minderte jedoch nicht die Zweifel, ob ein solches System wirklich realisierbar sei und ob es die europäischen Sicherheitsinteressen genügend zu berücksichtigen vermöge.

Nachdem Bundespräsident Richard von Weizsäcker schon bei der Eröffnung vorsichtige Zweifel geäußert hatte, meinte der britische Admiral Sir James Eberle, SDI schaffe Unsicherheiten. Wenn der Preis, alle Atomwaffen abzuschaffen, eine konventionelle Gefährdung Europas bedeuten würde, dann wäre er zu hoch. Intern meinte ein Militärexperte aus London später, er habe noch keine überzeugenden militärischen Argumente für das Weltraumprojekt gehört. Seine Schlußfolgerung: „Das SDI-Programm ist militärisch sein Geld nicht wert." Dies bestärkte politische Skeptiker, wobei allerdings kaum jemand soweit ging wie ein SPD-Abgeordneter, der anstelle des SDI eine Sicherheitspartnerschaft mit dem Osten propagierte.

Ein Unionspolitiker bemühte sich, die Gewichte wieder zurechtzurükkcken: „Wir sollten das SDI-Programm weder verteufeln noch vergöttern." Er lieferte dazu einen konkreten Beitrag durch den Hinweis, daß die Amerikaner bei den bisherigen Kontakten schon weitgehend auf europäische Argumente eingegangen seien. Dies sei beispielsweise in Präsident Reagans Ankündigung zum Ausdruck gekommen, falls die Forschung positiv verlaufen werde, wolle er sich für eine Internationalisierung dieser Forschung einsetzen. Im gemeinsamen Kommuniqué Reagans und Frau Thatchers sei ausgeführt worden, daß das neue Projekt einer Stärkung der Abschreckung diene. Dies sei ebenfalls positiv für Europa.

In der Schlußforderung waren sich dann alle Teilnehmer trotz differierender Prämissen einig: Die Westeuropäer sollten sich zusammensetzen und gemeinsame Standpunkte zur künftigen Strategie entwickeln. Darüber soll dann vertrauensvoll mit den Amerikanern gesprochen werden. Damit wäre russischen Störversuchen der Boden entzogen.

Bischof Leich rührt an SED-Tabus „Vertreibung" und „Buchenwald"

Auf differenzierte Art interpretiert er den 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung

hrk./epd, **Berlin/Eisenach**

Die von der SED geforderte intensive Beschäftigung mit dem 8. Mai 1945 hat ungewollt dazu geführt, daß ein führender mitteldeutscher Bischof an zwei strenge Tabu-Themen gerührt hat: Werner Leich, Oberhaupt der thüringischen Lutheraner, erinnerte vor der in Eisenach tagenden Synode an die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten und das von den Sowjets eingerichtete Internierungslager auf dem Gelände des *KZ Buchenwald.*

Nach einem Bericht des Evangelischen Presse-Dienstes (epd) widersprach Leich, der prinzipiell für eine möglichst reibungslose Zusammenarbeit von Staat und Kirche in der „DDR" eintritt und z. B. von kirchlich-unabhängigen Friedensgruppen im Jenaer Raum schon heftig angegriffen worden ist, einem beliebten SED-Schema: die „DDR" stehe am 8. Mai gleichsam auf der Seite der Sieger.

Leich hingegen stellte vor den Synodalen fest, nur ein „kleiner Teil des deutschen Volkes" könne sich wegen seines antifaschistischen Widerstandes zur „Front der Sieger" zählen. Nachdrücklich sprach er sich dafür aus, den 8. Mai als „Befreiung" zu verstehen. Wer in diesem Datum eine „Katastrophe" sehe, schätze die Ziele der Nationalsozialisten „total falsch ein". Eine solche Sicht der Dinge bedeute jedoch nicht, die „schweren Nöte", die für viele Menschen mit dieser Befreiung verbunden gewesen seien, „zu übergehen".

Als Beispiele führte Leich die Aussiedlung der Deutschen aus Ostpreußen, Schlesien und dem Sudetenland an, die die Menschen „hart getroffen" habe. In diesem Zusammenhang erwähnte er auch, *was die SED-Medien* seit Gründung der „DDR" verschweigen – die Unterbringung von Häftlingen der sowjetischen Besatzungsmacht auf dem Gelände des KZ Buchenwald. Es sei eine „Tatsache", daß es bis 1950 ein derartiges Internierungslager für politische Häftlinge gegeben habe: „Diese und andere Tatsachen brauchen nicht verschwiegen zu werden, wenn man sich deutlich macht, daß die Sieger als Menschen kamen, denen unendliches Leid zugefügt worden war."

Mit Bezugnahme auf die „DDR"-Gesellschaft sagte der Landesbischof einen weiteren wichtigen Satz: Die Aufgabe der Friedenswahrung beginne heute „mit der Bewahrung der unbedingten und absoluten Würde des einzelnen Menschen in allen Bereichen gesellschaftlichen Lebens und staatlicher Ordnung".

Der Bruch sorgsam gewahrter SED-Tabus durch Leich ist umso überraschender, als der thüringischen Kirchenleitung keinesfalls übermäßig kritische Einstellung zur Partei-Obrigkeit vorgeworfen werden kann. Neigung und Geschick zum Arrangement mit der Staatsmacht waren in Thüringen stets ausgeprägt. Auf einer Synode in Eisenach wurde *z. B. der mißverständliche,* weil deutbare Begriff „Kirche im Sozialismus" formuliert.

Vor der Synode der mecklenburgischen Landeskirche hat der Leiter des Kirchlichen Forschungsheimes in Wittenberg, Pfarrer Hans-Peter Gensichen, Kritik an der restriktiven Berichterstattung der „DDR"-Medien über die Umweltprobleme im eigenen Lande geäußert. Zu viele Meldungen würden zurückgehalten und „geschönte Darstellungen" verbreitet, sagte er in Schwerin. Zum mangelnden Problembewußtsein der „DDR"-Bürger in Umweltfragen habe vor allem die Politik der SED beigetragen, die der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse vorrangige Bedeutung zumesse.

Moskau sieht beim Kanzler „Zurückhaltung"

dpa, **Moskau**

Bonn hat nach Meinung der sowjetischen Parteizeitung „Prawda" eine zurückhaltendere Position in der Frage der von Moskau heftig bekämpften Strategischen Verteidigungs-Initiative (SDI) Präsident Reagans eingenommen. In einem Kommentar zum CDU-Parteitag schrieb das Blatt, daß Bundeskanzler Kohl „dieses Mal zurückhaltender als früher war, als er über die Unterstützung der amerikanischen Pläne der Militarisierung des Weltraums sprach".

Kohl wisse, wie „unpopulär dieser gefährliche militaristische Plan Washingtons" sei. Er habe daher „vorsichtig gesagt, daß die (Bundes-) Regierung die Frage der Beteiligung der BRD am amerikanischen Programm der Militarisierung des Weltraums vorerst offen läßt und darauf hoffe, daß ein Erfolg bei den Genfer Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR den Rüstungswettlauf im Weltraum überflüssig machen wird", hieß es in dem „Prawda"-Kommentar weiter.

In ihrem außenpolitischen Wochenrückblick betonte die Moskauer Parteizeitung, daß „sich sogar in einer solchen ‚rechtsgläubigen' NATO-Hauptstadt wie Bonn eine bestimmte Unstimmigkeit in der Frage der ‚Sternenkriege' abzeichnet". Als ein Indiz dafür wertete das Blatt eine in der WELT veröffentlichte Meldung, wonach das Auswärtige Amt die Botschaften angewiesen habe, in ihren Gastländern klarzustellen, daß es zwischen dem Kanzler und Bundesaußenminister Genscher volle Übereinstimmung in der SDI-Frage gebe. „Offensichtlich gibt es Gründe, daran zu zweifeln", schrieb die „Prawda".

Honecker stellt Gemeinsamkeit mit Bonn heraus

hrk. **Berlin**

SED-Chef Erich Honecker ist offenbar entschlossen, durch ein Lob für die kraftvolle neue Moskauer Führung, aber auch durch den Hinweis auf seine mit Bundeskanzler Kohl in Moskau vorgetragene gemeinsame „eindeutige Erklärung" eine politische Größe von Gewicht zu bleiben – im eigenen Lager wie auch gegenüber der Bundesrepublik Deutschland.

In einem vorab im „Neuen Deutschland" abgedruckten Beitrag für das SED-Theorieorgan „Einheit" attackiert Honecker nochmals die Raketenstationierung in der Bundesrepublik Deutschland. Einen vergleichbaren rhetorischen Angriff hatte Honecker letztmals in seinem Bericht vor dem SED-Zentralkomitee am 22./23. November 1984 vorgetragen. Die Stationierung sei „unter Mißachtung des erklärten Willens von mehr als 70 Prozent der Bundesbürger erfolgt". Noch ein Jahr zuvor hatte Honecker vor demselben Gremium eingeräumt, auch die eigene Bevölkerung sei über die SS-20-Stationierung „nicht begeistert".

Ansonsten verzichtet Honecker im jüngsten Aufsatz auf schrille Töne gegenüber Bonn und auch auf die Wiederholung seines alten Forderungskatalogs, zum Beispiel der Staatsbürgerschafts-Anerkennung. Von Bedeutung ist, daß Honecker ausdrücklich mit der „Gemeinsamen Mitteilung" nach seiner Unterredung mit Bundeskanzler Kohl in Moskau argumentiert. Zum ersten Mal legt der SED-Chef dabei ein deutsch-deutsches Kommuniqué als ein Papier aus, das aus seinem gemeinsamen Interesse heraus auch eine gemeinsame Politik formuliert.

Pentagon-Studie soll den Kongreß überzeugen

wth. **Washington**

Die sowjetische Militärhilfe für Kuba und Nicaragua seit 1979 war größer als die amerikanische im selben Zeitraum für alle lateinamerikanischen Länder zusammen. Das geht aus einem Bericht des US-Verteidigungsministeriums und des State Department hervor, der am Wochenende vorgelegt wurde. Der Kongreß hat in den kommenden Wochen darüber zu entscheiden, ob Finanzhilfe von 14 Millionen Dollar für die „Contras" bewilligt werden soll.

In dem Bericht heißt es ferner, hochrangige Regierungsvertreter Kubas und Nicaraguas betrieben einen schwungvollen Rauschgifthandel und kauften von dem Erlös Waffen für die Guerrilla in Mittelamerika. Im Zusammenhang mit den sowjetischen Aktivitäten im Krisengebiet wird aus einem Brief des sowjetischen Außenministers Gromyko zitiert, der bei der Invasion Grenadas gefunden wurde. Darin wird die Region als ein „kochender Kessel" bezeichnet, der reif für eine Revolution sei. Die Sowjetunion sehe in Mittelamerika eine finanziell nicht aufwendige Möglichkeit, die USA zu beschäftigen und damit für die UdSSR größere globale Aktionsfreiheit zu gewinnen.

Nach Angaben des Berichts sind die Rüstungslieferungen des Ostblocks an Nicaragua von 1981 bis 1984 von 900 auf 18 000 Tonnen gestiegen, darunter 24 Kampf-Hubschrauber vom Typ Mi 24 sowie 340 Panzer und gepanzerte Fahrzeuge. Im gleichen Zeitraum sei in Nicaragua die Zahl der unter Waffen stehenden Soldaten auf 62 000 und die der Reservisten auf 57 000 angestiegen.

Beschwerde in Rom: Malkowski will predigen

JGG. **Haan**

Der Warschauer Geistliche Stanislaw Malkowski, der vom polnischen Primas Glemp im vergangenen Jahr Predigtverbot erhalten hatte und versetzt worden war, hat jetzt Beschwerde bei Papst Johannes Paul II. eingereicht. Er ist davon überzeugt, daß der Entschluß des Primas ungerechtfertigt ist und daß er als Priester geradezu verpflichtet sei, die Wahrheit zu verkünden. Der polnische Episkopat hatte den Priester im Januar wissen lassen, daß er Preditverbot und Versetzung als Prophylaxe gegen ein eventuelles Attentat verhängt habe, um das Leben Malkowskis zu schützen. Malkowski steht auf jener Liste von mehr als 60 Priestern, deren Maßregelung oder Zwangsversetzung zum Vatikan der Episkopat fordert. Es gibt Gerüchte, daß der polnische Sicherheitsdienst ursprünglich geplant habe, Malkowski zu ermorden, nicht Jerzy Popieluszko.

„Reagan hat sich hinreißen lassen"

AP, **Washington**

Die Äußerungen von Präsident Reagan, daß sich nur noch wenige Deutsche an den Zweiten Weltkrieg erinnern könnten, hat Widerspruch hervorgerufen. Hans Wiessman, stellvertretender Direktor des der deutschen Botschaft in Washington und damit dem Auswärtigen Amt unterstehenden Deutschen Informationszentrums in New York, sagte am Wochenende, Reagan habe sich bei seiner Pressekonferenz am Donnerstag von Emotionen hinreißen lassen. In der Bundesrepublik Deutschland lebten durchaus „Millionen von Menschen", die sich an den Krieg erinnerten.

Katholiken und Juden in die Psychiatrien

KNA, **Kiew**

Der Kampf gegen die katholische Untergrundkirche und die „Zionisten" in der Ukraine soll verstärkt werden. Wie der jetzt im Westen eingetroffenen „Chronik der katholischen Kirche in der Ukraine" zu entnehmen ist, sollen zu diesem Zweck die psychiatrischen Abteilungen der ukrainischen Krankenhäuser erweitert werden. Dies habe das Gebietskomitee für Transkarpatien der Kommunistischen Partei der Ukraine in einem Geheimbeschluß festgelegt. Es wird empfohlen, zwei Drittel der aktiven Katholiken einzuweisen.

Keine Einigung in nordelbischer Kirche

idea, **Kiel**

Bei einem ersten Gespräch zwischen den drei nordelbischen Bischöfen Stoll (Schleswig), Krusche (Hamburg) und Wilkens (Lübeck) und den Unterzeichnern des nordelbischen „Aufrufs an unsere Bischöfe" wurde keine Übereinstimmung erzielt. In dem Aufruf hatten elf prominente Persönlichkeiten massive Kritik an ihrer Kirche vorgebracht, weil sie dulde, daß Amtsträger Staatshetze betrieben und Irrlehren und Neuheidentum in die Kirche eindrängen.

Die Grenzen der Kraft

J. G. – In sein klares Nein zur Stahl-Verstaatlichungsforderung der IG Metall packte Thyssen-Chef Spethmann auf der Hauptversammlung dieses größten privatwirtschaftlichen Stahlproduzenten Europas nun einen bemerkenswerten Satz. Ebenso wie die Gewerkschaft meint Thyssen, daß die mit Produktionsquoten installierte Zwangswirtschaft für Europas Stahl über ihr bisher zum Ausklang dieses Jahres vorgesehenes Ende hinaus fortgesetzt werden muß.

Weiteren „Schutz der Bedrängten" fordert da ein Stahlgigant, der zugleich einen Jahresabschluß mit sehr ansehnlichen Resultaten eigener, kraftvoller Genesung aus Europas langer Stahlkrise präsentiert: Moderne Anlagen, deren niedrige Buchwerte und ergo Zinslasten das Gros der Konkurrenten vor Neid erblassen lassen, hat Thyssen am Duisburger Niederrhein konzentriert. Schneller und deutlicher als anderswo brachte da 1984 auch wieder Gewinne.

Wenn Thyssen sich gleichwohl und noch auf Jahre hinaus zu den „Bedrängten" zählt, dann zeigt auch das die Langzeit-Folgen der aberwitzigen Milliarden-Subventionen in anderen EG-Stahlländern. Auch wenn diese Lawine Ende 1985 tatsächlich gestoppt sein sollte, stößt der aus eigener Kraft Tüchtige im Wettbewerb mit staatlich Hochgepäppelten vorerst noch bedrohlich früh an seine Grenzen. Der Rückweg von der Schlammschlacht der Subventionen zum freien und fairen Leistungswettbewerb ist lang. Unerläßlich ist er aber auch.

Wachstum

sg. – Aus Brüssel kommt eine erfreuliche Meldung, wenngleich nicht von der EG-Kommission. Die Ständige Konferenz der europäischen Industrie- und Handelskammern teilt mit, daß mehr als die Hälfte der europäischen Länder ansehnliche Wachstumserwartungen habe, und auch die anderen Länder – mit Ausnahme Griechenlands vielleicht – schlimmstenfalls mit Stagnation, jedenfalls nicht mit einer Schrumpfung des Sozialprodukts zu rechnen haben. Nicht ohne Stolz konstatiert die Kammerorganisation, daß die Länder des alten Kontinents den Wachstumsvorsprung der Vereinigten Staaten und Japan deutlich verringern werden. Nicht ganz so gut sieht es mit der Entwicklung der Arbeitsmärkte aus. Zu nachhaltig wirken sich hier noch die strukturpolitischen Fehler früherer Jahre, die zum Teil immer noch gemacht werden, aus. Dies bedeutet aber nicht, daß es überhaupt nicht voranginge. Die neuen Strukturen brauchen eben noch Zeit. Die Chancen, auf diesem Wege etwas zu bewirken, sind besser als es eine Politik wäre, die die Misere überhaupt erst verursacht hat.

HUDSON INSTITUTE / Studie zu den wirtschaftlichen Perspektiven Europas

Befürchtungen über eine langfristige Stagnation gelten als übertrieben

H.-A. SIEBERT, Washington

Besorgt über so vorschnell aufgeklebte Etiketten wie „Europessimismus" oder „Eurosklerose", die auch das Vertrauen in die NATO untergraben können, hat das renommierte Hudson Institute eine korrigierende Lageanalyse vorgelegt. Danach sind in Westeuropa zwar weitreichende Veränderungen nötig, um die Volkswirtschaften auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Übertrieben sind jedoch die Befürchtungen über eine langfristige Stagnation.

Vorgestellt hat die Studie in Washington der frühere US-Außenminister und Oberkommandierende der NATO-Truppen, General Alexander M. Haig. Er leitete eine internationale Beratergruppe, der auch die CDU-Politiker Kurt Biedenkopf und Walther Leisler Kiep angehörten. Die Untersuchung soll in Kürze in Europa veröffentlicht werden. Die Kernthese ist, daß es zwischen den USA und Europa nicht nur eine Interdependenz der Gesellschaften, sondern auch eine Abhängigkeit der Wirtschafts- und Sicherheitspolitik geben muß.

Das von dem verstorbenen Herman Kahn gegründete Institut kommt zu dem Ergebnis, daß Westeuropas Wirtschaft trotz anhaltender Probleme innerhalb der EG längerfristig im Jahresdurchschnitt um real zwei bis drei Prozent wachsen wird. Laut Haig kann die Gemeinschaft außerdem in den kommenden 15 Jahren mit vorteilhaften demographischen Entwicklungen rechnen, die sich positiv auf Beschäftigung und Produktivität auswirken werden. Auch bei diesem Wachstumstempo verdoppelte sich das Sozialprodukt der EG alle 23 bis 35 Jahre, was den notwendigen militärischen Aufbau begünstige.

„Europas Vitalität, Energie und innovative Fähigkeiten sind noch nicht ausgetrocknet; wer das Gegenteil behauptet, begeht einen schwerwiegenden, vielleicht tragischen Fehler", fuhr Haig fort. Nach Ansicht des Hudson Institute „darf sich die Vision eines permanenten Verfalls gar nicht erst festsetzen".

Folgt man dem Institut, dann ist ein vorsichtiger Optimismus über die Atlantische Allianz und Westeuropas wirtschaftliche Zukunft angebracht, wenn drei Dinge geschehen: Beseitigt werden müssen die gewaltigen Ungleichgewichte, die durch Washingtons zu expansive Fiskalpolitik entstanden sind und riesige Kapitalbeträge aus Europa absaugen. Andererseits ist es Aufgabe der EG, ein freundlicheres Innovationsklima zu schaffen. Auf beiden Seiten des Atlantiks müssen wiederum Pflöcke gegen den sich ausbreitenden Protektionismus eingeschlagen werden.

Besonders die Beratergruppe aus europäischen und amerikanischen Fachleuten zweifelt nicht daran, daß die wirtschaftliche Erholung in Europa auch die bestehenden Spannungen innerhalb der NATO abbaut. Eine größere Sachlichkeit wird den USA in der Diskussion über den Osthandel und den umstrittenen Technologietransfer angeraten. „Amerika kann von seinen Alliierten nicht erwarten, daß sie die ganze Last des kontrollierten Handels mit der UdSSR tragen, während die USA Moskau mit Getreide beliefern und den Kreml von seinen landwirtschaftlichen Pleiten erlösen", heißt es in der Studie.

Für das Institut ist der Osthandel auch insofern ein wichtiges politisches Instrument, weil „es im westlichen Interesse ist, eine mögliche Evolution in den Volkswirtschaften Osteuropas und seiner politischen Strukturen nicht zu verschütten". Allerdings müsse sichergestellt werden, daß die Sowjetunion kein technisches Wissen von strategischem Wert erhalte. Erforderlich seien deshalb gleichwertige Kontrollsysteme; die Cocom-Verbotsliste müsse sich auf militärische Ausrüstungen konzentrieren.

Positiv wertet das Hudson Institute, daß 1984 zum erstenmal das Wachstum der Staatsausgaben in Europa die Zunahme des Bruttosozialprodukts nicht überschritten hat. Gelobt werden überdies die Fortschritte im Kampf gegen die Teuerung sowie der Abbau des auf die hohen Energiekosten zurückzuführenden EG-Handelsdefizits. Außerdem bleibe das Verhältnis der arbeitenden zur aus dem Beruf ausscheidenden Bevölkerung in den nächsten 15 Jahren stabil.

US-AKTIENMÄRKTE

Trotz leichter Kurserholung herrscht noch Unsicherheit

LEO FISCHER, Bonn

Nach dem scharfen Kursrückgang in den beiden ersten Märzwochen konnte die Wall Street in den letzten fünf Börsentagen einen Großteil der vorangegangenen Verluste wieder wettmachen. Gleichwohl bleibt die New Yorker Börse nach Meinung vieler Beobachter anfällig. Der starke Fall des Dollarkurses und die neuesten wirtschaftlichen Nachrichten irritieren die privaten und professionellen Anleger.

Zu Wochenbeginn sorgte vor allem die Fusionsabsicht von American Broadcasting (ABC) und Capital Cities Communications für Anregungen. Der damit verbundene Kurssprung macht nach Ansicht von Beobachtern deutlich, daß viele Aktien noch unterbewertet sind. Die Fusionsphantasie dürfte denn auch neben der technischen Reaktion auf die vorangegangenen Verluste vor allem dazu geführt haben, daß sich der Dow-Jones-Index der 30 Industriewerte im Wochenverlauf um 20,10 Punkte auf 1267,45 Punkte erholte. Der breiter gestreute Nyse-Index stieg um 1,19 Punkte auf 103,65. Die durchschnittlichen Tagesumsätze erhöhten sich von 97,43 Millionen in der Vorwoche auf 103,18 Millionen Stück.

Die Krise um die Bausparkassen in Ohio beeindruckte die Aktienbörse kaum, drückte aber den Dollarkurs. Der Kursrückgang wird von den meisten Analytikern aber positiv gesehen, weil er kurzfristig die Gewinnaussichten für die Exportunternehmen verbessern könnte. Selbst der Bausparkassen-Krise können die Börsianer noch eine positive Seite abgewinnen. Die Wahrscheinlichkeit, daß die Zinsen in nächster Zeit anziehen werden, sei dadurch geringer geworden, so wird argumentiert. Denn die Notenbank werde alles unterlassen, was die Lösung der Bausparkassenkrise erschweren könnte. Und dazu würden steigende Zinsen zählen.

Wenig beeinflußt wurde das Börsengeschehen von der jüngsten Schätzung für das Wirtschaftswachstum im ersten Quartal, die eine deutliche Verlangsamung der Belebung signalisiert. Der starke Anstieg der Verbraucherpreise um 5,4 dürfte die Börse allerdings etwas irritiert haben. Dennoch sind einige der bedeutenden Brokerhäuser wie Shearson Lehman Brothers und (das größte) Merrill Lynch optimistisch gestimmt. In ihrem jüngsten Rundschreiben an ihre Kunden weist das größte US-Brokerhaus allerdings darauf hin, daß die Zins- und Dollarentwicklung kurzfristig verunsichern könnte, so daß die Phase der Konsolidierung noch etwas anhalten könnte. Die Skeptiker weisen vor allem darauf hin, daß an den letzten 14 Börsentagen die Zahl der höher notierten die Zahl der im Kurs gefallenen Aktien nur dreimal überschritten hat. Dies wird markttechnisch als negativ angesehen.

Die Freitagsschlußkurse von New York und Toronto und die Samstagsschlußkurse von Tokio sind auf Seite 11 zu finden

Hamburg und sein Image

Von JAN BRECH

Die wirtschaftliche Entwicklung im Stadtstaat Hamburg ist in der jüngsten Vergangenheit mit vielen negativen Schlagzeilen bedacht worden. Bei der Bedeutung, die gerade die Psychologie für das Gedeihen eines Wirtschaftszentrums hat, kann es nicht wundern, wenn die verantwortlichen Politiker der Stadt dem Image einer absterbenden Wirtschaftsregion, in der sich zudem noch täglich „Umweltskandale" abspielen, energisch entgegentreten.

Vor allem Bürgermeister Klaus von Dohnanyi wird nicht müde, das „Unternehmen Hamburg" in ein besseres Licht zu rücken. Dabei hat er unbestritten eine Reihe von Argumenten auf seiner Seite. Das Bruttoinlandsprodukt ist in Hamburg höher als in allen anderen Bundesländern. Hamburg stellt für die Nachbarländer netto fast 175 000 Arbeitsplätze zur Verfügung. Es hat zwar eine hohe, im Vergleich zu anderen Großstädten im Westen und Norden der Republik, jedoch deutlich niedrigere Arbeitslosenquote. In der Stadt werden die meisten elektronischen Bauelemente in Deutschland produziert und nach Seattle ist Hamburg der zweitgrößte Standort für den privaten Flugzeugbau in der westlichen Welt.

Die Reihe der Beispiele verlängert Dohnanyi mit dem Hinweis, daß Hamburg mit 258 Mark pro Kopf den höchsten Länderfinanzausgleich zahlt. In dem reichen und mit der geringsten Arbeitslosenquote gesegneten Land Baden-Württemberg sind es lediglich 162 Mark pro Kopf. Hamburg hat in den Länderfinanzausgleich von 1980 bis 1984 rund 1,8 Milliarden Mark gezahlt, während das vom „Süd-Nord-Gefälle" begünstigte Bayern in dieser Zeit eine Milliarde Mark erhalten hat.

Diese Vergleiche mit anderen Regionen mögen die Probleme Hamburgs relativieren. Die Stadt aber befindet sich in einer wirtschaftlich sehr schwierigen Phase, deren Ende nicht abzusehen ist. Sie ächzt unter den Folgewirkungen eines Strukturumbruchs, von dem sie weitgehend unvorbereitet getroffen worden ist. Die daraus resultierende Schwäche ganzer Branchen, die Hamburgs Wohlstand einst begründeten, können von anderen Bereichen, nicht aufgewogen werden.

Die durcheinander geratene Industriestruktur wieder ins Gleichgewicht zu bringen, ist ein langwieriger und schwieriger Weg. Er ist um so schwieriger, als in Hamburg noch heute zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung atmosphärische Störungen herrschen, die der wirtschaftlichen Gesundung nicht gerade förderlich sind. Die Vorgänge, mit denen sich die Stadt ins Gerede gebracht hat, reichen von den ideologisch eingefärbten Auseinandersetzungen um das Kernkraftwerk Brokdorf, von der in Teilen der SPD lange Zeit gängigen Übung, „Wirtschaft" als eine Veranstaltung zum Vorteil der „Herren Unternehmen" zu definieren, über Pleiten staatseigener Firmen, bis hin zur Ämterpatronage. Schließlich hat ein behördlicher Dschungel mit unübersehbaren Entscheidungszuständigkeiten zu gravierenden Irritationen zwischen Wirtschaft und Verwaltung geführt.

Bürgermeister Dohnanyi mag noch so vehement eine „Wirtschaftsfeindlichkeit" in den Behörden und in den von der SPD dominierten Bezirksämtern und -versammlungen verneinen, der Wahrheit kommt Helmut Schmidt wohl näher, der seiner Partei ins Stammbuch schrieb: „Die Erklärung eines Stadtteils zur atomwaffenfreien Zone erscheint manchem von ihnen bedeutsam; die Ansiedlung oder Erweiterung eines Industriebetriebs erscheint ihnen dagegen eher lästig, weil mit Geräusch, Geruch und Verkehr verbunden." Hamburgs ehrgeizige Versuche, aus der Krise zu finden, werden immer wieder im Keim ersticken, wenn es nicht gelingt, in den Grundfragen von Ökonomie, Ökologie und gesellschaftspolitischen Zielsetzungen einen Ausgleich zu finden.

Daß der Senat erhebliche Anstrengungen unternimmt, die Wirtschaftspolitik in Hamburg zu entideologisieren und in neue Bahnen zu lenken, ist offenkundig und mit Fortschritten wie etwa in der Medienpolitik oder der Gründung einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft belegbar. Der Weg aus der Flaute aber bleibt lang und schwierig. Da Hamburg keine Insel ist, reicht zudem Selbsthilfe allein nicht aus. Welches Gewicht Hamburg künftig auf die Nord-Süd-Schaukel bringen wird, hängt auch davon ab, ob die Strukturprobleme gelöst werden können.

AUF EIN WORT



„Wenn wir nicht die Kraft haben, den Subventionsspuk zu beenden und das Europa des Stahls in Ordnung zu bringen, dann wird uns auch auf anderen industriellen Sektoren kein überzeugendes Europa gelingen. Die Grundstoffindustrie muß stimmen. Das sichert zugleich Arbeitsplätze weit über die Grundstoffindustrie hinaus."

Dr. Dieter Spethmann, Vorstandsvorsitzender der Thyssen AG, Duisburg
FOTO: JUPP DARCHINGER

Hält der IWF Kredite zurück?

dpa, Buenos Aires

Die argentinische Regierung hat zu Zeitungsberichten Stellung genommen, wonach die Auszahlung von Krediten des Internationalen Währungsfonds (IWF) eingestellt worden sei, weil Buenos Aires die Abmachungen mit dem IMF nicht eingehalten habe. „Ich habe ernsthafte Zweifel daran, daß der IWF eine solche Erklärung abgegeben hat", sagte Wirtschaftsminister Juan Sourrouille. Die argentinische Regierung hatte zugesagt, die Inflationsrate auf unter 300 Prozent im Jahr zu senken. Allein in den ersten zwei Monaten 1985 war die Preissteigerungsrate jedoch auf 51 Prozent gestiegen.

EUROPÄISCHE HANDELSKAMMERN

Die Unternehmen erwarten wieder steigende Erträge

WILHELM HADLER, Brüssel

Rund die Hälfte Europas kann in diesem Jahr mit einem Wirtschaftswachstum von drei bis 3,5 Prozent rechnen. Damit wird sich – wie die Ständige Konferenz der europäischen Industrie- und Handelskammern in ihrem jährlichen Konjunkturbericht feststellt – der konstatierte Wachstumsvorsprung der USA und Japan deutlich verringern.

Aus einer Umfrage des Spitzenverbandes geht hervor, daß seine Mitgliedsorganisationen in Irland (plus vier Prozent), Großbritannien, der Bundesrepublik und Österreich (rund drei Prozent) sowie in den Niederlanden das Wachstum am höchsten einschätzen. Vorbehalte gab es dagegen in Italien, Frankreich, Spanien und der Türkei (Voraussagen zwischen 1,5 und zwei Prozent).

Pessimistisch war besonders die Kammer in Griechenland. Die Belgier fürchten, daß sich ihr nationales Wachstum auf unter ein Prozent einpendelt und daß die Arbeitslosigkeit trotz steigender Investitionen weiter zunimmt.

Aus der Umfrage ergab sich ferner, daß sich 1984 (mit Ausnahme von Griechenland) überall in der EG die Rentabilität der Unternehmen verbessert hat. In Holland ist zum Beispiel die Zahl der Kammermitglieder, die für 1984 mit einem Verlust rechneten, auf 18 Prozent der befragten Firmen zurückgegangen (verglichen mit 21 Prozent 1983). 57 Prozent der Klein- und Mittelbetriebe sprachen von zufriedenstellenden Ergebnissen (gegenüber 52 Prozent im Vorjahr). Die Londoner Handelskammer ermittelte, daß zehn Prozent mehr Unternehmen als 1983 wachsende Erträge verbuchen.

Bundeskabinett

Bonn will eine Verbesserung der Kapitalausstattung

HEINZ STÜWE, Bonn

Der Entwurf eines Gesetzes über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften soll am Dienstag im Bundeskabinett verabschiedet werden. Ziel ist es, den Aufbau von Aktiengesellschaften zu fördern, die sich ausschließlich als Kapitalsammelstelle für nichtbörsennotierte Unternehmen betätigen. Nach dem neuen Gesetz als Unternehmensbeteiligungsgesellschaften anerkannte Firmen sollen dazu von der Vermögens- und Gewerbesteuer befreit werden, ihre Anteilseigner aber dennoch in den Genuß der gewerbesteuerlichen Schachtelvergünstigung kommen.

Der Hamburger CDU-Bundestagsabgeordnete Gunnar Uldall sieht in dem Vorhaben „einen wichtigen Schritt zur Verbesserung der Kapitalausstattung der Unternehmen". Vor allem Kammern und Innungen sollten das Angebot zur Gründung branchenbezogener Beteiligungsgesellschaften nutzen. Zur Risikostreuung und zum Ausgleich regionaler Marktnachteile sei denkbar, daß beispielsweise Innungen der gleichen Branche kooperierten. In dem Maß, wie privates Anlagekapital zufließe, könnten die Initiatoren dann ihre Aktien verkaufen. Spätestens nach acht Jahren, so sieht es das Gesetz vor, müssen mindestens Dreiviertel der Aktien öffentlich zum Kauf angeboten werden.

Zentrales Instrument werde die stille Beteiligung sein, erwartet Uldall. Zugelassen sind außerdem noch Aktien (soweit sie nicht börsennotiert sind) so wie GmbH- und KG-Anteile. Das geplante Gesetz kann nach Uldalls Ansicht als erster Baustein der zweiten Stufe der Vermögensbildung betrachtet werden, da es das Angebot an überbetrieblichen Anlageformen erweitere.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Geldanlage – wie?

Von je 100 Sparern haben Geld auf diese Weise angelegt:

Sparbuch 71
Bausparen 24
Lebensversicherung 23
Prämiensparen 23
Sparbriefe 8
Aktien 5
Pfandbriefe 3
Gold 3
Schatzbriefe 2

Summe über 100 wegen Mehrfachnennungen

© Globus 5589

Das Sparbuch ist die bei weitem populärste Geldanlageform der Deutschen. Das geht aus einer Emnid-Umfrage hervor. Nahezu drei Viertel aller Sparer haben einen Teil ihrer Rücklagen auf einem Sparkonto bei ihrer Sparkasse oder Bank angesammelt. Mit weitem Abstand folgen das Bausparen und die Lebensversicherung. Nur fünf Prozent der Sparer haben einen Teil ihres Vermögens in Aktien angelegt. QUELLE: GLOBUS

Ifo: US-Defizit Gefahr für Welthandel

München (dpa/VWD) – Als „ernste Gefahr für den Welthandel" hat das Münchner Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung den hohen Dollarkurs und das enorme US-Leistungsbilanzdefizit in Höhe von mehr als 100 Mrd. Dollar (325 Mrd. DM) bezeichnet. Die Probleme der gegenwärtigen internationalen Leistungsbilanzstruktur kämen erst allmählich zum Tragen, heißt es im jüngsten Ifo-Schnelldienst. In vielen Ländern seien die notwendigen Investitionen unterblieben, die zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit erforderlich seien. In den USA werde der Ruf nach mehr Protektionismus vor allem aus jenen Industriezweigen immer lauter, deren Absatzchancen durch den hohen Dollarkurs beeinträchtigt wurden.

Aussteller „sehr zufrieden"

Frankfurt (dpa/VWD) – Ein überaus zufriedenstellendes Ergebnis hat die Internationale Sanitär-, Heizungs- und Klima-Ausstellung (ISH), die am Samstag in Frankfurt zu Ende gegangenen ist, mit mehr als 170 000 Besuchern aus 60 Ländern für Veranstalter und Aussteller gebracht. Wie es im Abschlußbericht heißt, verspürte die Branche einen Modernisierungs- und Renovierungsaufwind, der „angesichts des bescheidenen Neubauvolumens" eine wirtschaftlich ermutigende Antwort bedeute. Günstig habe sich dieser frische Wind auch auf das Auslandsgeschäft ausgewirkt.

Höhere Teuerungsrate

London (fu) – Der Index der Einzelhandelspreise in Großbritannien ist im Februar um 0,8 Prozent gestiegen. Damit erhöhte sich die Inflationsrate auf Jahresbasis von fünf auf 5,4 Prozent. Nach Angaben des zuständigen Ministeriums ist der Anstieg zur Hälfte auf eine Anhebung der Hypothekenzinsen zurückzuführen. Gleichzeitig wies es auf eine weitere Erhöhung der Lebenshaltungskosten hin aufgrund der Entscheidung der Bausparkassen am Donnerstag, die Hypothekenzinsen erneut um einen Prozentpunkt anzuheben.

Diesel gefragt

Flensburg (dpa/VWD) – Der Anteil von Dieselfahrzeugen an den Neuzulassungen ist im Februar auf 22,8 Prozent geklettert. Wie aus einer Statistik des Flensburger Kraftfahrt-Bundesamtes hervorgeht, waren das 37 500 der insgesamt 164 500 erstmals angemeldeten Pkw. Im Februar 1984 war ein Anteil von 12,5 Prozent (26 000 Pkw) registriert worden. Bereits im Januar dieses Jahres waren ein Fünftel (35 000) der Neuzulassungen „dieselgefütterte" Personenwagen gewesen. Bei generell zurückgegangener Zulassungszahl – es wurden 21,5 Prozent weniger Neuwagen als im Februar des Vorjahres angemeldet – erwies sich der VW-Golf als „Renner" unter den Modellen. Rund 20 500 Golf – davon 10 700 Diesel – kamen im vorigen Monat erstmals auf die Straßen. Vor einem Jahr waren es insgesamt 26 000 Stück dieses VW-Modells gewesen. Mit 13 500 Anmeldungen (Februar 1984: 16 500) lag der Opel-Kadett an zweiter Stelle.

Vorstoß gegen Rom

Düsseldorf (Py.) – Nach der Bundesrepublik haben auch die niederländische und die belgische Regierung in Rom Vorstöße gegen die italienische Regierung unternommen, um diese zur Zurücknahme der administrativen Hemmnisse im Autohandel freier Importeure zu bewegen (siehe WELT v. 18. März). Rom hatte zum Monatsbeginn Re-Importe eigener Fahrzeuge erschwert. Nach den Angaben des Sprechers der Importeursgruppe in der Bundesrepublik, Virgilio Avato, werden Klagen beim Europäischen Gerichtshof und die Erwirkung Einstweiliger Verfügungen gegen die EG-Staaten erwogen, die ähnliche Schwierigkeiten machen.

Warnung de Clerqs

Washington (Sbt.) – Bei seinem Antrittsbesuch in Washington machte der EG-Kommissar für auswärtige Beziehungen, Willy de Clerq, den Erfolg einer neuen Liberalisierungsrunde im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) davon abhängig, daß ein Konsens mit den Entwicklungsländern hergestellt wird. Das sei aber nicht möglich, wenn die USA noch höhere Importbarrieren für Textilien errichten würden. Ein sehr restriktives Gesetz ist vergangene Woche im Kongreß eingebracht worden. Von Japan verlangte de Clerq eine breite Marktöffnung für EG-Erzeugnisse. Amerikas Defizit im Handel mit Japan betrug 1984 rund 36,8, das der EG 10,8 Mrd. Dollar.

US-VERBRAUCHERPREISE

Ungleiche Teuerungssignale geben manche Rätsel auf

H.-A. SIEBERT, Washington

Amerikas Teuerungssignale stiften in zunehmendem Maße Verwirrung – besonders an den Devisenmärkten: Am Donnerstag fiel der Dollar um mehrere Pfennig, weil das Handelsministerium in Washington eine sprunghafte Zunahme des Preisdeflators im ersten Quartal 1985 von 2,8 auf 5,4 Prozent meldete. Am Freitag zog der Kurs wieder an, nachdem das Arbeitsministerium eine nur bescheidene Steigerung der US-Verbraucherpreise im Februar um 0,3 Prozent mitgeteilt hatte, was auf eine Jahresrate von 3,6 Prozent hinausläuft und etwa dem Trend seit 1981 entspricht. Ebenfalls für Februar hatte dieselbe Behörde eine Woche vorher um 0,1 sinkende Herstellerpreise festgestellt.

Des Rätsels Lösung: Der nach dem Bruttosozialprodukt berechnete Preisdeflator berücksichtigt die Einfuhren nicht, die durch den überbewerteten Dollar erheblich verbilligt werden. Durch diese Ausklammerung wird die Inflationsrate aufgebläht. Überdies enthält der Deflator Veränderungen im Verbrauch: Er steigt, wenn der Konsum zunimmt. Noch größere Vorsicht ist beim Herstellerpreisindex geboten, da er lediglich die Preisentwicklung bei Gütern, nicht aber bei Diensten mißt.

So bleibt der Verbraucherpreisindex das Nonplusultra beim Orten amerikanischer Preistrends. Hiernach sind Preisschübe solange nicht in Sicht, wie der Dollar stark bleibt. Seit Februar 1984 nahm der Index um 3,5 Prozent zu. Bei Lebensmitteln und Getränken betrug das Jahresplus 2,4; Wohnung verteuerte sich um 3,8, Transport um 2,8, die Gesundheitsfürsorge um 5,5 und Unterhaltung um 3,9 Prozent.

STEUEREINNAHMEN / SPD bittet in Kleiner Anfrage um Aufklärung

Verwirrung durch Schätzergebnisse

HEINZ HECK, Bonn

Mit einer Kleinen Anfrage will die SPD-Bundestagsfraktion Aufklärung von der Bundesregierung über die letzte Steuerschätzung fordern. In der Tat hatte die Bekanntgabe der Schätzergebnisse Mitte März reichlich Verwirrung gestiftet, wie zum Teil widersprüchliche Erklärungen aus dem Regierungslager zeigen.

Fest steht, daß alle öffentlichen Hände geringere Einnahmen haben werden, als bisher erwartet. Das zeichnete sich bereits bei der Steuerschätzung im November 1984 ab, als lediglich die Zahlen für 1985 mit Blick auf die abschließenden Haushaltsberatungen korrigiert wurden. Allein für den Bund kam dabei eine saftige Verminderung um 4,0 auf 207,7 Milliarden Mark heraus.

Im März ging es – die '85er Zahlen wurden im wesentlichen bestätigt – um die Fortschreibung dieser Korrekturen für die Zeit bis 1988 und die erstmalige Schätzung für 1989. Besonders wichtig sind die '86er Zahlen mit Blick auf die nunmehr anlaufenden Haushaltsberatungen.

Steuerschätzungen erfolgen immer nach geltendem Recht. Das hindert natürlich die Regierungen nicht daran, in ihrer mittelfristigen Finanzplanung alle mit Sicherheit zu erwartenden Mehr- und Mindereinnahmen wie -ausgaben zu berücksichtigen (etwa höhere Zahlungen an die EG). Dies ist zum Teil geschehen, so daß sich zum Beispiel aus der Sicht des Bundes die Ergebnisse der letzten Steuerschätzung nicht mit der Wucht niederschlagen, wie es die Differenzen zur letzten Schätzung befürchten lassen.

Der Bund hat 1986 ein Minus von gut 5,5 Milliarden Mark zu verkraften. Darin sind allerdings die Mindereinnahmen von rund 4,5 Milliarden Mark aus der ersten Stufe der Steuerreform bereits enthalten. Für Finanzminister Stoltenberg stellt sich die Frage, wie diese Deckungslücke zu verkraften ist. Natürlich kommt ihm auch auf der Ausgabenseite die niedrigere Preissteigerungsrate zustatten. So ist die der Schätzung zugrunde liegende Annahme über den nominalen Zuwachs des Bruttosozialprodukts gegenüber Juni 1984 um 0,5 auf 5,2 Prozent allein wegen größerer Preisstabilität zurückgenommen worden.

Da eine Ausdehnung der Nettokreditaufnahme – noch dazu vor dem Wahljahr – nur als Ultima ratio in Betracht kommen kann, wird Stoltenberg wieder ein Höchstmaß an Ausgabendisziplin aufwenden, um den Rahmen zu halten. Daß ihm die nunmehr angekündigte Privatisierung zu „Deckungsmasse" verhelfen soll, wie der SPD-Abgeordnete Wieczorek vermutete, ist dagegen zumindest nicht in nennenswerter Größenordnung zu erwarten.

COMMERZBANK

Berliner Tochter hat gut verdient

tb. Berlin

Die Berliner Commerzbank AG hat *auch im vergangenen Jahr gut verdient.* Trotz sinkender Zinsspanne (3,39 nach 3,65 Prozent) konnte die Bank über eine Erhöhung des Geschäftsvolumens und Verbesserung der Bilanzstruktur das Betriebsergebnis von 1983 in etwa wieder erreichen.

Bei der Gewinnverwendung – es wird ein Jahresüberschuß von 39,2 Mill. DM ausgewiesen nach 20,2 Mill. DM in 1983 – hat das Institut den Vorsorgemaßnahmen für die Risiken des Kreditgeschäfts sowie der Eigenkapitalstärkung Vorrang vor einer Dividendenerhöhung eingeräumt. Die offenen Rücklagen wurden mit 25 Mill. DM dotiert – das ist der höchste Betrag in der Geschichte der Berliner Commerzbank. An die Muttergesellschaft – die Commerzbank AG – werden wieder 16 Prozent Dividende ausgeschüttet.

Die *Bilanzsumme der Bank erhöhte* sich 1984 um 9,7 Prozent auf 4,79 (4,37) Mrd. DM; das Geschäftsvolumen stieg um 9,9 Prozent auf 4,97 (4,52) Mrd. DM. Diese Steigerung beruht vor allem auf einer Ausweitung des Kundengeschäfts. Kundeneinla*gen, eigene Schuld*verschreibungen und eigene Akzepte nahmen um 9,7 Prozent auf 3,4 (3,1) Mrd. DM zu. Die Forderungen an Kunden stiegen um 10,4 Prozent auf 2,6 (2,4) Mrd. DM.

FUHRUNTERNEHMER / Das Gewerbe läuft Sturm gegen Minister Dollingers bescheidene Liberalisierungs-Pläne

„Geisterschlacht um Verkehrsmarktordnung"

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die „Geisterschlacht um die Verkehrsmarktordnung" findet am Mittwoch im Verkehrsausschuß des Bundestages statt. Beraten wird der Verkehrsbericht der Bundesregierung. Gegen die bescheidenen Vorschläge zur Auflockerung des Dirigismus, die Bundesverkehrsminister Werner Dollinger vorgelegt hat, läuft das Güterkraftverkehrsgewerbe Sturm, das im Ausschuß über eine solide Mehrheit verfügt. Und das, obwohl nur jeder zehnte Lkw noch unter die kontrollierte Wettbewerbsordnung fällt, eine Zahl, die selbst langjährige Experten im Verkehrsministerium überrascht hat.

Zum ersten Mal wurden jetzt Berechnungen darüber angestellt, für wie viele Lastkraftwagen der Ordnungsrahmen, der einst zum Schutz der Reichsbahn geschaffen wurde, der jetzt aber vor allem vom Güterkraftverkehrsgewerbe verteidigt wird, überhaupt noch gilt. Anlaß ist die Absicht Dollingers, kleinere Fahrzeuge bis zu vier Tonnen Nutzlast im gewerblichen Güterfernverkehr schrittweise von der Kontingentierung freizustellen. Für das Gewerbe eine weitere Gelegenheit, den eigenen Untergang an die Wand zu malen. Die Zahlen signalisieren etwas anderes:

Mitte 1983 gab es in der Bundesrepublik 1,277 Millionen Lkw. Davon fuhren 939 548 im Werkverkehr und 204 902 wurden von staatlichen Stellen unterhalten. Für sie gilt die kontrollierte Wettbewerbsordnung nicht.

Lediglich 132 550 oder 10,4 Prozent stehen unter der Rubrik „gewerblicher Verkehr". Davon wurden 101 699 Wagen oder acht Prozent im gewerblichen Güternahverkehr eingesetzt, wo es keine Konzessionen, sondern nur verbindliche Tarife gibt. Von Unternehmen des gewerblichen Fernverkehrs wurden 24 500 Lkw oder 1,9 Prozent betrieben. Hier regt sich der Hauptwiderstand gegen eine Liberalisierung. Hinzu gerechnet werden könnten noch die 6351 Wagen des Umzugsverkehrs.

Bei den Lkws mit weniger als vier Tonnen Nutzlast, die jetzt aus der Kontingentierung nach und nach entlassen werden sollen, fallen nur 2,7 Prozent oder 26 500 der 999 000 Fahrzeuge dieser Klasse unter den Ordnungsrahmen. Allein 2,1 Prozent werden von dem gewerblichen Nahverkehr eingesetzt. Der Werkverkehr hat hier schon einen Anteil von 78,2 Prozent. Bei den schweren „Brummis" mit mehr als vier Tonnen Nutzlast liegt das Gewerbe mit seinen 106 065 Fahrzeugen bei 38,2 Prozent. Davon fahren 29,0 Prozent im Nahverkehr.

Noch etwas: Im vergangenen Jahr gab es bereits zwei Monate – Juni und September – in denen der Werkfernverkehr mehr Tonnage transportierte als der gewerbliche Güterfernverkehr. Und das, obwohl dem Werkverkehr Rückfrachten verboten sind.

Dollinger hat angekündigt, er werde sich mit dem Problem der Leerfahrten „auseinandersetzen". Weniger Leerfahrten schonten die Umwelt, reduzierten den Energieverbrauch und erhöhten die Wirtschaftlichkeit.

Der Minister setzt auf eine „marktwirtschaftliche Lösung". Um den Verladern ein adäquateres Angebot unterbreiten zu können und um so den Werkverkehr zurückzudrängen, wurden die Kontingente im Bezirksgüterfernverkehr (Radius von 150 Kilometern) um ein Drittel auf 8900 aufgestockt. Auf eine Genehmigung, die jetzt ausgegeben wird, kommen im Schnitt acht Nachfragen. Ein Zeichen, so ein Beamter aus dem Verkehrsministerium, wie hoch die Chancen innerhalb des bestehenden Ordnungsrahmens eingeschätzt werden. Eine „Ahnung von der Differentialrente", die dieser Dirigismus bietet, vermittle auch das Verhalten des Gewerbes beim Seehafen-Hinterlandverkehr. Um Sonderabmachungen, also das Aushandeln von Tarifen, zu verhindern, habe es Preissenkungen von mehr als zehn Prozent geboten. So soll der Ordnungsrahmen hier „gerettet" werden.

Wie aus dem zuständigen Verband in Frankfurt verlautet, strebt das Gewerbe eine Atempause von fünf Jahren an, bis es selbst eine moderate *Fortentwicklung* des Ordnungsrahmens für verkraftbar hält. Wenn die Abgeordneten sich dahinterstellen, so ein Experte aus dem Verkehrsministerium, dann entscheiden sie gegen Dollinger, der jetzt schon Veränderungen für notwendig hält.

INTERAMERIKANISCHE ENTWICKLUNGSBANK / Optimistischer Jahresbericht

Erfolge der Sanierungsbemühungen

H.-A. SIEBERT, Washington

Auf der *Mitgliederversammlung* der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB), die heute in Wien beginnt, kann Präsident Antonio Ortiz Mena vermelden, daß es von Mexiko bis Feuerland, wenn auch ganz langsam, wieder aufwärtsgeht. Der *Jahresbericht 1984 enthält außerdem* drei Rekorde: Gegenüber 1983 stiegen die Kreditzusagen um 17,1 Prozent auf 3,6 Mrd. Dollar, die Auszahlungen um 37,4 auf 2,4 und die Mittelaufnahmen an den internationalen Kapitalmärkten um 25,2 Prozent auf *nahezu 1,8 Mrd. Dollar.*

Seit ihrer Gründung vor 25 Jahren hat die multinationale Organisation, der inzwischen 43 Länder, darunter die Bundesrepublik Deutschland, angehören, damit 27,8 Mrd. Dollar bereitgestellt. Der Wert der teilfinanzierten Investitionsvorhaben erreichte rund 100 Mrd. Dollar. In dem Vierteljahrhundert flossen in den produktiven Sektor und die Infrastruktur jeweils 10,9, in den sozialen Unterbau 4,8 und in andere Bereiche wie Exportförderung 1,1 Mrd. Dollar.

Die IDB, die sich als Beschaffer von ausländischem Kapital für lateinamerikanische Entwicklungsprojekte versteht, hat erheblich zu den hohen rrtschaftlichen Wachstumsraten der 60er und 70er Jahre beigetragen. So verdreifachte sich das zusammengefaßte Bruttoinlandsprodukt der Region von 1960 bis 1981 von 200 auf 618 Mrd. Dollar zu Preisen von 1982. Ohne die Hilfe der Institution hätten Rezession und Schuldenkrise noch größere Opfer gefordert.

Folgt man der IDB, dann nahm die Wertschöpfung in Lateinamerika, die auf den Stand von 1980 zurückgefallen war, erstmals seit drei Jahren wieder zu. Das kam jedoch nicht dem Lebensstandard zugute, da der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts 1984 um etwa zwei Prozent durch die in vier Jahren um 33 Mill. gewachsene Bevölkerung aufgezehrt wurde. Nicht weiter verringert hat sich allerdings das Pro-Kopf-Einkommen.

Die hohen Außenhandelsüberschüsse, die durch kräftig gesteigerte Fertigwarenexporte – und nicht wie 1983 durch Importrestriktionen – erzielt wurden, belegen die fortschreitende Anpassung. So hat sich das Leistungsbilanzdefizit der Region auf drei (1982: 40; 1983: neun) Mrd. Dollar verringert. Die 1984 um zehn Prozent erhöhten Ausfuhren ermöglichten ein Importplus von fünf Prozent und eine bescheidene Anhebung der Währungsreserven.

Der Zinsendienst beanspruchte im vergangenen Jahr immer noch 35 Prozent der Devisenerlöse; vor dem Ausbruch der Schuldenkrise 1980 waren es weniger als 20 Prozent. Wegen der niedrigen Preise sind nach wie vor die Staaten schlimm dran, die hauptsächlich Rohstoffe exportieren. Noch ist überdies offen, ob die vierjährige Talfahrt bei den Investitionen gestoppt worden ist. Immerhin sanken die inländischen Bruttoinvestitionen 1982 und 1983 um 42 Mrd. Dollar oder mehr als ein Viertel.

Dannemann wächst mit Zigarillos

dos, Lübbecke

Im Gegensatz zur gesamten Branche, die sowohl absatz- als auch umsatzmäßig einen Rückgang beklagt, verzeichnete die zur Melitta-Gruppe gehörende Dannemann Cigarrenfabrik GmbH, Lübbecke, im vergangenen Jahr bei einem um 1,2 Prozent gestiegenen Absatz ein Umsatzplus von 3,2 Prozent auf 57,1 Millionen Mark.

Nach Angaben des Unternehmens ist die vergleichsweise günstige Entwicklung auf die stärkere Nachfrage nach Zigarillos zurückzuführen. Gegenwärtig würden innerhalb der Branche 73 Prozent des Gesamtmarktes auf dieses Segment entfallen. Bei Dannemann errechne sich sogar ein mengenmäßiger Zigarillo-Anteil von gut 80 Prozent.

Dem Zigarillo-Umsatzplus von vier Prozent steht ein Rückgang des Bran*chenumsatzes im Zigarrenbereich* um fünf Prozent gegenüber.

Im laufenden Jahr rechnet Dannemann mit Zuwachsraten von rund fünf Prozent.

FRANKREICH / Weniger Erwerbslose im Februar

Wende am Arbeitsmarkt?

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Zum ersten Mal seit eineinhalb Jahren ist die Arbeitslosigkeit in Frankreich nicht unerheblich zurückgegangen. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern registrierten Stellengesuche verminderte sich Februar um 2,2 Prozent auf 2 484 900 und saisonbereinigt um 0,5 Prozent auf 2 421 000. Diese Verbesserung ist aber vor *allem darauf zurückzuführen,* daß zahlreiche jugendliche Arbeitslose eine vorübergehende Teilbeschäftigung „im öffentlichen Interesse" zugewiesen erhielten.

Gleichwohl ist eine gewisse Entspannung des Arbeitsmarktes festzustellen. Denn das Arbeitsplatzangebot hat sich im Februar um 10,6 bzw. 5,1 Prozent auf 44 800 bzw. 45 300 erhöht. Es war damit zwar um immer noch rund acht Prozent niedriger als vor einem Jahr. Aber der Jahresrückstand hatte schon einmal mehr als 30 Prozent erreicht.

Offensichtlich wirkt sich die Wiederbelebung der französischen Investitionstätigkeit jetzt doch auf das Stellenangebot positiv aus. Vor allem aber zeigen die rein beschäftigungspolitischen Maßnahmen der Regierung Wirkung. Sie und die „soziale Behandlung" des Arbeitslosenproblems erschweren allerdings eine zuverlässige Beurteilung. Nach Angaben der Gewerkschaft liegt die Zahl der „echten" Arbeitslosen um 400 000 höher als die der statistisch erfaßten.

Da der Ausgang der Parlamentswahlen in einem Jahr nach überwiegender Auffassung von der Höhe der Arbeitslosigkeit abhängt, erwartet man demnächst neue Aktionen der Regierung. Zur Diskussion steht insbesondere die Verallgemeinerung des Umschulungsurlaubs für aus wirtschaftlichen Gründen freigesetzte Arbeitnehmer.

Nach einer Untersuchung der Arbeitslosenversicherung Unedic würde es sich hier um eine „nicht zu kostspielige" Maßnahme handeln. Für 250 000 bis 300 000 Begünstigte wären bei einer flexiblen Regelung von neun Varianten zwischen 0,25 und 1,50 Milliarden Franc aufzubringen. Die Gewerkschaften rechnen mit drei Milliarden Franc, von denen die Unternehmer 1,7 Milliarden Franc tragen sollten.

RENTENMARKT / Dollarschwäche belebte Nachfrage

Starker Renditen-Rückgang

Der Rentenmarkt stand in der letzten Woche ganz im Zeichen der Dollarschwäche. Der starke Kursrückgang für die amerikanische Währung hat alle Befürchtungen zerstreut, die Deutsche Bundesbank könnte sich trotz der zinspolitischen Abstinenz auf der letzten Zentralbankratsitzung aus außenwirtschaftlichen Gründen doch noch zu einer Anhebung der Leitzinsen entschließen. Während des gesamten Wochenverlaufs tendierte der Rentenmarkt freundlich, zeitweise kam es sogar zu einer regelrechten Kaufwelle. Die Rendite der Anleihen von Bund, Bahn und Post ermäßigte sich nach Berechnungen der Börsen-Daten-Zentrale gegenüber der Vorwoche von 7,43 auf 7,24 Prozent. Entsprechend der Zinssenkungstendenz am Rentenmarkt konnte der Bund auch die Renditen der Bundesobligationen von 7,57 auf 7,37 Prozent zurücknehmen. (lf)

Emissionen	22.3. 85	15.3. 85	28.12. 84	30.12. 83	30.12. 82
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,24	7,43	6,58	7,88	7,45
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,35	7,43	6,72	7,72	7,04
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,36	7,51	6,56	7,83	7,61
Schuldverschreibungen der Industrie	7,29	7,33	6,94	8,29	8,24
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,47	7,57	6,65	7,90	7,65
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,25	7,35	6,34	7,64	7,43
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,75	7,89	7,14	8,30	7,94
Inländische Emittenten insgesamt	7,44	7,55	6,64	7,89	7,63
DM-Auslandsanleihen	7,63	7,70	7,20	8,08	8,45

Die Trauerfeier für unseren verstorbenen Gesellschafter und Aufsichtsratsvorsitzenden Herrn

Kurt Minder

findet am 28. März 1985 um 14.30 Uhr in der Trauerhalle Köln-Melaten, Piusstraße, statt. Anschließend ist die Beisetzung der Urne.

Es wird gebeten, an Stelle von Kranz- und Blumenspenden dem Deutschen Roten Kreuz eine Spende zukommen zu lassen (Kto.-Nr. 5 083 043 Commerzbank Köln).

TIG
Technische Industrieprodukte GmbH

Am 19. 3. 1985 verstarb nach kurzer schwerer Krankheit unser Mitarbeiter Herr

Herbert Ahlgrim

geboren am 28. 5. 1923

Herr Ahlgrim war 35 Jahre in unserem Hause tätig. Wir schätzten ihn als gewissenhaften und verantwortungsbewußten Mitarbeiter und werden sein Andenken in Ehren halten.

Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter der Hamburger Sparkasse

Die Trauerfeier findet am Dienstag, dem 26. 3. 1985, um 14.00 Uhr auf dem Friedhof Kirchsteinbek, Kapellenstraße, statt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann, Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

SÜDBODEN / Schwieriges Hypothekengeschäft

Ausschüttung wurde erhöht

DANKWARD SEITZ, München

Auf ein relativ schwieriges Jahr 1985 stellt man sich bei der Süddeutschen Bodencreditbank AG (Südboden), München, ein. Denn nach Ansicht von Vorstandssprecher Herbert Meiler wird der „Neubau-Kuchen" und damit auch das Neugeschäft für die Hypothekenbanken geringer. So rechnet er damit, daß das eigene Hypothekengeschäft auf dem Niveau des Vorjahres stagnieren wird. Im Kommunalbereich könnte es etwas mehr werden, wenn die Zinsen wieder etwas zurückgehen.

Zufrieden zeigte sich Meiler mit dem Hypothekengeschäft in den ersten zehn Wochen. Die Darlehenszusagen erhöhten sich gegenüber der Vorjahreszeit um etwa 30 Prozent auf 120 Mill. DM. Offensichtlich hat der unerwartete Zinsanstieg potentielle Darlehensnehmer bewogen, nicht auf eine weitere Zinssenkung zu spekulieren. Im Gegensatz dazu verlief das Geschäft im kommunalen Bereich mit 206 Mill. DM (minus 51 Prozent) „sehr schleppend".

Im vergangenen Jahr wurden von der Südboden Darlehen über 2,23 (1,77) Mrd. DM neu zugesagt. Während bei Kommunaldarlehen kapitalmarktbedingt das Vorjahresergebnis mit 1,65 Mrd. DM um rund 57 Prozent übertroffen werden konnte, ergab sich aufgrund der schwachen Wohnungsbaunachfrage im Hypothekenneugeschäft ein Minus von knapp 20 Prozent auf 587 Mill. DM. Prolongiert wurden 1,27 (1,81) Mrd. DM. Der Erstabsatz an Schuldverschreibungen belief sich auf 3,4 (3,5) Mrd. DM.

Ausgezahlt hat Südboden 1984 Darlehen über 1,94 (1,59) Mrd. DM, wovon 511 (540) Mill. DM auf Hypotheken und 1,43 (1,05) Mrd. DM auf Kommunaldarlehen entfielen. Der Darlehensbestand erhöhte sich auf 12,7 (12,3) Mrd. DM. Hypotheken haben daran einen Anteil von 4,2 (4,1) Mrd. DM bei außerplanmäßigen Tilgungen von 266 (297) Mill. DM. Die Zinsrückstände nahmen diesmal nur leicht auf 7,8 (7,1) Mill. DM zu. An Zwangsmaßnahmen waren zum Jahresende 365 (337) Verfahren anhängig.

Den geringen Zuwachs der Bilanzsumme um 3 Prozent auf rund 13,5 Mrd. DM trotz des hohen Neugeschäfts begründete Finanzchef Franz May mit der hohen Zahl von Umschichtungen bei allen Darlehensgruppen. Wesentlich verbessert werden konnte jedoch das Betriebsergebnis. In erster Linie trug dazu der Anstieg des Zinsüberschusses um 14 Prozent auf 106 Mill. DM bei.

Nach Zuführung von 1,6 Mill. DM zu den Pensionsrückstellungen, einer Verstärkung des Abgrenzungspostens um 3 Mill. DM, Abschreibungen und Wertberichtigungen von 28,9 (17,8) Mill. DM sowie einem Steueraufwand von 32,2 (33,1) Mill. DM verbleibt ein Jahresüberschuß von 22,9 (21,6) Mill. DM. Den offenen Rücklagen werden daraus 11 (10) Mill. DM zugewiesen. Aus dem Bilanzgewinn von 11,99 (11,68) Mill. DM sollen eine auf 11 (10) DM erhöhte Dividende gezahlt und weitere 3 (4) Mill. DM den Rücklagen zugewiesen werden.

HANNOVER PAPIER

Vollbeschäftigung ist gesichert

DOMINIK SCHMIDT, Alfeld

Die Hannoversche Papierfabriken Alfeld-Gronau AG, Alfeld, wird der Hauptversammlung am 13. Juni für das Geschäftsjahr 1984 eine von acht auf elf Prozent erhöhte Dividende vorschlagen. Einzelheiten zum Jahresabschluß, speziell zum Ergebnis, teilt der Vorstand zwar nicht mit; offensichtlich haben sich aber die anläßlich der amtlichen Börseneinführung im November vorigen Jahres geäußerten optimistischen Erwartungen hinsichtlich der Ertragsentwicklung erfüllt.

Der Umsatz der AG erhöhte sich im Berichtsjahr um 18,1 Prozent auf 409 (346) Mill. DM. Erheblich schwächer war der Produktionszuwachs. Bei Papier ergab sich ein Plus von 3,6 Prozent auf 189 500 (183 000) Tonnen und bei Zellstoff eine Zunahme um 2,7 Prozent auf 71 200 (70 000) Tonnen. Die hohe Umsatzsteigerung ist nach Angaben des Vorstands nicht allein auf höhere Preise, sondern zugleich auf den gewachsenen Veredlungsgrad zurückzuführen. Verbessert hat das Unternehmen die Marktstellung im Ausland. Bezogen auf die Menge erhöhte sich der Exportanteil auf 39,2 (31,9) Prozent. Der Konzernumsatz erreichte 495 (426) Mill. DM.

Planmäßig abgewickelt wird das Investitionsprogramm, das für die Jahre 1984 bis 1986 ein Volumen von 65 Mill. DM vorsieht und ohne die Aufnahme von Fremdmitteln realisiert wird. Die Abschreibungen werden mit 25,3 Mill. DM ausgewiesen; davon entfallen auf Umweltmaßnahmen sechs Mill. DM. Die Zahl der Mitarbeiter im Konzern erhöhte sich gegenüber Ende 1983 leicht auf 1481 (1468) Beschäftigte.

Das Geschäftsjahr 1985, so heißt es, werde durch den allerdings planmäßigen Stillstand von zwei Papiermaschinen im Rahmen umfangreicher Umbaumaßnahmen beeinflußt. Die Gruppe verfüge derzeit über gute Auftragsbestände, die eine „Vollbeschäftigung in allen Unternehmensbereichen für den überschaubaren Zeitraum" sicherstellen. Sorge bereiteten die unübersichtlichen Zustände auf dem Zellstoffmarkt. Der EG-Beschluß, an Stelle des US-Dollars als Leitwährung für Zellstoff die nationalen Währungen von Abladern oder Empfängern vorzuschreiben, führe zu unterschiedlichen Einstandspreisen und weniger Transparenz.

INTERNATIONALE SCHUHMESSE / Handel ordert nach Lagerräumung reichlich – Leichte Preiserhöhungen

Fachgespräche um Dollarkurs und Lederpreise

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die 59. GDS – Internationale Schuhmesse in Düsseldorf und die Fachgespräche der 685 (656) Hersteller aus 30 Nationen stehen im Zeichen des hohen Dollarkurses und der Entwicklung der in der US-Währung fakturierten Preise für Leder. Obwohl auf der anderen Seite der Abverkauf von Saisonware Herbst/Winter 84/85 infolge des Winterwetters überdurchschnittlich gut war, läßt sich der Handel „nicht einfach so" von der Notwendigkeit höherer Preise überzeugen. Gleichwohl wird vielfach reichlich geordert, um die Läger wieder aufzufüllen. Die angekündigte Preiserhöhung von fünf bis sechs Prozent für Stiefel bzw. zwei bis drei Prozent für Schuhe der Kollektion 85/86 dürfte nicht zu hoch gegriffen sein.

Wortmann mit hohem Plus

Die Wortmann KG, GmbH & Co., Detmold, die ausschließlich im kostengünstigen Ausland produziert, hat 1984 den Trend zu mehr Mode und die Konzentration des Handels auf wenige leistungsstarke Lieferanten genutzt. Die Paarzahlsteigerung um 18,7 Prozent auf über 7,2 Mill. Paar hat den Marktanteil der Marke „Tamaris" ausgebaut. Der Umsatz wurde um fast 25 Prozent auf 215 Mill. DM gesteigert, wobei sich die Herbst/Winterkollektion 84/85 besonders positiv ausgewirkt hat. Der Exportanteil wuchs von 20,8 auf 22,8 Prozent. Der Auslandsumsatz allein stieg um 16,2 Prozent.

Ara setzt sich durch

Einer der führenden Spezialisten auf dem Gebiet bequemer Damen-Schuhmoden, die Ara Schuhfabriken AG, Langenfeld/Rheinland, hat ihren Gruppenumsatz 1984 um elf Prozent auf 251 Mill. DM gesteigert. Damit sieht der Vorstand seine konsequente Markenpolitik bestätigt. Das Unternehmen, das in Langenfeld, Lünen, Wermelskirchen, Feldkirch/Kärnten und Porto/Portugal fünf Mill. Paar Schuhe herstellt, vertreibt nur über den Facheinzelhandel.

Gabor geht ins Ausland

Der Gabor Damenschuhfabrik GmbH & Co. KG, Rosenheim, werden die Inlandsproduktionskosten zu hoch. Das Unternehmen will daher nicht mehr in deutsche Erweiterungsanlagen investieren, sondern verstärkt ins Ausland gehen. Aus vier Auslandswerken stammt bereits die Hälfte der Tagesproduktion von 22 000 Paar. Im Ausland arbeitet auch schon über die Hälfte der Gesamtbelegschaft von 3000 Leuten. Gabor hat 1984 mit 290 Mill. DM Umsatz ein weit über dem Branchenschnitt liegendes Plus von 14 (4,2) Prozent erzielt. Die Paarzahlsteigerung lag bei zehn Prozent (4,6 Mill. Paar). Infolge des höheren Inlandsabsatzes ging der Auslandsanteil am Europaumsatz auf 42,7 (44,1) Prozent zurück. Der hohe Auftragsbestand garantiert Vollbeschäftigung bis weit ins Jahr hinein.

Gallus im gehobenen Genre

Die rechtlich und wirtschaftlich selbständig agierende Gallus Herrenschuhhersteller in Viersen, Wolfsberg/Kärnten (Österreich) und Oderen-Fellering/Elsaß (Frankreich) haben 1984 in Produktion, Umsatzentwicklung und Ertrag überdurchschnittlich gut abgeschnitten. Die Schwestergesellschaften in der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich (für die Gesellschaft im Elsaß werden keine Zahlen genannt) steigerten ihren Umsatz auf 112 (105) Mill. DM. Die Produktion erreichte annähernd zwei Mill. Paar. Die Hälfte der Fertigung, überwiegend gehobenen qualitativen Genres, stammt aus dem deutschen Werk am Niederrhein, der H. Vogels GmbH & Co. KG, in dem „deutlich über 60 (56) Mill. DM" Umsatz erwirtschaftet wurden.

Wochenschlußkurse

New York

	22.3.	21.3.
Adv. Micro Dev.	31,5	31,25
Aetna Life	40,25	40,325
Alcan Aluminium	27,25	27,375
Alcoa	34,5	34,5
Allied Chemical	38,625	38,625
AMR Corp.	39,625	39,875
Amax	17,375	17,75
Am. Cyanamid	51,375	51,875
Am. Express	42,25	43,125
Am. Motors	3,375	3,375
Am. Tel. & Telegr.	21,5	21,625
Asarco	24,875	25,75
Atlantic Richfield	48,125	48,375
Avon Products	20,5	20,5
Bally	14,5	14,625
Bk. of America	18,875	19
Bethlehem Steel	17	16,875
Black & Decker	24,125	24,375
Boeing	62,375	63,5
Brunswick	34,75	34,5
Burroughs	58	58
Caterpillar	30	29,75
Celanese	89,875	90
Chase Manhattan	52,125	51,75
Chrysler	34,125	33,5
Citicorp	43,25	43,25
City Investing	37,375	37,875
Clorox	33,375	34
Coca Cola	66,75	66,875
Colgate	24,25	24,75
Commodore	10,5	10,625
Comwth. Edison	29	29
Comm. Satellite	31	31,375
Control Data	33	33,125
CPC Int.	43,875	43
Curtiss Wright	35,5	35,875
Deere	31	31,25
Delta Airlines	45,375	45,625
Digital Equipm.	99,75	102,25
Dow Chemical	28,875	28,625
Du Pont	51,875	52,25
Eastern Gas-Fuel	22	22,25
Eastman Kodak	67,25	67,5
Exxon	49,5	49,75
Firestone	18,25	18
Fluor	18,375	18,375
Ford	42,625	42,75
Foster Wheeler	14,255	14,25
Fruehauf	23,55	23,575
GAF Corp.	30,5	30,625
General Dynamics	73	73,25
General Electric	61,875	62
General Foods	61,5	61,75
General Motors	73,75	73,125

	22.3.	21.3.
Gen. T. & E.	40,75	41,25
Goodrich	29,375	29,25
Goodyear Tire	26,5	26,75
Grace	40,875	40,375
Halliburton	29,875	30,125
Heinz	48	48,125
Hewlett Packard	33	33,375
Homestake	25	25
Honeywell	59,75	58,75
IBM	127,75	128,5
Int. Tel. & Tel.	35,125	33,625
Int. Harvester	9,75	9,75
Int. Paper	50	49,875
Int. North. Inc.	47,5	46,75
Jim Walter	34,125	33,375
Litton Industries	67	66,875
Lockheed Corp.	47,375	46,75
Loew's Corp.	42,875	43
Lone Star	22,625	22,625
Louisiana Land	34,5	33,375
LTV Corp.	10	10,125
Mc Dermott	27,25	27,5
Mc Donnel Doug.	77,75	76,25
Merck & Co.	103	105,625
Merrill Lynch	30,625	31
Mesa Petroleum	18,75	18,75
MGM (Film)	17	11,75
Minnesota M.	84,25	84,375
Mobil Oil	28,75	29
Monsanto	42,875	42,125
Morgan J.P.	47,25	47
Nat. Semiconductor	10,625	10,875
National Steel	29,25	29
NCR	27,875	27,75
Newmont	41,75	41,625
PanAm World	4,5	4,375
Pfizer	42,25	42,125
Phibro	36,875	37,875
Philip Morris	94	97,25
Phillips Petroleum	39,125	39
Pittston	10,625	10,5
Polaroid	29	27,375
Prime Computer	15,25	15,25
Procter & Gamble	56,25	56,5
RCA	42,875	42,75
Revlon	36,5	36,625
Reynolds Ind.	84,5	85,125
Rockwell Int.	35,75	35,625
Rorer Group	29,75	29,625
Schlumberger	38,625	38,875
Sears, Roebuck	34,5	34,875
Shell Oil	59,25	59,375
Singer	35,5	35,875
Sperry Corp.	51,875	53,25
Stand. Oil Calif.	34,125	34
Stand. Oil Indiana	62,125	62,75
Storage Techn.	2,875	2,75
Tandy	33,375	33

	22.3.	21.3.
Teledyne	251,875	251
Telex Corp	41,875	41,875
Tesoro	12,375	12,75
Texaco	34,75	34,875
Texas Instrum.	110,375	110,5
Tosco	1,75	1,875
Trans World Corp.	34,125	34,625
Transamerica	28,55	28,625
Travellers	41,75	42,5
UAL	44,25	44,625
Ucal Corp.	14	13,75
Union Carbide	37,5	36,5
Union Oil of Calif.	46,375	47,25
US Gypsum	–	34,5
US Steel	27,25	27
United Technologies	40	40
Walt Disney	79,875	79,5
Warner Comm.	26	26,125
Westinghouse El.	30,5	30,625
Weyerhaeuser	27,5	28,25
Whittaker	–	–
Woolworth	40,875	40,75
Xerox	43	43,375
Zenith Radio	21,125	21,25
Dow Jones Index	1267,45	1268,22
Stand. & Poors	179,04	179,36

Toronto

	22.3.	21.3.
Abitibi Paper	55,5	54,5
Alcan Alu.	37,625	37,5
Bk. of Montreal	26,125	26
Bk. of Nova Scotia	12,875	12,875
Bell Canada	39,25	39,25
Bluesky Oil	4,45	4,35
Bow Valley Ind.	17,375	17,5
Brenda Mines	9,75	9,5
Brunswick M & Sm.	15	15,375
Cdn. Imperial Bk.	29,5	29,75
Cdn. Pacif. Enterpr.	27,625	27,375
Cdn. Pacific Ltd.	57,75	58,75
Cominco	14,75	14,5
Coseka Res.	2,74	2,76
Denison Mines	13,25	12,75
Dome Petroleum	3	2,93
Domtar	37,25	38
Falconbridge Ltd.	95,75	95
Great Lakes Forest	90,5	–
Gulf Canada	18,25	17,75
Gulfstream Res.	0,64	0,62
Hiram Walker Res.	28,75	28,625
Hudson Bay Mng. Sp.	17,125	17,25
Husky Oil	10,75	10,375
Imperial Oil -A-	50,5	49,875

	22.3.	21.3.
Inland Nat. Gas	16	–
Inco	17,75	17,875
Inter City Gas Ltd.	13,125	13,25
Interprov. Pipeline	37,375	36,5
Kerr Addison	16,125	16,25
Lac Minerals	28,75	–
Massey Ferguson	3,15	3
Moore Corp	72,25	72,125
Noranda Mines	18,875	18,75
Norcen Energy Res.	14,5	14,5
Northgate Expl.	5,125	5
Northern Telecom.	49	50,125
Nova -A-	6,5	6,5
Oakwood Petrol	6,875	6,75
Provigo Ind.	–	19,5
Ranger Oil	5,5	5,625
Revenue Prop. -A-	1,2	1,24
Rio Algom Mines	23,375	23,125
Royal Bk. of Can.	29,25	29,375
Seagram	55,75	56,375
Shell Canada	76,25	24,625
Sherritt Gordon	6,5	6,5
Stelco -A-	20,875	20,875
TransCdn Pipelines	23,75	23,75
Westcoast Transm.	15	14,875
Index: TSE 300	2605,5	2601,9

Tokio

	25.3.	22.3.
Alps.	2180	2180
Bank of Tokyo	837	830
Sanyo Pharma	–	868
Bridgestone Tire	532	525
Canon	1460	1480
Daikin Kogyo	629	605
Daiwa House	570	573
Daiwa Sec.	908	908
Eisai	1880	1860
Fuji Bank	1650	1650
Fuji Photo	1820	1830
Fuji Radio	–	–
Hitachi	867	865
Honda	1420	1420
Ikegai Iron	395	395
Isetan	480	475
Ito Yokado	2600	2550
Japan Air	5930	5880
Japan Met.	435	426
Japan Syn. Rubber	395	395
Kajima	275	275
Kansai Elec.P.	1430	1440
Kao Soap	845	844

	22.3.	21.3.
Kawasaki H	158	158
Kawasaki S	149	149
Kirin Brewery	560	565
Komatsu	465	454
Kubota Iron	326	323
Kyocera	6120	6130
Makita El.	1070	1060
Marui	1030	985
Matsushita El. Ind.	1630	1630
Matsushita El. Wks.	3110	808
Mitsubishi CP	529	529
Mitsubishi El.	398	399
Mitsubishi Estate	620	612
Mitsubishi Heavy I.	268	270
Mitsui Co. Ltd	339	335
Mitsukoshi	426	426
Mitsumi El	1090	1100
Nichicon	–	–
Nihon Cement	228	226
Nikko Sec.	811	785
Nippon El	1160	1160
Nippon Kokan	159	158
Nippon Oil	913	905
Nippon St.	154	153
Nippon Yusen	248	246
Nissan Motor	648	641
Nomura Sec.	1250	1260
Olympus	1250	1240
Penta-Ocean	267	263
Pioneer	2800	2840
Renown	655	665
Ricoh	950	958
Sankyo	1210	1220
Seiyu Stores	640	650
Sekisui Pref.	580	598
Sharp	1040	1050
Shiseido	1080	1060
Sony	4650	4680
Sumitomo Bank	1800	1800
Taisei Corp.	211	212
Taisho Marine	455	452
Takeda Chem.	846	880
Teijin	435	430
Tokyo Elec.	1570	1550
Tokyo Gas	176	177
Tokio Marine	890	882
Tokyo El. Power	1680	1740
Toray Ind.	449	449
Toshiba Elec.	412	411
Toto	670	680
Toyo Kogyo	469	472
Toyota Motor	1540	1550
Yamaichi	825	814
Yamanouchi	3930	3950
Yamaha	790	795
Yamazaki	627	614
Index	995,92	986,53

KÖNIGSBACHER / Gute Entwicklung in München

Ein Jahr ohne Dividende

HANS BAUMANN, Koblenz

Die Königsbacher Brauerei AG vorm. Jos Thillmann, Koblenz, wird für das Geschäftsjahr 1983/84 keine Dividende ausschütten, sondern den Gewinn des Konzerns von 1,7 (3,2) Mill. DM in die Rücklagen einstellen. In den Vorjahren waren jeweils neun Prozent Bardividende auf das Grundkapital von 21 Mill. Mark bezahlt worden.

Mit dem Verzicht auf eine Ausschüttung, so der Vorsitzende des Vorstandes, Hans-Joachim Karrich, gelingt es dem Konzern, sein Eigen- und Sozialkapital bei 70 Prozent der Bilanzsumme zu halten (Durchschnitt der deutschen Produktions-Aktiengesellschaften nach Bundesbank: 27 Prozent).

Die Königsbacher-Gruppe hat ihren Ausstoß im Berichtsjahr leicht auf 1,2 Mill. Hektoliter Bier gesenkt. Der Ausstoß von Mineralwasser (Dauner Sprudel und Dunaris Heilwasser) erhöhte sich auf 180 000 Hektoliter. Die Königsbacher Brauerei ist an der Dauner Be- und Vertriebsgesellschaft mbH mit 50 Prozent beteiligt. Die anderen 50 Prozent liegen bei den Brunnen-Besitzern.

Trotz des geringen Ausstoß-Verlustes ist der Umsatz der Gruppe von 201 auf 206 Mill. DM gestiegen. In Sachanlagen wurden 16,5 (11) Mill. DM investiert, darin 2 Mill. DM für Immobilien, in denen sich gastronomische Betriebe befinden. Der Faßbieranteil der Königsbacher ist mit 40 Prozent sehr hoch. In den Markt investierte der Konzern weitere 8 (6) Mill. Mark. Seit 1948 wurden insgesamt 280 Mill. DM angelegt, die heute zu 85 Prozent abgeschrieben sind. Für das laufende Geschäftsjahr rechnet Karrich mit einem Investitionsaufwand von rund 8 Mill. DM.

Sehr groß ist der Fuhrpark des Konzerns mit über 100 Lastkraftwagen. Ferner unterhält das Haus 16 eigene Niederlassungen, bei denen sich regional die Fachgroßhändler bedienen. Nach dreijähriger Preisabstinenz hat die Brauerei jetzt den Preis für Königsbacher Pils um 2,5 Pfennig je Halbliterflasche heraufgesetzt.

Eine gute Entwicklung meldet Karrich für das Königsbacher Pils in München und Schleswig-Holstein. In München kooperiert Königsbacher mit Spaten-Bräu. Es wird bereits in 15 Gaststätten mit gutem Erfolg angeboten. Der Export von Königsbacher ist bei 40 000 Hektoliter angekommen. Die Tendenz ist steigend. Auf Einweg-Gebinde verzichtet das Haus so weit wie möglich. Karrich: „Ich wäre froh, wenn es zu einer gesetzlichen Regelung käme."

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Groß-Gerau: Frederico Giudici; **Homburg:** WOPA Oberkircher KG, Kirkel; **Köln:** IPEGE Immobilien-Entwicklungsges. mbH; **Passau:** Michael Kölbl, Neuburg/Inn; **Wuppertal:** Kurt Vaupel; Nachl. d. Max Arno Albrecht.

Anschlußkonkurs eröffnet: Essen: KBT Bauträgerges.

Vergleich beantragt: Köln: Becker-Druck GmbH.

NAMEN

Friedrich A. Reifenhäuser, Mitinhaber und Geschäftsführer der Reifenhäuser GmbH & Co. Maschinenfabrik, Troisdorf, sowie mehrerer anderer Unternehmen der Reifenhäuser-Gruppe, vollendet am 26. März das 75. Lebensjahr.

Dr. **Aloys Niemeyer**, langjähriger geschäftsführender Gesellschafter der H. Niemeyer Söhne GmbH & Co. KG, Landmaschinen, Gießereien, Baumaschinen, Hörstel-Riesenbeck, wird am 26. März 70 Jahre.

Dr. **Hendrik Apetz**, Ehrenpräsident der Industrie- und Handelskammer für Ostfriedland und Papenburg in Emden, feiert am 26. März den 75. Geburtstag.

Karl Schardey, seit 1978 Vorstandsvorsitzender der Vereinsbank eG, Duisburg, tritt nach 50 Dienstjahren am 1. April 1985 in den Ruhestand.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Bernt Schwab: Erfindung und Verbesserungsvorschlag im Arbeitsverhältnis. Band 15 der Schriften zur Arbeitsrecht-Blattei. Forkel-Verlag, Wiesbaden 1985, 368 S., 79 DM.

Obwohl derzeit fast 90 Prozent aller Erfindungen von Arbeitnehmern gemacht werden und das Gesetz über Arbeitnehmererfindungen schon seit 1957 in Kraft ist, ist in der Praxis die gegebene, sicherlich nicht unkomplizierte Rechtslage auch heute noch in den Grundzügen weithin unbekannt. In verständlicher und umfassender Weise vermittelt dieses Buch dem Arbeitnehmer in seiner Eigenschaft als Erfinder bzw. Vorschlagender, aber auch dem Unternehmen sowie Ratgebern der Betroffenen die wichtigsten Grundsätze, Begriffe und Zusammenhänge des Arbeitnehmererfinderrechts wie des betrieblichen Vorschlagwesens. Einbezogen sind außerdem die wichtigsten sozialversicherungs- und steuerrechtlichen Auswirkungen einer Erfindung. Im Anhang des Buches findet der Praktiker neben einer Fülle von Formularbriefen und Modellrichtlinien die in unserer Rechtsordnung sehr verstreuten, teilweise auch nicht ohne weiteres zugänglichen Gesetzesvorschriften im Wortlaut abgedruckt.

R. Hrbeck/W. Wessels (Hrsg.): EG-Mitgliedschaft – ein vitales Interesse der Bundesrepublik Deutschland? Europa Union Verlag, Bonn 1984, 544 S., 78 DM.

Wieviel ist den Deutschen die EG-Mitgliedschaft wert? Haben wir tatsächlich noch ein „vitales Interesse" an einer Gemeinschaft, die trotz leerer Kassen weiterhin riesige Überschüsse fördert, sich als reformunfähig erweist und in der der nationale Egoismus der Mitgliedsstaaten dominiert? Der Sammelband, das Ergebnis der Diskussionen einer Studiengruppe des Instituts für Europäische Politik, versucht auf diese Fragen Antworten zu geben.

Klaus Tiedemann: Die gesetzliche Milderung im Steuerstrafrecht. Otto Schmidt Verlag, Köln 1985, 104 S., 34 DM.

Für die rechtliche Behandlung der z. Zt. bei der Strafjustiz anhängigen Parteispendenverfahren kommt der Entscheidung Gewicht zu, ob die am 1. 1. 1984 in Kraft getretene Neuregelung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Parteispenden durch das sog. Parteienfinanzierungsgesetz in strafrechtlicher Hinsicht auch auf frühere Fälle anzuwenden ist, die noch nicht rechtskräftig abgeurteilt sind. Der Autor, Ordinarius für Strafrecht an der Universität Freiburg, kommt zu dem Ergebnis, daß die vor dem 1. 1. 1984 geleisteten und steuerlich als abzugsfähige Aufwendungen geltend gemachten Parteispenden in allen Fällen, in denen die Abzugsgrenzen des neuen Rechts nicht überschritten wurden, nach heutiger Rechtslage straflos sind.

Heinz Brestel: Jahrbuch für Kapitalanleger 1985. 300 Seiten, Central-Versand, Bern, 300 S., 39 DM.

Nach zwei guten Börsenjahren ergibt sich die Frage, ob nun andere Anlageformen in den Vordergrund treten. Der Zweck des Buches ist nicht, Tagestips zu geben. Wie auch in früheren Jahren versucht der Verfasser durch Analysen von Trends Entscheidungshilfen zu geben, die über den Tag hinausreichen. Neben 100 Seiten Börsen wird das Bankgeheimnis an den Plätzen Zürich, Liechtenstein und Luxemburg analysiert. Ein Buch, das bei Anlageentscheidungen helfen kann, diese dem Leser aber nicht abnehmen soll und kann.

ERGEBNISSE

Frankfurt – Bremen	1:3	(1:1)
Schalke – Bielefeld	3:0	(1:0)
Hamburg – Braunschweig	5:0	(4:0)
M'gladbach – K'lautern	7:0	(2:0)
Stuttgart – Köln	3:1	(0:0)
Mannheim – München	0:0	
Düsseldorf – Uerdingen	2:2	(0:1)
Leverkusen – Dortmund	0:1	(0:0)
Bochum – Karlsruhe	5:2	(1:2)

DIE SPIELE

Bochum – Karlsruhe 5:2 (1:2)

Bochum: Zumdick – Knüwe – Pickenäcker, Kree – Lameck, Woelk, Benatelli, Schulz, Bönighausen (31. Zugcic) – Kuntz, Fischer (85. Schreier). – **Karlsruhe:** Kargus – Theiss – Roth, Boysen – Zahn (68. Harforth), Groß, Keim, Günther, Becker (80. Dittus) – Künast, Bühler. – **Schiedsrichter:** Werner (Auersmacher). – **Tore:** 1:0 Kree (11.), 1:1 Groß (26.), 1:2 Keim (30.), 2:2 Fischer (53.), 3:2 Knüwe (55.), 4:2 Kuntz (57.), 5:2 Benatelli (59.). – **Zuschauer:** 15 000. – **Gelbe Karte:** Roth (7/1).

Hamburg – Braunschweig 5:0 (4:0)

Hamburg: Stein – Plessers – Kaltz, Schröder – Wehmeyer, von Heesen, Groh, Rolff, Magath (46. Hofmeister) – McGhee, Milewski. – **Braunschweig:** Franke – Pahl – Bruns, Ellmerich – Tripbacher, Kindermann (64. Scheike), Gorski, Worm, Lux – Plagge, Sackewitz (46. Pospich). – **Tore:** 1:0 McGhee (3.), 2:0 Magath (14.), 3:0 Wehmeyer (16.), 4:0 Milewski (45.), 5:0 Milewski (74.). – **Schiedsrichter:** Kautschor (Eschweiler). – **Zuschauer:** 17 000. – **Gelbe Karte:** Stein.

M'gladbach – K'lautern 7:0 (2:0)

M'gladbach: Sude – Bruns – Ringels, Hannes (81. Borowka) – Kraus, Herlovsen, Rahn, Lienen, Frontzeck – Mill, Criens (78. Hecking). – **K'lautern:** Ehrmann – Dusek – Wolf, Lang – Majewski, Melzer, Moser, Geye, Kitzmann (67. Schupp) – Allofs, Hübner. – **Schiedsrichter:** Brehm (Kemmern). – **Tore:** 1:0 Frontzeck (5.), 2:0 Criens (19.), 3:0 Rahn (57.), 4:0 Herlovsen (65.), 5:0 Rahn (69.), 6:0 Mill (75., Foulelfmeter), 7:0 Frontzeck (80.). – **Zuschauer:** 10 000.

Frankfurt – Bremen 1:3 (1:1)

Frankfurt: Gundelach – Fruck – Sievers, Körbel, Kraaz – Svensson, Berthold, Falkenmayer (45. Boy), Mohr (67. Friz) – Müller, Krämer. – **Bremen:** Burdenski – Pezzey – Schaaf, Kutzop, Otten – Okudera (65. Hermann), Sidka, Möhlmann, Meier (81. Reinders) – Völler, Neubarth. – **Schiedsrichter:** Wahmann (Recklinghausen). – **Tore:** 1:0 Müller (14.), 1:1 Meier (44.), 1:2 Okudera (47.), 1:3 Völler (83.). – **Zuschauer:** 25 000. – **Gelbe Karten:** Sievers (2), Krämer (2).

Schalke – Bielefeld 3:0 (1:0)

Schalke: Junghans – Dietz (87. Fichtel) – Kleppinger – Kruse, Hartmann, Dierßen, Eilenfeldt (46. Schipper), Stichler, Jakobs – Thon, Schatzschneider. – **Bielefeld:** Kneib – Wohlers – Schnier, Hupe – Büscher, Dronia, Foda (60. Pater), Kühlhorn (60. Westerwinter), Rautiainen, Helmer – Reich. – **Schiedsrichter:** Dellwing (Osburg). – **Tore:** 1:0 Stichler (23.), 2:0 Thon (56.), 3:0 Schatzschneider (76.). – **Zuschauer:** 17 900. – **Gelbe Karten:** Kleppinger (4/2), Westerwinter (2).

Stuttgart – Köln 3:1 (2:1)

Stuttgart: Roleder – Niedermayer – Müller, B. Förster – K.-H. Förster, Zietsch (64. Buchwald), Kempe (87. Maurer), Allgöwer, Schäfer – Reichert, Klinsmann. – **Köln:** Schumacher – Steiner – Prestin, Hönerbach – Lehnhoff, Hartwig (79. Dezelak), Gielchen (70. Strack), Bein, Geils – Engels, Allofs. – **Schiedsrichter:** Barnick (Schenefeld). – **Tore:** 0:1 Hartwig (8.), 1:1 Allgöwer (32.), 2:1 Reichert (42.), 3:1 Klinsmann (90.). – **Zuschauer:** 25 000. – **Gelbe Karten:** Schäfer (4/2), B. Förster (4/2), Steiner (4/1).

Mannheim – München 0:0

Mannheim: Zimmermann – Sebert – Schlindwein, Tsionanis, Dickgießer – Kohler, Heck, Scholz, Schön – Bührer (66. Walter), Klotz (89. Gaudino). – **München:** Pfaff – Augenthaler – Eder, Willmer – Dürnberger, Nachtweih, Matthäus, Pflügler, Lerby – Wohlfarth, Mathy. – **Schiedsrichter:** Waltz (Waiblingen), ab 25. Min. Bauer (Ulm). – **Zuschauer:** 40 000. – **Gelbe Karten:** Dickgießer (4/2), Sebert (4), Augenthaler (4/2), Pflügler (2), Nachtweih (4).

Düsseldorf – Uerdingen 2:2 (0:1)

Düsseldorf: Greiner – Zewe – Löhr, Kuczinski – Bockenfeld, Dusend, Bommer, Edvaldsson, Weikl – Thiele, Holmquist. – **Uerdingen:** Vollack – Herget – Wöhrlin, van de Loo – Brinkmann, Klinger, Thomas, W. Funkel, Buttgereit (90. Raschid) – Schäfer, Gudmundsson (61. F. Funkel). – **Schiedsrichter:** Assenmacher (Fischenich). – **Tore:** 0:1 Edvaldsson (43., Eigentor), 1:1 Holmquist (52.), 1:2 W. Funkel (55., Handelfmeter), 2:2 Bommer (72. Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 11 500. – **Gelbe Karte:** Bockenfeld.

Leverkusen – Dortmund 0:1 (0:0)

Leverkusen: Vollborn – Hörster – Gelsdorf, Giske – Winklhofer, Patzke (61. Schlegel, 76. Schreier), Röber, Wojtowicz, Götz – Waas, Tscha. – **Dortmund:** Immel – Zorc, Rüßmann, Kutowski – Bittcher, Loose, Raducanu, Anderbrugge – Egli, Simmes. – **Schiedsrichter:** Theobald (Wiebelskirchen). – **Tor:** Rüßmann (82.). – **Zuschauer:** 8000. – **Gelbe Karten:** Röber (4), Gelsdorf, Egli (4/2).

VORSCHAU

Freitag, 29. 3., 20 Uhr:

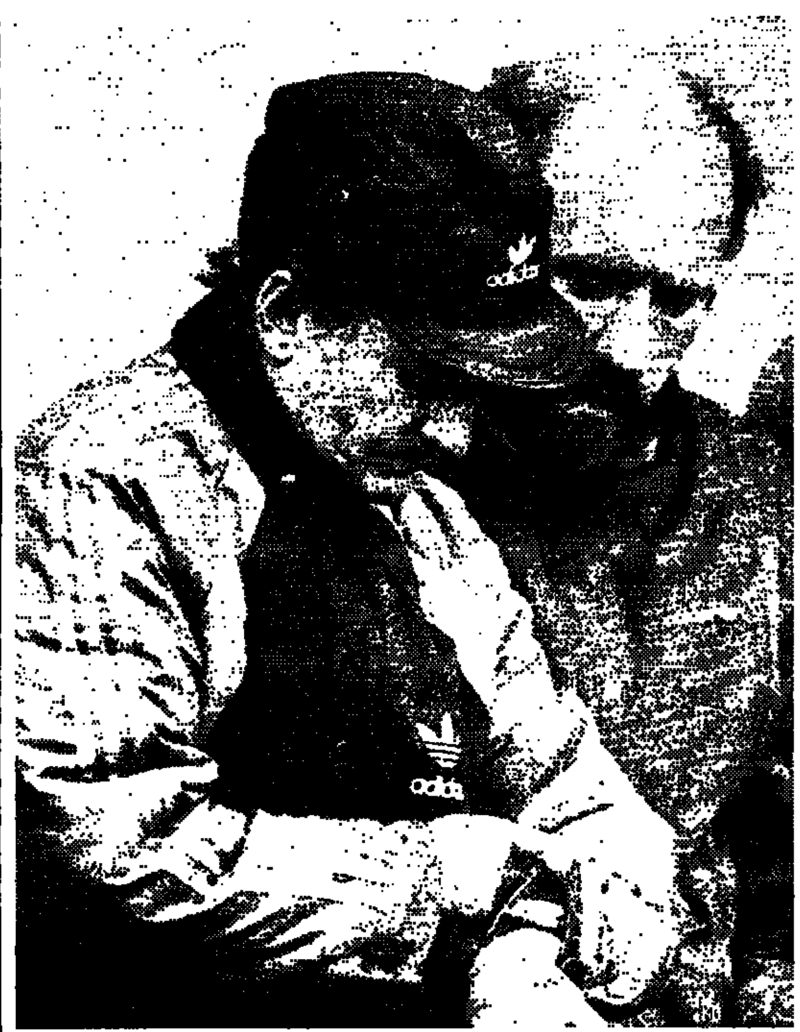
K'lautern – Bochum	(0:3)

Samstag, 30. 3., 15.30 Uhr:

Bielefeld – Hamburg	(0:4)
Uerdingen – Frankfurt	(2:3)
München – Düsseldorf	(2:0)
Köln – Mannheim	(2:1)
Dortmund – Stuttgart	(0:2)
Karlsruhe – Leverkusen	(1:4)
Braunschweig – M'gladbach	(0:10)
Bremen – Schalke	(2:2)

In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

Am Dienstag (20.00 Uhr) wird das Viertelfinalspiel im deutschen Pokal zwischen Bayer Leverkusen und Bayern München nachgeholt.





Wem die Stunde schlägt. Dettmar Cramer hat in Leverkusen kaum noch Freunde im Verein. FOTO: NORBERT SCHMIDT



Aufgegeben: Werner Olk will nicht mehr Trainer in Karlsruhe sein. Kommt nun Manfred Krafft aus Kaiserslautern? FOTO: WEREK

Leverkusens Bürgermeister fragte: „Wann geht Cramer endlich?“ – Wunschkandidat Berti Vogts

Von ULRICH DOST

Dettmar Cramer (59) hat es schon des öfteren betont: „Ich klebe nicht an meinem Sessel. Wenn der Trainer zur Belastung wird, muß er gehen.“ Hat der Trainer von Bayer 04 Leverkusen inzwischen diesen Zustand erreicht? Die Fans jedenfalls sind in Leverkusen spätestens seit Samstag dieser Auffassung, nachdem die Bayer-Elf, in der Branche nur Millionen-Elf genannt, zuhause gegen den Tabellen-Vorletzten Borussia Dortmund eine 0:1-Niederlage hinnehmen mußte. „Cramer raus, Cramer raus,“ schallten die Rufe noch lange nach Spielschluß. Volkes Stimme hat bereits gesprochen.

Und Cramer? Er versucht den Eindruck zu vermitteln, als sei alles halb so schlimm. Er sagt: „Wenn ich Zuschauer wäre, wäre ich enttäuscht. Ich habe aber keine Zeit, mir Gedanken über einen Rücktritt zu machen. Am Dienstag schon steht das Viertelfinale im Pokal gegen Bayern München an. Am Samstag müssen wir nach Karlsruhe. Der Trainer ist der einzige, der die Mannschaft wieder aufrichten kann.“ Man muß es ihm abnehmen, daß er tatsächlich davon überzeugt ist, was er sagt. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Cramer, der Alleinherrscher, ist längst nicht mehr unumstritten. Und wenn er behauptet, daß die zwischenmenschliche Beziehung zwischen ihm und der Mannschaft intakt sei, dann lebt er in einer Scheinwelt. Er kann es sich offenbar nicht vorstellen, daß etwas anders ist, als er es zu wissen glaubt.

*

Auch wenn es der Trainer nicht wahrhaben will: An allen Fronten ist die Stimmung gegen ihn. Schon zur Pause fragte Leverkusens Oberbürgermeister **Horst Hennig** (54): „Wann geht Cramer endlich?“ **Herrmann Thul** (60), Vorsitzender der Fußball-Abteilung, meinte nach dem Spiel: „Das können wir uns auf Dauer nicht bieten lassen.“ Was **Günter W. Becker** (58), ein ausgemachter Cramer-Freund, dann zu sagen hatte, wird dem Trainer wohl auch die Augen öffnen. Becker, Vorstands-Mitglied der Bayer AG und für die Sportförderung zuständiges Vorstands-Mitglied, meinte: „Wir werden uns über die Entwicklung Gedanken machen müssen. Der Tabellenplatz ist unbefriedigend. Die Spieler müssen härter angefaßt werden. Es ist immer eine Frage, wie man eine Mannschaft einstellt. Dortmund spielt ja nicht zum erstenmal in Leverkusen.“ Vorwürfe, die nur in eine Richtung zielen, gemeint und angesprochen ist der Trainer. Gestern morgen dann tauchten Becker und Thul plötzlich beim Training auf. Mit Dettmar Cramer zogen sie sich dann später zu einem vertraulichen Gespräch zurück.

Daß allgemein nicht mehr damit gerechnet wird, daß sich Cramer noch lange halten wird, zeigt auch die rege Tätigkeit hinter den Kulissen. Die Leverkusener haben nämlich schon längst eine Vorstellung, wie der Mann nach Cramer heißen soll. Dabei ist der Name **Berti Vogts** (38), 93maliger Nationalspieler, in Leverkusen schon häufiger gefallen. Ob sich der Wunsch jedoch realisieren läßt, steht derzeit noch in den Sternen, da Vogts bis 1988 als Trainer noch an den Deutschen Fußball-Bund (DFB) gebunden ist. Von Vogts würden sich die Leverkusener aber erhoffen, daß er die alten Stars rauswirft und mit jungen Leuten eine neue Mannschaft aufbaut.

*

Wie wenig Fingerspitzengefühl Dettmar Cramer derzeit bei seinen Spielern beweist, zeigte sein Possenstück in der zweiten Halbzeit. In der 60. Minute wechselte Cramer den früheren „DDR“-Auswahlspieler **Dirk Schlegel** (23) ein, um ihn nach 15 Minuten wieder vom Platz zu holen. Dafür ließ er dann **Christian Schreier** (26) ran. Dirk Schlegel: „Dafür bin ich nicht hier rüber gekommen, um mich so demütigen zu lassen. Auf dem Platz hatte ich schon fast Tränen in den Augen.“ Cramer erklärte sein Handeln damit, daß Schlegel „die Aufgaben nach vorne nicht gelöst hat.“ Nach dem Spiel ging der Trainer auf den völlig fassungslosen Spieler zu und sagte: „Sei nicht beleidgt.“ So einfach war die Sache für ihn. Keine Erklärung, keine aufbauenden Worte, nichts, woran sich der Spieler hätte aufrichten können.

Cramer hat die Sache in Leverkusen schon ganz geschickt eingefädelt, daß er der große Herrscher werden konnte. Seine Freundschaft zu Bekker ließ die anderen zahlreichen Herren, die in Leverkusen beim Fußball mitreden wollen, verstummen. Die Spieler hat er auf eine andere Art kleingekriegt. „Wenn du mich in der Öffentlichkeit kritisierst, fliegst du aus der Mannschaft,“ hat er den Spielern vorab klargemacht. Kein Wunder, daß dort nur Duckmäuse herumlaufen, die sich nicht trauen, offen ihre Meinung zu sagen. Sollte Cramer mit seinem Team aber auch noch morgen das Pokalspiel gegen die Bayern verlieren, wird der Druck von allen Seiten wohl so stark, daß er wohl selbst erkennen muß, zu einer Belastung geworden zu sein.

*

Ob mit oder ohne Cramer – das Trainerkarussell in der Bundesliga ist gewaltig in Schwung gekommen. In Karlsruhe war gestern der Vorstand besonders emsig tätig, nachdem **Werner Olk** (47) schon am Freitag abend vor dem Spiel in Bochum von sich aus die Arbeit einstellte. Der frühere Torwart **Rudi Wimmer** (40), bislang Olks Assistent, hat signalisiert, daß er die Mannschaft nur bis Mittwoch trainieren werde, danach müsse der neue Mann anfangen. Dieser Trainer, so meint Präsident Roland Schmider (54), soll nicht nur bis zum Saisonende tätig sein, sondern der soll auch in der nächsten Saison noch arbeiten. Wenn es sein muß auch in der zweiten Liga.

Manfred Krafft (48), bis zum Saisonende noch in Kaiserslautern unter Vertrag, könnte der Mann sein, den sich die Karlsruher vorstellen. Krafft hat bereits von 1978 bis November 1981 in Karlsruher erfolgreich gearbeitet. **Udo Sopp** (47), Präsident von Kaiserslautern, sagte auf die Frage, ob man sich angesichts der 0:7-Schlappe in Mönchengladbach nicht vorzeitig von Krafft trennen werde: „An diesem Desaster hat der Trainer keine Schuld. In dieser Hinsicht wird es keine Konsequenzen geben.“ Das ist aber nur die offizielle Version. Insider sind sich sicher, daß Krafft noch in dieser Woche mit einer Abfindung vorzeitig entlassen wird. Dann wäre er frei für Karlsruhe.

Und was wird aus Werner Olk, dem früheren Meisterspieler von Bayern München? Gestern spannte er die Journalisten weiter auf die Folter: Einige hätten den neuen Klub schon genannt, andere lägen daneben. Nur soviel ließ sich Olk entlocken: „Bei dem neuen Verein setze ich mich in ein gemachtes Nest. Wir spielen im oberen Drittel der Liga.“ Nur, wo das sein wird, bleibt sein Geheimnis. Olk war mit Eintracht Braunschweig in Verbindung gebracht worden. Die Braunschweiger zeigen aber ohnehin mehr Interesse am Düsseldorfer **Willibert Kremer** (44). Am Freitag sagte Kremer: „Ich brauche in Braunschweig nur zu unterschreiben, doch das ist mir zu weit weg.“

*

Noch unklar ist auch, wer Nachfolger von **Helmut Benthaus** (49) beim Meister VfB Stuttgart wird. Gestern sollen die Stuttgarter mit dem jugoslawischen Trainer **Otto Baric** (51) von Rapid Wien Gespräche geführt haben. Ginge es aber nach Mannschaftsführer **Karl-Heinz Förster** (26), dann kann der neue Mann nur **Uwe Klimaschefski** (45) vom Zweitligaklub 1. FC Saarbrücken heißen. Förster: „Klimaschefski wäre so ein Mann für uns wie früher Jürgen Sundermann. Einer, der uns anheizen und anmachen kann. **Erich Ribbeck**, der ja auch im Gespräch ist, wäre nicht so ideal. Ihn vergleiche ich eher mit unserem jetzigen Trainer.“ Was Förster sagt, hat Gewicht. In der Vereinszeitung meinte er in einem Interview, daß er bei der Entscheidung ein gewichtiges Wort mitzureden habe.

Fußball-Kulisse

Zahlen, Fakten, Hintergründe aus der Bundesliga

Duell München/Bremen

							Heim		Auswärts	
1. München	24	14	6	4	52:32	34:14	32:17	19:5	20:15	15:9
2. Bremen	23	12	8	3	65:37	32:14	44:16	21:3	21:21	11:11
3. M'gladbach	23	11	6	6	58:36	28:18	34:15	15:7	24:21	13:11
4. Uerdingen	23	11	5	7	46:34	27:19	28:16	20:4	18:18	7:15
5. Hamburg	22	9	8	5	40:31	26:18	29:10	18:4	11:21	8:14
6. Bochum	23	8	9	6	38:32	25:21	18:14	12:12	20:18	13:9
7. Mannheim	23	9	7	7	34:37	25:21	19:14	14:10	15:23	11:11
8. Stuttgart	24	11	3	10	62:40	25:23	39:15	19:7	23:25	6:16
9. Köln	23	11	2	10	45:43	24:22	24:19	14:8	21:24	10:14
10. Schalke	23	9	6	8	46:46	24:22	32:19	19:7	14:27	5:15
11. Frankfurt	24	8	7	9	48:51	23:25	28:17	17:7	20:34	6:18
12. K'lautern	22	6	9	7	27:39	21:23	18:12	14:6	9:27	7:17
13. Leverkusen	24	6	8	10	36:40	20:28	22:16	15:9	14:24	5:19
14. Düsseldorf	23	6	7	10	39:44	19:27	24:19	15:9	15:25	4:18
15. Bielefeld	24	3	11	10	26:47	17:31	20:24	11:13	6:23	6:18
16. Dortmund	22	7	2	13	27:45	16:28	18:14	11:9	9:31	5:19
17. Braunschweig	23	7	2	14	30:54	16:30	21:12	14:8	9:42	2:22
18. Karlsruhe	23	3	8	12	31:62	14:32	14:17	9:11	17:45	5:21

Der tiefe Sturz des 1. FC Köln

● **Tore:** Mit 35 Toren meldete die Bundesliga die zweithöchste Ausbeute der Rückrunde. Die Gesamtzahl erhöhte sich auf 750. Den Jubiläumstreffer markierte der Stuttgarter Jürgen Klinsmann zum 3:1-Endstand gegen den 1. FC Köln. Zum gleichen Zeitpunkt der letzten Saison, die mit der Rekordzahl von 1097 Toren endete, lag der Zwischenstand bei 763. Die Quote kann jedoch in den noch ausstehenden acht Nachholspielen verbessert werden.

● **Torschützenliste:** Rudi Völler vergrößerte seinen Vorsprung in der Torschützenliste. Er liegt jetzt mit 18 Treffern um drei Tore vor seinen drei Verfolgern Klaus Allofs, Klaus Täuber und Karl Allgöwer. Klaus Fischer und Günter Thiele folgen mit 13 Treffern.

● **Elfmeter:** Die Angst des Torhüters vor dem Elfmeter ist unbegründet. Am Samstag gewann Uli Stein (Hamburg) das Duell mit Peter Lux (Braunschweig), Hans-Jürgen Gundelach (Frankfurt) hatte bessere Nerven als Wolfgang Sidka (Bremen). Die Zahl der gehaltenen Strafstöße in dieser Saison erhöhte sich damit auf 15. Zum Erfolg kamen dagegen Frank Mill (Mönchengladbach), Wolfgang Funkel (Uerdingen) sowie der Düsseldorfer Rudi Bommer, der sein erstes Saisontor erzielte.

● **Serien:** Karlsruhes Talfahrt geht weiter: Elf sieglose Spiele seit dem 10. November (4:0 gegen Bielefeld) und 2:20 Punkte. Der 1. FC Köln beklagt mit 0:10 Punkten die schlimmste Serie seiner Bundesliga-Zugehörigkeit. Alarmierend auch die Entwicklung des 1. FC Kaiserslautern mit 1:9 Punkten und 1:18 Toren aus fünf Auswärtsspielen. Ungeschlagen im neuen Jahr ist immer noch der SVW Mannheim mit 9:5 Punkten.

● **Ergebnisse:** Im Spiel Mönchengladbach – Kaiserslautern kam zum ersten Mal in dieser Saison das außergewöhnliche Resultat von 7:0 zustande. Höher geschlagen wurde nur eine Mannschaft. Eintracht Braunschweig hatte am Bökelberg sogar mit 0:10 das Nachsehen. Häufigstes Ergebnis dieser Saison ist das 1:1, das schon 30mal registriert wurde.

● **Zuschauer:** 172 500 Interessenten lösten zum 24. Spieltag eine Eintrittskarte, womit die Grenze von über vier Millionen Zuschauern überschritten wurde. Im Vergleich zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres fehlen 250 000 Besucher – damals waren allerdings sieben Spiele mehr ausgetragen. Erstmals ausverkauft war in der laufenden Spielzeit das Ludwigshafener Südwest-Stadion mit 39 500 Zuschauern. Nur 8000 Zuschauer sahen in Leverkusen das 0:1 gegen Borussia Dortmund.

● **Gelbe Karten:** Drei Spieler sind für das nächste Spiel gesperrt, nachdem sie am Samstag zum vierten Mal verwarnt worden waren: Norbert Nachtweih, Günter Sebert und Jürgen Röber. Sieben Spieler stehen mit sechs Gelben Karten vor ihrer zweiten automatischen Sperre: Egli, Dickgießer, Lerby, Augenthaler, Kleppinger, Bernd Förster, Schäfer.

Absagen für den kranken Beckenbauer

dpa, Saarbrücken

In Portugal lag die halbe Mannschaft flach, vor dem Malta-Spiel Franz Beckenbauer. Eine Darmgrippe mit Brechreiz, Durchfall und Fieber (38,7) ließ ihn daheim in Kitzbühel hin- und herpendeln zwischen Bett, Toilette und Telefon. Den Besuch der Frankfurter Bundesliga-Begegnung sagte er am Samstag ab. Gestern morgen war der Teamchef dann fast fieberfrei. Zum Treffen in der Sportschule Saarbrücken flog er „nicht topfit, aber reisefähig“.

„Ein Sieg gegen Malta ist in der WM-Qualifikation die halbe Miete – alles andere wäre eine Blamage. Unser Aufgebot ist so stark, daß wir einige Ausfälle durchaus verkraften können.“ So gelassen reagierte Bekkenbauer auf die Absagen, die auch diesmal nicht ausblieben: Der Frankfurter Ralf Falkenmayer bekam wegen seiner Sprunggelenkverletzung aus dem Spiel gegen Bremen einen Gipsverband; der Kölner Klaus Allofs hielt in Stuttgart nur mit einer schmerzstillenden Spritze durch und fehlt erneut wegen seiner Kniebeschwerden. Felix Magath dagegen sieht sein Mitwirken nicht gefährdet.

Hiobsbotschaften aus Italien ausgeschlossen, plant Beckenbauer daher für Mittwoch mit dieser Elf: Schumacher – Herget – Förster – Berthold, Matthäus, Magath, Briegel, Thon – Littbarski, Völler, Rummenigge. Weiter zum Kreis zählen Stein, Brehme, Frontzeck, Jakobs, Rahn, Mill.

Ditmar Jakobs kommt laut DFB-Mitteilung wegen seiner Bundesliga-Sperre „diesmal nicht in Betracht“, doch Beckenbauers Version ist weiterhin eine andere: „Da Malta nur mit einer Spitze spielt, reichen hinten Herget und Förster. Wenn ich Jakobs aber brauche, spielt er.“ Klare Worte auch in einem anderen Bereich. „Weil mir manches in den letzten Wochen nicht gepaßt hat“, will der Teamchef mit den Spielern reden. Mit Sicherheit ansprechen wird er Torwart Schumachers Verhalten gegenüber den Zuschauern („Indem er sich provozieren läßt, sorgt er für Unruhe“) sowie das Betragen der Stars gegenüber den Schiedsrichtern. Beckenbauer: „Es geht nicht an, daß wir von den Schiedsrichtern einerseits mehr Großzügigkeit bei gesunder Härte verlangen und ihnen andererseits die Aufgabe unnötig erschweren. Wiederholtes Meckern will ich genauso wenig erleben wie die Schauspielerei.“

Daß die ärztliche Betreuung der Nationalmannschaft mit Hilfe eines Internisten und Leistungsmediziners verbessert werden soll, stand schon vor Beckenbauers Erkrankung fest. Wer die DFB-Auswahl künftig neben Mannschaftsarzt Heinrich Heß betreut, entscheidet sich wahrscheinlich in Saarbrücken. Zwei Kandidaten stehen zur Wahl: der frühere 400-m-Läufer Winfried Kindermann, der in der Amtszeit Jupp Derwalls schon mehrere Fitneß-Tests des Teams leitete, und Heinz Liesen von der Sporthochschule Köln, der schon die Hokckey-Auswahl und zuletzt die Nordischen Kombinierer betreute.

Rehhagel: Ich bin kein Großmaul. Meister wird man nicht mit dem Mund

BERND WEBER, Bremen

Frankfurts Trainer Dietrich Weise, sonst ein sehr besonnener Mann, kündigte Kollege Otto Rehhagel nach dem 3:1-Sieg Bremens die Duzfreundschaft und nannte ihn „Kaspar“, weil er die Zuschauer provoziert habe. Da ergibt sich jetzt also die Frage, ob denn der künftige deutsche Fußballmeister von einem „Kaspar“ trainiert wird. Die WELT sprach mit Otto Rehhagel.

WELT: Ob Sie es wollen oder nicht, Werder ist nach dem Sieg in Frankfurt mehr als nur eine Mannschaft, die den Titelkampf offenhält – sie ist heißer Meisterschaftskandidat.

Rehhagel: Ich gebe Ihnen recht, die gegenwärtige Konstellation läßt diesen Schluß zu.

WELT: Sind Sie dabei, umzudenken? Bisher haben Sie das Thema Meisterschaft ja stets ärgerlich heruntergespielt.

Rehhagel: Das ist eine Unterstellung, die ich entschieden zurückweisen muß. Natürlich will ich mit Werder Bremen deutscher Meister werden. Natürlich bestehen reelle Chancen, daß wir es schaffen können.

WELT: Das haben Sie bisher aber in dieser Deutlichkeit nie gesagt.

Rehhagel: Das ist doch Quatsch! Ich weigere mich nur, den Satz zu sagen, den so viele von mir hören wollen, nämlich: Wir werden deutscher Meister! Ich bin kein Großmaul, sondern Realist. Wir haben noch elf, Bayern München hat noch zehn Spiele zu absolvieren, bis abgerechnet wird. Da kann noch viel passieren. Nur eins ist klar, Meister wird man nicht mit dem Mund. Man wird es nur, wenn man mit dem Kopf und mit den Beinen gute Arbeit leistet. Dies bleue ich unseren Spielern immer wieder ein.

WELT: Wenn man den bisherigen Saisonverlauf betrachtet, haben die die Lektion doch ganz gut begriffen.

Rehhagel: Ich denke da in etwas größeren Zeiträumen. Im April 1981 bin ich nach Bremen gekommen, damals war die Mannschaft zweitklassig. Seit meinem Dienstantritt stehen der Aufstieg in die erste Liga, danach zwei fünfte Plätze und eine Vizemeisterschaft zu Buche. Ich würde ohne jede Einschränkung meinen, daß wir hier alle zusammen gute Arbeit geleistet haben.

WELT: Dennoch: Spüren Sie nicht, daß die Ansprüche im Verein und bei den Spielern gestiegen sind?

Rehhagel: Ich muß mich wiederholen oder es vielleicht noch deutlicher sagen: Ich wäre doch geradezu ein Vollidiot, wenn ich nicht alles daransetzen würde, Meister zu werden. Nur, ich muß doch auch über den Tellerrand schauen. Das Leben geht weiter, auch wenn wir es nicht schaffen sollten. Mein Vertrag bei Werder läuft bis 1987. Da verbietet es sich von selbst, daß ich die eh schon mächtig unter Erfolgsdruck stehenden Spieler auch noch verrückt mache und ihnen jeden Tag einhämmere: Ihr müßt Meister werden, ihr müßt! Was ist, wenn es nicht klappt? Nein, solch eine Dampfhammer-Methode wende ich nicht an. Ich will schließlich auch in den nächsten Jahren eine stabile Mannschaft präsentieren.

WELT: Jetzt denken Sie wohl an Stuttgart, die letztes Jahr deutscher Meister und in dieser Saison schon so arg gerupft wurden?

Rehhagel: Das wäre vielleicht ein Beispiel. Aber Stuttgart geht mich nichts an, ich kümmere mich ausschließlich um meinen Kram, und dies 24 Stunden am Tag.

WELT: Das hört sich alles zurückhaltend an und paßt so gar nicht dazu, daß Sie in Frankfurt wieder wie ein Rumpelstilzchen vor der Trainerbank herumgesprungen sind. Ihr Kollege Weise hat Sie ja als Kasper bezeichnet.

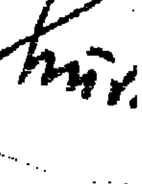
Rehhagel: Ich will jetzt nicht so weit gehen und behaupten, die Erklärung für Weises Attacke sei die Wut über die Niederlage seiner Mannschaft gewesen. Ich will auch durchaus miteinbeziehen, daß ich gehört habe, der Kollege Weise habe später im kleinen Kreis bedauert, so heftig reagiert zu haben. Ich möchte nur ganz sachlich feststellen: Es gibt temperamentvolle und weniger temperamentvolle Charaktere. Ich habe nun mal die Art, während eines Spiels mehr aus mir herauszugehen, ich fühle mich quasi als zwölfter Mann meiner Mannschaft. Und mit dieser Einstellung bin ich hier in Bremen ganz gut gefahren. Was mein Verhalten speziell am Samstag im Frankfurter Waldstadion betrifft: Sollte ich ruhig auf meinem Platz verharren, nachdem irgendwelche verrücktgewordenen Fans mit Flaschen und Steinen nach mir geworfen haben?

WELT: Das wird man schwerlich von Ihnen verlangen können. Andererseits sind doch einige Leute irritiert. Jetzt gibt es Krach mit Weise. Mit Bayern Münchens Trainer Udo Lattek haben Sie sich ja auch schon mehrfach angelegt.

Rehhagel: Unterstellen Sie mir bloß nicht, ich käme mit Kollegen nicht klar. Den Udo bin ich mal angegangen, weil der seinerzeit lamentiert hatte, seine Mannschaft habe völlig unverdient gegen uns verloren. Ich fand das wenig fair und habe das zum Ausdruck gebracht. Daß Lattek daraufhin empfindlich bis total sauer reagiert hat, ist nicht mein Bier. Und es schließt auch nicht aus, daß ich nicht einzuschätzen wüßte, welch gute Arbeit Lattek leistet.

WELT: Wo sehen Sie die Vor- und wo die Nachteile der Bayern im Meisterschafts-Schlußspurt?

Rehhagel: Ihr Vorteil ist gewiß, daß sie die abgeklärteren Spieler und die besser besetzte Reservebank haben. Andererseits ist die Mannschaft natürlich stärker belastet als meine. Wir sind im Europa- und im deutschen Pokal vorzeitig ausgeschieden und können uns ganz auf die Meisterschaft konzentrieren. Bayern indes tanzt noch überall herum. Vielleicht geht das ein wenig über die Kräfte.



MANNHEIM / Achillessehne riß – Schiedsrichter Robert Walz hört auf

Der Tag des Sportjournalisten Bauer Er kam, pfiff und wurde nur gelobt

MARTIN HÄGELE, Mannheim

Manchmal mißt der Grat zwischen Glück und Pech nicht mal die Breite des kleinen Fingers. So wie die Achillessehne des Menschen, auch des Schiedsrichters Robert Walz (43) aus Waiblingen. Sie riß beim Bundesliga-Schlager Waldhof Mannheim gegen Bayern München (0:0) nach 24 Minuten. „Ein dummer Schritt" sei es gewesen, dann kam das Gefühl „wie wenn sie dir mit einem Beil in die Ferse hacken". Walz kennt diesen stechenden Schmerz nur zu gut, er hat ihn schon öfter gespürt. Zum drittenmal ist ihm gestern morgen eine Achillessehne zusammengeflickt worden. So oft schon hat er über dieses Band zwischen Ferse und Unterschenkel gegrübelt, das ausgerechnet in der Familie Walz schwach geraten sein muß. Auch Zwilling Winfried, Bundesliga-Schiedsrichter wie er, hat schon zwei Operationen an dieser verflixten Sehne hinter sich.

„Ich bin fürchterlich enttäuscht", sagte Robert Walz, während man ihn vom Rasen führte. So ähnlich muß es seinem Bruder Winfried auch ergangen sein. Der hatte vor der Saison beim Waldlauf irgendein Loch erwischt. Familienschicksal unter Schiedsrichtern. Den einen trifft das Ende in der Stille des Waldes, beim anderen bilden 40 000 das Spalier beim letzten Applaus. Die Laufbahn von Robert Walz in der Fußball-Bundesliga ist wohl zu Ende.

Und ein anderer betritt die große Bühne. Ein Unbekannter, 29 Jahre alt. Sicher, in Baden-Württembergs Oberliga ist Siegfried Bauer bekannt. Im letzten Jahr hatte der Senkrechtstarter die besten Noten aller schwäbischen Schiedsrichter auf seinem Beobachtungsbogen aus der Oberliga stehen. Man hatte ihn deshalb ins Gespann des Bundesliga-Kollegen Winfried Walz befördert. An der Linie sollte er in der obersten Klasse erstmal seinen Mann stehen.

Der Klassenprimus fand sich über Nacht in ungewohnter Rolle: Ersatzmann, Springer, wenn irgendwo irgendein Linienrichter krank wurde. Und so wirkte Bauer mal beim Kollegen Neuner oder er assistierte für Herrn Schmidhuber oder er fuhr – wie am Samstag – mit Robert Walz zu Bundesligaeinsätzen.

Beim fünften Achillessehnenriß im Hause Walz stand Bauer dann plötzlich im Rampenlicht. „Ich hatte doch gar keine Zeit, nervös zu sein", meinte der Debütant, als er die Premiere



Plötzlich im Blickpunkt: Siegfried Bauer FOTO: HARTUNG

hinter sich gebracht hatte. „Was hätte mir denn passieren können? Daß mich die Zeitungen am Montag zerreißen? Aber sonst doch nichts?"

Der Bursche muß Mumm haben. Millionen hörten ihn so reden in der ARD-Sportschau. Moderator Werner Zimmer ernannte ihn zum „Sieger des Tages". Kübelweise bekam er Lob ab. Von den Spielern, von den Reportern, da könne man nur den Hut ziehen, meinte Waldhofs Trainer Klaus Schlappner. „So souverän und sicher, wie der junge Mann aufgetreten ist – das ist der nächste Schiedsrichter, der Karriere macht", lautete die Anerkennung von Münchens Manager Uli Hoeneß.

Hoeneß jubelt den Schiedsrichter jedoch nicht nur deshalb hoch, weil es sich um einen Landsmann handelt, und zwischen dem cleveren Uli und dem Ersatzschiedsrichter Bauer noch andere Gemeinsamkeiten bestehen. Bauer arbeitet nämlich in der Wirtschafts- und Sportredaktion der „Südwestpresse". Bei seinem Ulmer Heimatblatt hatte sich vor 13 Jahren auch der Abiturient und Fußball-Profi Hoeneß verdingt, um mit einer Kolumne sein Taschengeld aufzubessern. Bevor der Chefredaktion der Zeitung die Hoeneß-Beiträge nicht mehr das Sonderhonorar von *150* Mark wert und als keinerlei Bereicherung des Sportteils erschienen waren.

Daß Bauer Journalist ist, hat ihm bei seinem Einstand zweifellos geholfen. Daß ihn nun all die positiven Schlagzeilen wie Bumerangs treffen könnten, das ist die Kehrseite der Geschichte. Schiedsrichter verkehren untereinander zwar mit der Anrede „Kamerad", dennoch regieren in dieser Zunft hauptsächlich Neid, Katzbuckeln und Karrieredenken.

War nicht der in allen erdenklichen Schiedsrichter-Weihen ergraute Walter Eschweiler (49) jahrelang eine Kultfigur beim DFB? Stets Nonsense-Sprüche auf der Pfanne, die Gebärden eines Pfaus und wenn ein Spiel nicht spannend lief, dann schrieb Eschweiler eben das Drehbuch selbst um. Kurz und zackig und mit Walter in der Hauptrolle.

In dieses Bild vom vorbildlichen Pfeifenmann paßt Siegfried Bauer überhaupt nicht. Er ist natürlich, offen, freundlich, kein Selbstdarsteller, kann außerdem ganz ordentlich mit dem Ball umgehen. Ein noch größeres Handicap in der Weiterentwicklung dürfte es gewesen sein, daß ausgerechnet so ein junger Schreiberling bewiesen hat, daß er besser pfeifen kann als die meisten altgedienten Bundesliga-Schiedsrichter.

Über die Interessenkollision zwischen Beruf und Hobby hat sich Siegfried Bauer gestern auch seine Gedanken gemacht. Er hatte allerdings nicht sehr viel Zeit zum Nachdenken. Er mußte schon in aller Frühe nach München fahren, flog dann nach Düsseldorf, fuhr mit dem Mietwagen weiter nach Solingen. Die Redaktion erwartete schließlich seinen Bericht vom Zweitliga-Spiel Union Solingen gegen Ulm 46. Hundertsoundsoviel Zeilen und ja nicht zu spät durchtelefonieren, hieß sein Auftrag. Der Alltag hatte Siegfried Bauer schon schnell wieder eingeholt.

MOTORSPORT / Erster Lauf zur Weltmeisterschaft in Südafrika. Freddie Spencer (Honda) vorne

Toni Mang belohnte sich nach seinem zweiten Platz selbst: „Ich mache jetzt eine Flitterwoche"

sid/dpa/DW. Kyalami

Nach seinem gelungenen Saisonauftakt belohnt sich Anton Mang erst einmal selber. „Jetzt mache ich Flitterwochen, oder besser gesagt, eine Flitterwoche", sagte der viermalige Weltmeister aus Inning am Ammersee, nachdem er beim Grand Prix von Südafrika im Rennen der Klasse bis 250 ccm auf seiner Honda den zweiten Platz belegt hatte. Der 35jährige hatte am 4. März in aller Stille seine südafrikanische Freundin geheiratet.

Der Sieger des ersten Weltmeisterschafts-Rennens der Saison 1985 hieß Freddie Spencer (USA) auf Honda, der obendrein in der Halbliter-Klasse hinter seinem Landsmann, Titelverteidiger und Vorjahrssieger Eddie Lawson (Yamaha) den zweiten Platz belegte. Dritter in der 250er-Kategorie wurde der südafrikanische Yamaha-Fahrer Mario Rademeyer – einer der schnellsten seiner Zunft. Rademeyer erhält allerdings wegen seiner südafrikanischen Staatsangehörigkeit nicht bei allen Weltmeisterschaftsläufen eine Starterlaubnis. Vierter wurde der venezolanische Ex-Weltmeister Carlos Lavado (Yamaha) vor dem Münchner Martin Wimmer (Yamaha).

Mangs Auftakt war ein Auftakt nach Maß, zumal er vom Material her gegenüber Spencer benachteiligt ist. Das ist allein schon eine Frage der Kontrakte: Spencer ist als Honda-Werksfahrer Angestellter des größten Motorrad-Herstellers der Welt, Mang als Honda-Vertragsfahrer nur deren Geschäftspartner. Welches Geheimnis sich hinter der Werks-Honda von Spencer verbirgt, war in Südafrika (noch) nicht zu lüften. Das Motorrad wurde unmittelbar nach jedem Trainingseinsatz und erst recht nach dem Rennen in Windeseile mit Planen verhängt. Und wer auch immer in der Honda-Box einen Blick auf diese neue Konstruktion werfen wollte, dem wurde von den japanischen Technikern ebenso höflich wie bestimmt die Tür gewiesen.

So sagte Mang denn auch nach dem Rennen: „*Ich kann sehr zufrieden sein.* Spencer hat sein Motorrad schon viel länger, konnte ausführliche Testfahrten machen und hat sicher auch *die bessere Maschine.*" Das Rennen brachte überdies diese Erkenntnis: „Freddie ist nur am Anfang am Limit gefahren. Als ich aus seinem Windschatten heraus war, hat er gedrosselt. Sein Motorrad war in der Beschleunigung aus den Kurven heraus eindeutig schneller als meine Maschine, er war einfach nicht einzuholen. Ich kann mein Motorrad aber noch etwas verbessern, wenn ich an der Feinabstimmung arbeite. Auch Spencer ist schlagbar."

Was sicher stimmt, zumal die Saison-Auftaktrennen im 1800 Meter hoch gelegenem Kyalami noch niemals für den gegenwärtigen Stand der Dinge repräsentativ waren. Jede technische Einstellung an einer Maschine verläuft in Kyalami anders, als anderenorts. Der Stand der Dinge in Kyalami in der 250-ccm-Klasse: Spencer erreichte im Rennen eine Spitzengeschwindigkeit von 245 Kilometern in der Stunde, Mang brachte es auf 243 km/h, Wimmer auf 242 km/h. Schnellster war mit 248 km/h eindeutig der deutsche Vize-Weltmeister Manfred Herweh aus Lampertheim auf seiner Rotax-Eigenbau – jedenfalls bis zur zehnten von 28 Runden. Dann war Schluß, ein Kolben war festgegangen.

Herweh war zuvor schon beim Training gestürzt und obendrein plagte er sich während der Tage in Kyalami die ganze Zeit über mit Fahrwerksproblemen herum, erst recht beim Rennen. In den letzten rennfreien Monaten hatte sich Herweh darüber beklagt, daß die Zeit nicht ausreiche, um bis zum Saisonstart ein konkurrenzfähiges Motorrad fertig zu stellen. Die Spitzengeschwindigkeiten von Kyalami zeigen aber, daß die Herweh-Maschine auch 1985 wieder überaus schnell zu sein scheint.

Mit Fahrwerksproblemen hatte auch der Münchner Martin Wimmer zu kämpfen. Obendrein zeigte sich, daß die Hondas von Spencer und Mang der Werks-Yamaha des Münchners allein schon von der PS-Stärke her überlegen waren. Wimmer war dennoch zufrieden: „Wenn ich in jedem Weltmeisterschaftslauf punkte, ist das ja auch etwas und summiert sich am Ende ganz schön." Sicher, aber es könnte künftig noch besser gehen. Wie, darüber werden die Yamaha-Konstrukteure in Japan zu befinden haben.

Überschattet wurde die Veranstaltung in Südafrika vom schweren Sturz des deutschen Rennfahrers Herbert Besendörfer aus Rosstal. Der deutsche Meister der Klasse bis 350 ccm (nicht mehr im WM-Programm) stürzte im 250er-Rennen mit seiner Yamaha bei einer Geschwindigkeit von 200 Kilometern in der Stunde und mußte mit schweren Kopfverletzungen per Hubschrauber ins Krankenhaus geflogen werden. Erst dort erlangte er das Bewußtsein wieder. „Er hat eine Gehirnerschütterung und muß noch ein paar Tage im Hotel das Bett hüten", sagte Mang.

Spencer: „Gas gegeben wird immer mit der rechten Hand"

Dieter Braun, der ehemalige deutsche Motorrad-Weltmeister, schwärmte als ZDF-Kommentator bei der Übertragung vom Grand Prix aus Südafrika: „Freddie Spencer – das ist ein Ausnahmetalent, wie es höchstens alle zehn Jahre mal vorkommt."

Als Spencer, der amerikanische Vize-Weltmeister in der Halbliter-Klasse, in Kyalami seine ersten Testfahrten in der 250er-Kategorie auf einem Weltmeisterschaftskurs absolvierte, erreichte er bereits im Training Resultate, die seine Überlegenheit beim Rennen erahnen ließen. Und so kam es denn auch: Der 24jährige Spencer, seit 1982 Werksfahrer bei Honda, gewann gleich sein erstes WM-Rennen in der Kategorie bis 250 ccm – und das in der Manier eines Ausnahmekönners. Yamaha-Konkurrent Martin Wimmer, der den Konkurrenten bisher nur als Kollegen aus der Halbliter-Klasse kannte, war fassungslos: „Der driftet in den Kurven, so etwas kann man sich gar nicht vorstellen."

Wobei anzumerken ist, daß die Umstellung in eine andere Klasse gar nicht so einfach ist und deshalb meistens schiefgeht: Davon weiß Anton Mang ein Lied zu singen, als er es vor zwei Jahren vergeblich bei den 500ern versuchte – immerhin mit der Erfahrung eines viermaligen Weltmeisters. Und darüber könnte auch der Spanier Angel Nieto reden, der immerhin 13mal Weltmeister in den unteren Kategorien war. Nieto hatte vor den Rennen in Kyalami recht lauthals verkündet, wie er künftig in der Klasse bis 250 ccm als Umsteiger aufräumen würde. In Kyalami wurde der kleine Spanier jedoch immer kleinlauter, und fürs Rennen konnte er sich gar nicht erst qualifizieren.

Für Freddie Spencer, den Mann aus Shreeveport in Louisiana, scheint das alles nicht zu gelten. Denn Erfahrung ist alles, und Spencer hat sehr viel davon – obwohl er erst 24 Jahre alt ist. Seit seinem 13. Lebensjahr sitzt er im Rennsattel und in Amerika tummelte er sich bei Dirt-Track-, Moto-Cross- und Straßenrennen. Im Alter von 17 Jahren wurde er in der Viertelliter-Klasse bereits USA-Meister. Als ihm danach die japanische Firma Kawasaki einen Werksvertrag anbot, schlug Spencer ihn aus. Er war ihm nicht lukrativ genug.

Als er dann 1982 zu Honda ging, gelang ihm für den weltgrößten Zweirad-Produzenten die motorsportliche Wiederauferstehung. Am 4. Juli 1982, dem amerikanischen Unabhängigkeitstag, holte er auf der belgischen Grand-Prix-Strecke von Spa den ersten WM-Sieg für Honda seit 1967. Und 1983, mit 23 Jahren, war Spencer in der Halbliterklasse der jüngste Motorrad-Weltmeister der Geschichte.

Klar, daß die Honda-Manager zwecks geplanter Umsatzerhöhungen ihren Super-Star nun auch in der 250er-Kategorie einsetzen. Ob er davor Angst habe, wurde Spencer vor seinem Flug nach Südafrika daheim in Louisiana gefragt. Seine Antwort: „Ob Dirt Track, Superbike oder Grand Prix – mit der rechten Hand wird immer Gas gegeben." Ein Risiko bleibt der Einsatz in der Viertelliter-Klasse dennoch, denn nirgendwo drängeln sich so viele Weltklassefahrer wie in dieser Kategorie.

Super-Star Freddie Spencer: Zweiter wurde er in Kyalami in der Kategorie bis 500 ccm hinter Eddie Lawson. Der Doppelstart habe ihn doch mehr Kraft gekostet, als erwartet. Die Konkurrenten dürfen also wieder hoffen. K. Bl.

2. Liga

DIE ERGEBNISSE

Nürnberg – Offenbach	0:0	
Hertha BSC – St. Pauli	1:1	(0:1)
Freiburg – Stuttgart	1:0	(1:0)
Köln – Bürstadt	2:0	(0:0)
Hannover – BW Berlin	2:1	(2:0)
Homburg – Wattenscheid	2:0	(0:0)
Kassel – Oberhausen	1:0	(0:0)
Darmstadt – Aachen	3:1	(1:1)
Solingen – Ulm	2:0	(1:0)
Duisburg – Saarbrücken	2:0	(0:0)

DIE TABELLE

1.Kassel	25	15	5	5	50:34	35:15
2.Hannover	26	12	9	5	49:40	33:19
3.Aachen	26	12	8	6	45:34	32:20
4.Nürnberg	25	13	4	8	41:33	30:20
5.Solingen	25	13	3	9	45:42	29:21
6.Saarbrücken	23	12	4	7	48:30	28:18
7.Wattenscheid	25	11	5	9	41:41	27:23
8.Hertha BSC	23	9	8	6	35:30	26:20
9.Offenbach	26	9	7	10	31:36	25:27
10.Duisburg	25	9	6	10	43:42	24:26
11.Freiburg	25	8	8	9	28:29	24:26
12.Darmstadt	26	9	6	11	36:42	24:28
13.BW Berlin	25	8	7	10	44:43	23:27
14.Oberhausen	26	8	7	11	42:47	23:29
15.Köln	26	9	5	12	35:47	23:28
16.Homburg	24	9	3	12	36:37	21:27
17.Bürstadt	25	9	2	14	37:41	20:30
18.Stuttgart	25	7	5	13	29:37	19:31
19.St. Pauli	25	6	6	13	35:48	18:32
20.Ulm	26	5	8	13	36:53	18:34

DIE VORSCHAU

Freitag, 29. März, 20 Uhr: Aachen – Kassel, Wattenscheid – Darmstadt, Offenbach – Duisburg; **Samstag, 30. März, 15.30 Uhr:** BW Berlin – Nürnberg, Ulm – Homburg, Saarbrücken – Freiburg, Bürstdt – Solingen, Stuttgart – Köln; **Sonntag, 31. März, 15.00 Uhr:** Oberhausen – Hertha BSC, St. Pauli – Hannover.

FORMEL 1 / Ecclestone verlängerte Vertrag

Brabham fährt bis 1987 mit BMW-Turbo-Motoren

dpa, München

Der Formel-1-Rennstall von Bernie Ecclestone wird allen Spekulationen zum Trotz in den nächsten Jahren nicht mit dem neuen Ford-Turbo, sondern weiter mit dem bulligen 1,5 Liter-Vierzylinder-Turbo von BMW starten. In München gaben die Bayerischen Motoren Werke bekannt, daß das Engagement als Motorenlieferant über 1985 hinaus fortgesetzt wird und der Ende 1984 ausgelaufene Dreijahresvertrag bis 1987 verlängert worden ist. Auch der Arrows-Rennstall wird in der diesjährigen Weltmeisterschaft wieder mit BMW-Triebwerken ausgestattet werden.

Für das Brabham-Team des Brasilianers Nelson Piquet, der 1983 mit dem bayerischen Kraftprotz im Heck erster Turbo-Weltmeister werden konnte, hat Chefkonstrukteur Paul Rosche 25 Motoren aufgebaut, während in der Schweiz bei Heini Mader 16 Triebwerke für Arrows vorbereitet werden. Nach dem Pech zu Beginn der letzten Saison hat sich dabei Rosche für das Jahr der großen Revanche gegen den Porsche-Motor im McLaren-Weltmeisterteam von Niki Lauda einiges einfallen lassen. So soll eine digitale Motorelektronik das Ansprechverhalten des Turbo verbessern, den Verbrauch (220 Liter-Tank) reduzieren und die Standfestigkeit erhöhen. Der Ladedruck des KKK-Turbos wurde auf 3,4 bar festgelegt, sodaß der BMW-Motor 800 PS leistet. Neben Piquet steht bei Brabham der Franzose Francois Hesnault als Fahrer fest, bei Arrows starten Thierry Boutsen (Belgien) und Gerhard Berger (Österreich).

BMW selbst zieht sich mit seinem Werkteam aus der zuletzt 1984 bestrittenen Tourenwagen-Europameisterschaft zurück. „Es kann aber keine Rede davon sein, daß BMW den Tourenwagensport einstellt und seine Kunden und Partner auf dem Trockenen sitzenläßt", erklärte Wolfgang-Peter Flohr, der Vorsitzende der Motorsport GmbH. Delegiert wurde auf diesem Sektor die Vertretung an den Tuner Schnitzer, der mit den 635 CSI u.a. in der deutschen Produktionswagenmeisterschaft und in der Tourenwagen-Europameisterschaft startet. „Wir werden neue, seriennahe Fahrzeuge entwickeln", kündigte Flohr an und verwies auf den neuen M5 sowie einen neuen Wagen aus der Dreier-Serie, ein Gruppe A-Modell unter dem Zeichen M3. Für diesen Bereich wurde eine zusätzliche Hauptabteilung gegründet.

LEICHTATHLETIK / Ein neuer Präsident

Eberhard Munzert löst nach 15 Jahren August Kirsch ab

H.-H. MÄDLER, Bielefeld

Eberhard Munzert ist in Bielefeld als Nachfolger von August Kirsch zum neuen Präsidenten des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV) gewählt worden. An seinem 53. Geburtstag erhielt Munzert als einziger Kandidat alle 169 Delegiertenstimmen. Nach 15 Amtsjahren hatte der 59jährige Kirsch, der auch Vizepräsident des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) für Deutschland ist, wegen seiner „weiter angewachsenen Aufgaben im internationalen Bereich" auf eine erneute Kandidatur verzichtet.

Nach seiner Wahl erklärte Munzert, als promovierter Jurist Staatssekretär im Innenministerium von Nordrhein-Westfalen, daß im DLV als Verband des Leistungs-, Breiten- und Freizeitsports alle drei Bereiche ihren eigenen Wert haben und zu ihrem Recht kommen sollen. Der Leistungssport sei die „Visitenkarte, die den Wert der Sportart nach außen mitbestimmt". Doch nur der Breitensport könne den Leistungssport vorantreiben. Er wolle sich künftig auch verstärkt um den Freizeitsport kümmern, sagte Munzert, dem „in einer Zeit wachsender Freizeit und steigender Lebenserwartung besondere Bedeutung zukommt".

Kirsch hatte am Vormittag in einem Festvortrag vor den Gefahren der zunehmenden Professionalisierung des Spitzensports für die organisatorische Einheit des Sports gewarnt. Zugleich äußerte er Zweifel, daß ein „Vertragsathlet auf Zeit" erforderlich ist, um den Spitzensport der Bundesrepublik konkurrenzfähig zu halten. Unabhängig davon setzte sich Kirsch für den sofortigen Beginn der Perspektivplanung mit jungen Athleten für die Olympischen Spiele 1988 ein. Kirsch: „In sogenannten Karriereplänen müssen die sportliche Verbesserung und die optimale schulische oder berufliche Verpflichtung aufeinander abgestimmt werden."

Der Präsident des Nationalen Olympischen Komitees (NOK), Willi Daume, würdigte Kirsch als einen „international anerkannten, progressiven und hilfsbereiten Sportführer". Neben dem Präsidenten wählte der 32. DLV-Verbandstag mit Manfred Steinbach, dem Olympia-Vierten im Weitsprung 1960, einen neuen Breitensportwart und mit Winfried Joch einen neuen Sportwart. Die übrigen acht Präsidiumsmitglieder wurden in ihren Ämtern bestätigt. (dpa)

TENNIS / 15. Masters-Turnier der Damen

Kohde/Sukova fehlten im Doppel nur zwei Punkte

sid, New York

15 786 Tennisfans im ausverkauften New Yorker Madison-Square Garden tobten vor Begeisterung, und die sieggewohnte Martina Navratilova mußte nach dem vorletzten Spiel des 15. Masters-Turniers gleich zweimal bekennen, „eine ganze Menge Glück gehabt" zu haben. Die weltbeste Spielerin und Titelverteidigerin erreichte zunächst erst nach Abwehr je eines Satzballs in beiden Durchgängen in 99 Minuten mit 7:5, 7:6 über die Tschechoslowakin Hana Mandlikova zum achten Mal in Folge und zum neunten Mal insgesamt das Endspiel des seit 1971 ausgetragenen Turniers. Fünfmal hat sie es bereits gewonnen.

Anschließend fehlten Claudia Kohde aus Saarbrücken und Helena Sukova (CSSR) nur zwei Punkte zum Sieg im Doppel-Endspiel, das Martina Navratilova mit Pam Shriver schließlich mit 6:7, 6:4, 7:6 gewann. „Martina sollte heute vielleicht noch in der Lotterie spielen", knurrte selbst die ansonsten eher friedliche Helena Sukova.

11 500 Dollar Preisgeld (dazu kamen die 7500 Dollar nach der Niederlage im Einzel gegen Helena Sukova) konnten die Weltranglisten-Neunte und Internationale Meisterin von Deutschland, Claudia Kohde, nicht über die erneute Niederlage im Duell der vier vielleicht aufschlagstärksten Damen der Welt hinwegtrösten. „Es ist wie verhext, neben allem Können haben die anderen in den entscheidenden Momenten immer unheimlich viel Massel", schimpfte die 21jährige nach dem 5:7 im Tiebreak des Schlußsatzes. Für Shriver/Navratilova, die je 22 500 Dollar kassierten, war es der 46. Titel und der 90. Sieg (insgesamt 212 Siege in 220 Spielen seit 1981) in ununterbrochener Reihenfolge.

Doch auch die Bilanz der erst seit dem letzten Herbst regelmäßig zusammenspielenden Kohde/Sukova kann sich sehen lassen. Sie erreichten bei neun Starts sechsmal das Finale, gewannen dreimal, und standen bei den restlichen drei Turnieren jeweils im Halbfinale. Claudia Kohde, im Einzel 1985 mit zwei Erstrunden-Niederlagen in Washington und Delray Beach sowie zwei Viertelfinal-Teilnahmen in Oakland und Dallas nicht eben vom Glück verfolgt, weist zusätzlich zum Abschluß der Saison 1984/85 als zweitbeste Doppelspielerin der Welt noch weitere fünf Finalteilnahmen mit Hana Mandlikova bei zwei Siegen auf.

NACHRICHTEN

Girardellis elfter Sieg

Heavenly Valley (sid) – Gesamtweltcup-Sieger Marc Girardelli gewann im kalifornischen Heavenly Valley den siebenten Slalom und sein elftes Rennen in dieser Saison. Die Schweizerin Erika Hess kam zu ihrem zweiten Saisonsieg. Viermal gab es Punkte für die deutschen alpinen Skiläufer: Traudl Hächer verbesserte sich durch einen elften Rang im Slalom im Gesamtweltcup auf die 15. Position, Floria Beck kam auf den gleichen Rang, Stefan Pistor und Peter Namberger belegten die Plätze 14 und 15.

Becker/Amritraj verloren

Rotterdam (sid) – Boris Becker und sein indischer Partner Vijay Amritraj haben das Doppelfinale beim mit 315 000 Dollar dotierten Tennis-Grand-Prix-Turnier in Rotterdam knapp verpaßt. Sie unterlagen in der Vorschlußrunde Gerulaitis/McNamee (USA/Australien) mit 6:7, 6:7.

Kubanerin warf über 70 m

Havanna (dpa) – Als erste Frau des amerikanischen Kontinents hat die Kubanerin Maritza Marten (21) in Havanna mit dem Diskus die 70-m-Marke übertroffen. Sie erzielte bei einem Leichtathletik-Sportfest eine Weite von 70,50 m. Der Weltrekord von Zdena Silhava (CSSR) steht bei 74,56 m.

Helmick Kellys Nachfolger

Colorado Springs (sid) – Robert H. Helmick, der Präsident des Schwimm-Weltverbandes (FINA), ist Nachfolger des am 2. März verstorbenen John Kelly als Vorsitzender des Nationalen Olympischen Komitees der USA. Die Entscheidung fiel nach einem Mehrheitsbeschluß des 82 Mitglieder starken Exekutiv-Komitees.

Henkel und Beyermann

Bochum (sid) – Der Kölner Rainer Henkel gewann bei den deutschen Schwimm-Meisterschaften über die langen Strecken in Bochum die 800 m Freistil in 8:19,5 Minuten. Der 21 Jahre alte Bundeswehr-Soldat entthronte damit Stefan Pfeiffer (Hamburg), der drei Zehntelsekunden langsamer war. Über 1500 m setzte sich die Kölnerin Ina Beyermann in 17:06,2 Minuten durch.

Turnfeste alle vier Jahre

Koblenz (dpa) – Deutsche Turnfeste – bis 1983 im Fünf-Jahres-Rhythmus veranstaltet – sollen zukünftig alle vier Jahre stattfinden. Das beschloß die Hauptversammlung des Deutschen Turner-Bundes in Koblenz. Der Einstieg in diesen Turnus ist für 1994 geplant.

Slоothaak gewann

Genf (sid) – Frank Sloothaak gewann mit Warkant das zehnte von insgesamt zwölf Weltcup-Springen der Reiter. Sloothaak blieb in Genf als einziger von fünf Reitern im zweiten stechen fehlerfrei und siegte mit 31,61 Sekunden vor dem Franzosen Frederic Cottier, der auf Flambeau C zwar in 30,68 Sekunden schneller war, jedoch am letzten von insgesamt sechs Hindernissen einen Abwurf hatte. Dritter wurde der Schweizer Willi Melliger auf Van Gogh in 32,14.

Nykänen Weltcup-Sieger

Strbske Pleso (sid) – Der Finne Matti Nykänen gewann in Strbske Pleso (CSSR) das Ski-Springen von der Großschanze und verteidigte damit auch den Weltcup-Gesamterfolg aus dem vergangenen Jahr vor dem Österreicher Andreas Felder. Nykänen siegte zum Abschluß vor den Österreichern Vettori, Schallert und Neuländer.

Langer auf Rang 15

Las Vegas (sid) – Golf-Profi Bernhard Langer liegt beim 950 000 Dollar dotierten internationalen Turnier in Las Vegas Nevada nach vier von fünf Runden auf dem 15. Rang. Langer benötigte für die vierte Runde 71 Schläge und hat bei nun insgesamt 230 Schlägen genau zehn Versuche mehr, als der führende Amerikaner Tom Watson.

Wieder die „Isar-Nixen"

Osnabrück (sid) – Gerlinde Scheller (DJK St. Tönis) gewann bei den 29. Deutschen Meisterschaften der Kunstschwimmerinnen in Osnabrück mit 187, 283 Punkten den Titel im Solo-Wettbewerb. Im Duett und in der Gruppe gab es für die „Isar-Nixen" aus München Meistertitel Nummer 74 und 75.

Ashford wird Mutter

Rom (sid) – Evelyn Ashford, amerikanische Olympiasiegerin und Weltrekordlerin über 100 m, wird in diesem Jahr keinen Start bestreiten, weil sie ein Baby erwartet. 1986 will Evelyn Ashford dann den Weltrekord über 200 Meter brechen.

6:0 über Polen

Belchatow (sid) – Die Junioren-Auswahl „Unter 16 Jahren" des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) gewann ihr letztes Qualifikationsspiel zur Europameisterschaft in Belchatow gegen Polen mit 6:0 (2:0). Dabei erzielte Markus Osthoff (SV Saar Saarbrücken) gleich drei Tore. Die weiteren Torschützen: Schöfer (Stuttgart), Schlichting und Simon (beide Frankfurt).

Die deutsche Meisterschaften im Tischtennis, Volleyball und Basketball

Titel und Olga Nemes gewonnen

sid/dpa, **Saarbrücken**

Vier Jahre nach dem Bundesliga-Aufstieg haben die Tischtennis-Spielerinnen des ATSV Saarbrücken ihr Ziel erreicht. Nach ihrem 9:3-Sieg über den MTV Stuttgart stehen sie bereits vor Abschluß der Bundesliga-Saison als deutscher Meister fest. Mit 29:1 Punkten sind sie an den letzten drei Spieltagen von der Konkurrenz nicht mehr einzuholen.

Von neun möglichen nationalen Meister-Titeln haben Saarbrückener Spieler jetzt sieben errungen. Vorerst letztes Glied der in kürzester Zeit geschmiedeten Erfolgskette ist die Frauen-Mannschaft, die nach dem Gewinn des DTTB-Pokals im Dezember erstmals auch das Double aus Meisterschaft und Pokal erreichte. „Saarbrücken und der ATSV sind eindeutig die Hochburg in unserem Land", hatte Hans-Wilhelm Gäb, Präsident des Deutschen Tischtennis-Bundes (DTTB), schon Ende Januar behauptet, als die Saarbrückener Herrenmannschaft Pokalsieger geworden war. Waren damals noch die Männer gemeint, so gilt der Satz inzwischen auch für die Frauen.

Und die Erfolge scheinen für die nächste Zukunft gesichert, denn jetzt folgte auch Olga Nemes dem Ruf an die Saar. Die 16jährige gebürtige Rumänin, ehemalige Gewinnerin des europäischen Ranglisten-Turniers Top 12, ist eine Spielerin von internationaler Klasse. Sie spielt seit November 1983 für den MTV Stuttgart und will in Deutschland bleiben. Meldungen über einen geplanten Wechsel nach Schweden entkräftete sie am Samstag mit der Unterzeichnung eines Zwei-Jahres-Vertrag mit dem ATSV Saarbrücken. „Ihr Ziel ist, Weltmeisterin und Olympiasiegerin zu werden. In Saarbrücken findet sie einfach optimale Bedingungen vor", begründete Rudolf Sumper den Wechsel. Der Tischtennisspieler des SSV Reutlingen ist Vormund von Olga Nemes, die in der Bundesliga noch ungeschlagen ist und in der europäischen Rangliste Platz drei belegt.

.5 Nach dem Wechsel von Olga Nemes spielen in der kommenden Saison drei der besten fünf deutschen Spielerinnen für den ATSV. Außer der jungen Rumänin sind es noch Annette Greisinger und die Deutsche Meisterin Susanne Wenzel. Eine gekaufte, keine gewachsene Mannschaft. Produkte der Zielstrebigkeit, Cleverneß und Finanzkraft, mit der Manager Geog Rebmann (39) den sportlichen Erfog plante. „Bei uns stimmt eben alles", behauptet Rebmann und verweist auf den äußeren Rahmen: Drei hauptamtliche Trainer, eine eigene Geschäftsstelle, in der Innenstadt ein Wohnhaus für die Spieler. Gesamtetat pro Saison: 600 000 Mark. Das verschafft dem ATSV den entscheidenden Vorsprung zur Konkurrenz.

Augsburg: SV Lohhof abgelöst

sid/dpa, **Augsburg**

Nur drei Jahre währte die Dominanz des SV Lohhof. Jetzt wurden die Münchner Volleyballspielerinnen als deutsche Meister von der TG Viktoria Augsburg abgelöst. Mit einem 3:0-Erfolg beim VfL Oythe baute Augsburg seinen Vorsprung in der Bundesliga soweit aus, daß die Meisterschaft bereits jetzt gesichert scheint. „An den Titelgewinn hätten wir im Traum nicht geglaubt. Wir sind mächtig stolz," gestand Peter Götz, Trainer, Manager und Abteilungsleiter.

Sein Stolz hat einen konkreten Hintergrund. Denn in der verbalen Auseinandersetzung mit Lohhofs Trainer Andrzej Niemczyk, die zuletzt für Schlagzeilen gesorgt hatte, schien er dem Konkurrenten oft unterlegen. Sportlich aber hatte Götz offensichtlich die besseren Argumente. Innerhalb von fünf Jahren gelang ihm mit der Viktoria der Aufstieg von der Regionalliga zur deutschen Meisterschaft: „Wir sind aus kleinsten Anfängen nach oben gekommen. Mit nur wenigen Spielerinnen."

Doch die Zeit der Eigengewächse ist vorbei. In der Saison 1982/83 kam die damalige Rekord-Nationalspielerin Silvia Laug-Meiertöns vom SV Lohhof nach Augsburg. Mit ihr gelang der Aufstieg in die Bundesliga. Götz: „Da mußten wir uns einfach verstärken, um eine gute Rolle zu spielen. Das warnende Beispiel anderer Aufsteiger, die dann wieder in der Versenkung verschwanden, stand uns vor Augen. Nachdem wir soweit gekommen waren, wollten wir mehr."

Es wurde mehr. In der ersten Liga belegte Augsburg im letzten Jahr auf Anhieb Platz vier, in diesem Jahr gelang der Gewinn des CEV-Cups und jetzt die deutsche Meisterschaft. Die Spielerinnen fahren inzwischen mit Nobelautos ihres Sponsors Jaguar zu den Spielen. Augsburg wurde zum Geheimtip für einige Lohhofer Spielerinnen, die mit dem eigenwilligen Trainer Niemczyk nicht mehr auskamen. Neben Silvia Laug-Meiertöns spielen inzwischen auch Danuta Niemitz und Regina Vossen bei der Viktoria. Weitere Verstärkungen waren zu Saisonbeginn die Nationalspielerinnen Ae Hee-Kim (Südkorea) und Gabi Buzas (Ungarn).

Eine hochklassige Mannschaft, doch von der Meisterschaft war lange nicht die Rede. „Ich konnte erst ab September mit der ganzen Mannschaft trainieren. Was wir mit zwölf Trainingsstunden in der Woche gegenüber 24 des SV Lohhof geschafft haben, ist schon toll," verteilt Peter Götz noch einen Seitenhieb nach Lohhof. Der Augsburger Trainer wähnt sich auf dem richtigen Weg und findet Bestätigung in der einmaligen Zuschauerresonanz. Über 14 000 Besucher sahen bisher die Heimspiele: Rekord in der Frauen-Bundesliga.

Berliner verloren die Nerven

sid/dpa, **Berlin**

Der Sekt steht schon kalt, das Buffet ist bestellt, die Einladungskarten zur Meisterfeier wurden vorsorglich schon verschickt: Die Basketballspieler des TSV Bayer Leverkusen sind vom Gewinn der deutschen Meisterschaft überzeugt. Erstmals nach 1979 können sie den Titel wieder in die ehemalige Basketball-Hochburg Leverkusen holen. Im ersten von maximal drei Endspielen wurden optimale Voraussetzungen für den sechsten Titelgewinn in der Vereinsgeschichte geschaffen.

Mit 73:62 (32:27) besiegte Leverkusen in Berlin den DTV Charlottenburg, der dem TSV Bayer zuvor schon in zehn Bundesligaspielen achtmal unterlag. Trotz frenetischer Unterstützung von rund 3000 Zuschauern fand Charlottenburg nicht zu der Form, in der die Mannschaft den Meisterschafts-Favoriten BSC Saturn Köln ausgeschaltet hatte. Enttäuschend vor allem die Leistungen von Lutz Wadehn und Joe Malis, die weit unter ihren Möglichkeiten spielten und sich ebensowenig wie ihre Mitspieler von der allgemeinen Nervosität befreien konnten.

Das Team war dem plötzlichen Erfolgsdruck psychisch nicht gewachsen. Vor dem Spiel mußten die Spieler tagelang ungewohnten Presserummel ertragen und während des ersten Finales herrschte in der Sömmering-Halle eine tollhaus-ähnliche Atmosphäre: High-School-Cheerleaders heizten die Stimmung an, ein Fan trommelte auf riesiger Pauke brasilianische Samba-Rhythmen.

Übersicht in diesem Durcheinander behielten nur die Gäste aus Leverkusen. Sie hatten seit dem Trainerwechsel am vierten Spieltag unter dem neuen Coach Jim Kelly nur ein Spiel verloren und traten entsprechend selbstbewußt auf. Herausragend: Uwe Brauer und Spielmacher Christoph Körner, zwei von vier aktuellen Nationalspielern beim TSV Bayer. Dank ihrer Cleverneß überstanden sie auch die Charlottenburger Drangperiode, in der der DTV den Rückstand auf 45:47 verkürzen konnte. Als anschließend jedoch Burkhardt Schröder, der einzige gebürtige Berliner im Charlottenburger Team, nach seinem fünften Foul des Feldes verwiesen wurde, resignierten die Berliner.

Das zweite Endspiel wird nun endgültig am Mittwoch (27. März) um 20 Uhr in Leverkusen stattfinden, weil Charlottenburg einem Bayer-Vorschlag auf Spielverlegung nicht zustimmte. Wegen der Fernseh-Übertragung des Fußball-Länderspiels wollte Leverkusen erst am Donnerstag spielen, was aus Berlin jedoch unter Hinweis auf organisatorische Schwierigkeiten im Falle eines dritten Spieles am Samstag (30. März) abgelehnt wurde.

Sport in Zahlen ... Sport in Zahlen ...

FUSSBALL

„DDR"-Pokal, Halbfinale: Dresden – Frankfurt 0:2, Dynamo Berlin – Magdeburg 3:4. – **Erste englische Division,** 31. Spieltag: Coventry – Watford 3:1, Everton – Arsenal 2:0, Leicester – West Ham 1:0, Luton – Queens Park 2:0, Manchester United – Aston 4:0, Stoke – Nottingham 1:4, Tottenham – Southampton 5:1, Bromwich – Liverpool 0:5, Ipswich – Newcastle 1:1. – Tabellenspitze: 1. Everton 63:32 Tore/60 Punkte, 2. Tottenham 60:30/60, 3. Manchester United 59:35/56, 4. Arsenal 51:40/52. – **WM-Qualifikation,** Asien, Gruppe 1, Untergruppe B: Qatar – Libanon 7:0; Gruppe 2, Untergruppe A: Syrien – Kuwait 1:0.

BASKETBALL

Bundesliga-Qualifikation, Herren, 9. Spieltag, Gruppe Nord: Oldenburg – Wolfenbüttel 102:48. – Gruppe Süd: Bayreuth – Langen 84:82, Bamberg – München 95:101. – **Play-Off-Finale,** Herren: Charlottenburg – Leverkusen 62:73; um Platz drei: Köln – Göttingen 78:80; um Platz fünf: Gießen – Bamberg 71:67; um Platz sieben: Hagen – Osnabrück 78:80.

BOXEN

Bundesliga, 8. Wettkampftag: Ahlen – München 14:13, Württemberg – Frankfurt 13:13.

EISHOCKEY

Bundesliga-Qualifikation, 15. Spieltag: Bayreuth – Rießersee 4:4, Berlin – Frankfurt 5:2, Bad Tölz – Duisburg 4:4, Essen-West – Füssen 12:3, Krefeld – Augsburg 8:4. – **B-WM** in Fribourg (Schweiz): Holland – Polen 3:4, Italien – Holland 5:2, Japan – Norwegen 8:5.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 19. Spieltag: Lemgo – Schwabing 22:20, Hofweier – Dankersen 25:25, Weiche-Handewitt – Hüttenberg 27:25, Reinickendorf – Großwallstadt 29:29. – **Bundesliga,** Frauen, 17. Spieltag, Gruppe Nord: Eilbeck – Uerdingen 15:16, Hannover – Herzhorn 21:13, Minden – Engelskirchen 14:21, Kiel – Oldenburg 15:23, Leverkusen – Jarplund-Weding 23:13. – Gruppe Süd: Frankfurt – Sindelfingen 22:15, Malsch – Auerbach 14:16, Lützellinden – Berlin 23:17.

WASSERBALL

Bundesliga, 5. Spieltag: Hamm – Würzburg 13:3, Düsseldorf – Duisburg 98 9:12, ASC Duisburg – Hannover 11:5, Hohenlimburg – Offenbach 7:9, Esslingen – Spandau 4:16, Cannstatt – Hamburg 15:6.

SKI ALPIN

Letzter Weltcup-Slalom der Damen in Heavenly Valley (USA): 1. Hess (Schweiz), 2. Pelen (Frankreich), 3. M. Tlalka (Polen), 4. Gadient (Schweiz), 5. McKinney (USA), 6. Kronbichler (Österreich), ...11. Hächer, ...16. Epple-Beck (beide Deutschland). – Endstand im Slalom-Weltcup: 1. Hess 100 Punkte, 2. KcKinney 93, 3. Pelen 89, 4. Quario (Italien) 75, 5. Epple-Beck und Gadient je 67, ...25. Hächer 11. – Endstand im Gesamt-Weltcup: 1. Figi- 2259 Punkte, 2. Örtli 218, 3. Walliser 197, 4. Hess und Kiehl je 168, ...12. Epple-Beck 106, .. 15. Hächer 89, .. 18. Gerg 70, .. .31. Mösenlechner 540, ... 35. I. Epple 35, .. .45. Dedler 24, .. 50. Stotz 18, ... .64. Wiesler 9 (alle Deutschland). – **Weltcup-Slalom** der Herren in Heavenly Valley: 1. Girardelli (Luxemburg) 1:48,66, 2. Frommelt (Liechtenstein) 1:50,40, 3. Zoller 1:50,74, 4. Heidegger (beide Österreich) 1:50,78, 5. Zurbriggen (Schweiz) 1:51,11, 6. Tötsch (Italien) 1:51,45, ...11. Beck 1:54,52, ...14. Pistor 1:55,05, 15. Namberger (alle Deutschland) 1:56,44.

SKISPRINGEN

Weltcup-Finale in Strbske Pleso (CSSR), 70-m-Schanze: 1. Nykänen (Finnland) 221,0 Punkte (85+88,5), 2. Schallert (Österreich) 219,6 (84,5+87,5), 3. Opaas (Norwegen) 218,4 (86+86,5), 4. Kalso (Finnland) 214,9 (83+87), 5. Tepes (Jugoslawien) 211,2 (84+84), 6. Weisflog („DDR") 210,1 (82,5+84,5).

MOTORRAD

Großer Preis von Südafrika in Kyalami, erster von zwölf Läufen zur WM: Klasse bis 500 ccm (30 Runden = 123,1 km): 1. Lawson Yamaha 42:58,0, 2. Spencer (beide USA) Honda 43:02,9, 3. Gardner (Australien) Honda 43:20,8, 4. Haslam (England) Honda 43:23,4, 5. Mamola (USA) Honda 43:41,8, 6. Sarron (Frankreich) Yamaha 43:49,6, ...14. Reiner (Deutschland). – Bis 250 ccm (28 Runden = 114,9 km): 1. Spencer Honda 41:56,3, 2. Mang (Deutschland) Honda 42:03,4, 3. Rademeyer (Südafrika) Yamaha 42:03,8, 4. Lavado (Venezuela) Yamaha 42:10,9, 5. Wimmer (Deutschland) Yamaha 42:29,0.

BILLARD

43. WM im Dreiband in Amersvoort (Holland), erste Runde: Gruppe A: van Bracht (Holland) – Hertli (Schweiz) 50:39, Theriaga (Portugal) – Marty (Frankreich) 49:50. – Gruppe B: Ceulemans (Belgien) – Samsinger (Österreich) 50:31, Thögersen (Dänemark) – Vierat (Frankreich) 40:50, – Gruppe C: Dielis (Belgien) – Virtanen (Finnland) 50:30, Quetlas (Spanien) – Blomendahl (Schweden) 44:50. – Gruppe D: Müller (Deutschland) – Monticcilo (Italien) 50:31, Weyenburg (Holland) – Stenzel (Österreich) 60:50.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Rotterdam, Doppel, Halbfinale: Gerulaitis/ McNamee (USA/Australien) – Becker/ Amritraj (Deutschland/Indien) 7:6, 7:6. – **Masters-Turnier** der Damen in New York, Einzel, Halbfinale: Sukova (CSSR) – Rinaldi (USA) 6:4, 6:2, Navratilova (USA) – Mandlikova (CSSR) 7:5, 7:6, – Doppel, Finale: Shriver/ Navratilova (USA) – Kohde/Sukova (Deutschland/CSSR) 6:7, 6:4, 7:6.

CURLING

WM der Damen in Jönköping (Schweden), Finale: Kanada – Schottland 5:2, Spiel um Platz 3: Schweiz – Schweden 6:4, 5. Deutschland, 6. Dänemark, 7. Norwegen, 8. Frankreich, 9. USA, 10. Italien.

SYNCHRONSCHWIMMEN

Deutsche Meisterschaften in Osnabrück, Duett: 1. Lang/Füßl (München) 177,959 Punkte, 2. Friedrich/Jorkisch (Berlin) 167,958, 3. Silke und Kerstin Hohlstein (Willich) 167,717.

REITEN

CSI in Genf, zehntes von zwölf Weltcup-Springen, 34 Starter, fünf im zweiten Stechen: 1. Sloothaak (Deutschland) Markant 0 Fehlerpunkte/31,61 Sek., 2. Cottier (Frankreich) Flambeau C 4/30,68, 3. Melliger (Schweiz) van Gogh 4/32,14, 4. McVean (Australien) Fürst 4/33,13, 5. Eriksson (Schweden) Zorro 4/34,55, alle im 2. Stechen. – Stand im Weltcup: 1. Schockemöhle (Deutschland) 89 Punkte, 2. Melliger 86, 3. Skelton (England) 82, 4. Cottier 74, 5. Simon 69, 6. Frühmann (beide Österreich) 66, ...10. Rüping 58, 11. Sloothaak 52, ...16. Luther 36, .. 18. Ligges (alle Deutschland) 34. – **Zweipferde-Springen:** 1. Melliger Beethoven und Nobility 111,68 Sek., 2. Smith (England) Technology und Cadnica 114,62, 3. Luther Lucky und Mary 120,71, 4. Slotthaak Landwind und Whisky 123,20, 5. Fuchs (Schweiz) Cordon Rouge und Charme 127,91.

GALOPP

Rennen in Neuss: 1. R.: 1. Full Licence (P. Remmert), 2. Alitrea, 3. My Love's Dream, Toto: 24/15, 15, –, ZW: 80, DW: 224, 2. R.: 1. Blauer Stern (H. Strompen), 2. Burgos, 3. Oceanic, Toto: 44/13, 15, 15, ZW: 156, DW: 672, 3. R.: 1. Mio Caro (G. Bocskai), 2. Germinal, 3. Radius, Toto: 40/22, 21, –, ZW: 144, DW: 256, 4. R.: 1. Magellan (M. Hofer), 2. Flammenstoß, 3. Oelsalve, Toto: 44/15, 19, 26, ZW: 240, DW: 3004, 5. R.: 1. Winnetou (J.C. Dettori), 2. Abaco, 3. Bissus, Toto: 120/54, 30, –, ZW: 340, DW: 880, 6. R.: 1. Argentus (L. Mäder), 2. König Pallasch, 3. Gipsy Boy, Toto: 60/18, 26, 15, ZW: 668, DW: 2356, 7. R.: 1. Wennemar (Frl. V. Furler), 2. Lobster, 3. Kai, Toto: 13/13, 15,–, ZW: 24, DW: 28, 8. R.: 1. Pura Agua (R. Suerland), 2. Ginsterlied, 3. Schlitzohr, Toto: 60/22, 17, 14, ZW: 428, DW: 1976.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 5, 12, 22, 23, 33, 37, **Zusatzzahl:** 18. – **Spiel 77:** 2 7 1 8 8 2 8. – **Toto, Elferwette:** 2, 1, 1, 1, 1, 0, 0, 2, 1, 1, 1. (Ohne Gewähr).

Sie liebt Apollinaire und Oscar Wilde: Die Filmregisseurin Ulrike Ottinger

Freaks bis zum Exzeß ausgelebt

Patricia Highsmith, die Amerikanerin in Paris, schrieb ihr 1975 begeistert, ihr Film „Die Betörung der blauen Matrosen", ihr zweiter, sei schlicht „wunderbar". Andy Warhol ließ sie samt Freundin Tabea Blumenschein für sein Blatt „Interview" befragen. Sie selbst hat in München und Paris Kunst studiert, als Malerin und Fotografin gearbeitet und aus ihrem Hang zum Happening eine Liebe zum Filmen gemacht, die nicht ungeteilt rezipiert wird.

Sie liebt Goya, Oscar Wilde und Apollinaire, hat einen saftigen Hang zum Dekadenten, zu Freaks, Underdogs und benachteiligten Frauen und betreibt mit Freundin Tabea, die sonst selbstgebastelte Pullover für Höchstpreise unters zahlende Berliner Volk bringt, von ihrer Schöneberger Altbauwohnung aus so etwas wie eine „Factory", aus der am laufenden Band seltsame Filme spulen, erst – 1972 – der schwarz-weiße „Laokoon und Söhne", dessen Heldin Esmeralda del Rio ähnlich wie Ezra Pounds „Histrion" die Identität verschiedenster Figuren anzunehmen vermag – eine Obsession, die die Filmerin Ulrike Ottinger (42) nach den „Matrosen", nach „Madame X – eine absolute Herrscherin" und nach dem „Bildnis einer Trinkerin" in ihrem Streifen „Freak Orlando" bis zum Exzeß auslebt – für viele ein Scandalon, für das die Ottinger sich diesmal der Figur Virginia Woolfs angenommen hat, in deren „Orlando"-Roman die Heldin mal männlich, mal weiblich durch mehrere Jahrhunderte eilt und dabei eine „Geschichte der Außenseiter" (Ottinger) aufblättert, von mythologischer Vorzeit (in ein Kaufhaus versetzt) über den Horror der Inquisition bis zu den Verfolgten des Nazi-Regimes, darunter Walter Benjamin, Else Lasker-Schüler und Carl Einstein, und zu den Freaks, den Entstellten à la „Elefantenmensch", den Krüppeln

Freak Orlando – ZDF, 23,00 Uhr

und Winzlingen, die auf ihre Weise Verfolgte des sogenannten Normalbürgers sind.

Dies, in zum Teil bestechend eindrucksvolle, zum Teil blankweg abstoßende Bilder gesetzt, mutet Ulrike Ottinger in ihrem „Freak Orlando" dem Publikum gute zwei Stunden zu – ein Experiment, das ihr Herzensbedürfnis ist.

Beim 5. Internationalen Frauen-Film-Festival in Sceaux bei Paris erhielt der „Orlando" Anfang 1983 den zweiten Preis.

Man hat der Ulrike Ottinger „Möchtegern-Avantgarde" und „Exaltationen" vorgeworfen, hat sie „eine Regisseurin" genannt, „die auszog, die alten Mythen zu killen", hat sie aber auch zur Erfinderin von Orgien der Phantasie gemacht, die „vernarrt" sei in ihr „grausames Werkzeug" – das Bild weit mehr als den Dialog, die assoziative Montage mehr als das logische Kontinuum.

Immerhin, der zuständige Herr Minister scheint die Arbeitsweise der Wahl-Berlinerin verstanden zu haben. Wie sonst käme er dazu, ihr 1,6 Mill. Mark an Filmförderung (für „Orlando") gewährt zu haben?

Das sei zwar eine ganze Stange Geld, gibt sie gern zu, aber für eine Phalanx von 130 Schauspielern, neben der Montezuma und Delphine Seyrig ein ganzer Stab Laiendarsteller, für die die zum Großteil „freakigen" Kostüme eigens geschneidert worden seien, am Ende so viel auch nicht.

Ihr neuester „Freak" ist einem anderen literarischen Helden entsteißt, nämlich Oscar Wilde. „Dorian Gray im Spiegel der Boulevardpresse" ist der launige Titel ihres neuen Werks. Veruschka von Lehndorff („Blow Up") spielt den narzistischen Helden, Delphine Seyrig mimt eine Frau Dr. Mabuse, und außerdem mischt natürlich auch wieder Tabea mit, flankiert von Irm Hermann, Magdalena Montezuma, Wolf Vostell und Barbara Valentin. Den buckligen Kammerdiener von Dorian spielt ein chinesischer Japaner, der im Film auf den Namen „Hollywood" hört. Warum nur, warum?

ALEXANDER SCHMITZ

KRITIK

Die Wunderwelt der Fragen

Es ist gewißlich wahr: Das Fernsehen ist schon lange erfunden, wahr ist auch, daß das Fernsehquiz schon lange erfunden ist. Was also konnte unser aller Hans Rosenthal Neues anbieten mit: **Gefragt – gewußt – gewonnen?** (ZDF). Er selber, munter und höflich, korrekt und clever, war der, der er immer ist, eben Hans Rosenthal, ein Markenartikel von stets gleichbleibender Güte und Temperatur; so etwas Fernsehgerechtes wäre noch einmal ganz sicher nicht zu erfinden.

Sein neues Quiz ist wie er: Zwar haben wir das alles schon einmal und hundertmal gehabt, mit Verlaub, aber etwas anderes will auch uns nicht einfallen. Fragen also und Antworten, Preise und Trostpreise, wer schneller ist, kriegt mehr, der langsamere Quizzer nimmt den Trost des Spielmeisters und einen tröstlicheren Haushaltsgegenstand mit, dann kommt der nächste Zug durch die Wunderwelt der Fragen, oder ein professioneller Hausfrauenliebling singt uns eins.

Das Spiel ist ein Spiel, und wer keinen Spaß daran hat, kann es ja auch bleiben lassen. Aber dann entgeht ihm der schöne Blick auf das altertümliche Fassadenbild des Marktes von Osterrode, denn das Neue an dieser Fragestunde ist, daß sie jeweils in einer anderen deutschen Kleinstadt veranstaltet wird. Das nächste Quiz ist in Maulbronn.

REGINA ROSTOW

STUDIO

Radio Bremen hat jetzt zum 12. Mal seinen **Wettbewerb der Fernseh-Regionalprogramme** ausgeschrieben. Eingeladen wurden alle öffentlich-rechtlichen oder privaten – Veranstalter deutschsprachiger Regionalprogramme.

Die Wettbewerbsbeiträge können wieder in drei Kategorien eingereicht werden: kurze Beiträge bis zu sechs Minuten Sendelänge, aktuelle Reportagen und Berichte bis zu 30 Minuten, Präsentation und Moderation ganzer Magazine. Radio Bremen hat Preise in einer Gesamthöhe von insgesamt 18 000 Mark vorgesehen. Einsendeschluß ist der 4. April; die Preisverleihung findet am 10. Mai dieses Jahres in Bremen statt.

agi

ARD

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Bartolomé
oder die Rückkehr der weißen Götter
11.50 Tagebuch
12.10 Am Anfang die Erde
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Jeder hat sein Nest im Kopf
An glühende Stahlstraßen und eisenspeiende Öfen erinnert sich Rainer Buck, wenn er an die ehemalige Eisenhütte von Neunkirchen denkt. Doch heute ist der Stadt die Lebensader entzogen, die Hütte stillgelegt.
17.05 Ferien beim Opa
Geschichten von und mit Robert Naegele
17.20 1:0 für die Kinder
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Blauen und die Grauen
Seit Wochen belagert General Grant die strategisch wichtige Stadt Vicksburg, in der mittlerweile eine Hungersnot wütet. Dennoch gelingt es John Geyser, sich in diese Stadt einzuschmuggeln, in der seine Schwester lebt.
Anschl. Ein Platz an der Sonne
21.15 Die Pazifische Herausforderung
3. Teil: Europa im Abseits?
21.45 Walter Sedlmayrs Fernseh-Illustrierte
Als der vielgereiste Walter Sedlmayr in der Vorweihnachtszeit 1984 einen Südafrika-Trip unternahm, beeindruckte ihn zwar das „schöne und gesegnete Land", dennoch konnte er kaum etwas über die dort lebenden Menschen und ihre Probleme erfahren.
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Die irdischen Tage vergehen
Jugoslawischer Spielfilm (1979)
(Originalfassung mit deutschen Untertiteln)
0.28 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Einführung in das Mietrecht
12. Folge: Justitia drückt ein Auge zu
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Boomer, der Streuner
Muß Boomer sterben?
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Der Schlüssel
Endlich haben es Colt und Howie geschafft, sich zusammen mit dem Bankräuber Osborne auf den Weg nach Los Angeles zu machen. Dort wird der Gauner verurteilt, kommt jedoch bald wieder auf Kaution frei. Und sofort macht Osborne Jagd auf einen Schließfachschlüssel, der ihm Zugang zur versteckten Beute verschaffen soll ...
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Reportage am Montag
Je näher man dran ist ...
Ein bayerisches Dorf und drei Atomkraftwerke
Bericht von Hartmut Schoen
20.15 Das Zeichen der Musketiere
Italienischer Spielfilm (1962)
Mit George Nader u. a.
21.45 heute-journal
22.05 denkmal
Von der ernsten Musik bis hin zur darstellenden Kunst und zur Literatur reicht das Spektrum dieser Quizreihe, die besonders bei kulturbeflissenen Zuschauern auf Zustimmung stieß. Durch die Sendung führen Monika Moos und Helmut Greulich, die die Sendung auch zusammengestellt haben.
23.00 Freak Orlando
Film von Ulrike Ottlinger
0.55 heute

SAT 1

13.30 Solid Gold
(amerikanische Hitparade)
14.00 Die Waltons
Das Fest
15.00 Indian River
Begegnung mit Lennie
15.30 Musicbox
Videoclips der Pop- und Rockmusik, Pop-Infos, Interviews mit Stargästen, Gags und Überraschungen
16.30 Niklaas, ein Junge aus Flandern
Kopf hoch, Patrasch
17.00 Mondbasis ALPHA 1
Die Steinzeitfalle
Die Mannschaft der Mondbasis entdeckt einen neuen Planeten, dem sie den Namen Retha gibt. Ein Raumschiff wird ausgeschickt, um zu erkunden, um was für einen Planeten es sich handelt. Aber die Mannschaft kehrt nicht zurück. Der Funkkontakt reißt ab.
18.00 Westlich von Santa Fe
Rache für Fred
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Virginia (5)
19.40 Hardcastle & McCormick
Schule der Diebe
20.30 Top – die Wirtschaftsreportage
Moderation: Dr. Friedhelm Busch und Bettina von Websky
21.00 Galerie Buecher
21.30 APF blick:
Aktuell,
Rundblick
Sport und Wetter
22.15 Die blutigen Geier von Alaska
Deutscher Spielfilm (1973)
23.55 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Löwenzahn
14. Peter und der Butterberg
19.00 heute
19.30 Sportreport
mit „Sport am Montag" aus Österreich
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Das Lächeln einer Sommernacht
Schwedischer Spielfilm (1955)
Mit Ulla Jacobsson, Eva Dahlbeck, Harriet Andersson u. a.
23.30 Kennwort Kino
Anschl. 3SAT-Nachrichten

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Sport-Platz
21.00 Aktuelle Dokumentation
21.45 Landesspiegel
Der Mordfall Oppenhoff (2)
Ein Patriot muß sterben
22.15 Wiedergesehen – neugesehen
Der Nebbich
Lustspiel von Carl Sternheim
Mit Lola Müthel, Heinz Bennent, Karl Wesseler u. a.
Regie: Peter Zadek
23.35 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
19.15 Schrebers Erben (1)
20.00 Tagesschau
20.15 Ich weiß nicht, wer ich bin
Findelkinder sprechen über ihr Leben
21.00 Das Montagsthema
K. o. für die „Freiheit der Meere"
22.00 Coma
Amerikan. Spielfilm (1977)
Buch und Regie: Michael Crichton
23.50 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Catweazle (11)
18.55 Wombles (11)
19.05 Drei – D Spezial
Das dicke Kind
20.00 Kirche leiten heißt Spannungen aushalten
20.45 Die Sprechstunde
Das Magengeschwür
21.30 Drei aktuell
21.45 Direktion City
Leichenfund
22.30 Jazz-Fest Berlin '83
Max Roach Double Quartet

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.20 Ein Mann denkt um (1)
Gründung eines Öko-Hofes
20.50 Rückblende
Vor 85 Jahren:
Der Palast des Minos
Die Ausgrabungen von Sir Arthur Evans auf Kreta
21.05 Klimbim
21.50 Mit dem Bus nach USA
Ein schwäbischer Wagner erobert die Welt
22.35 Jazz
23.35 Nachrichten

BAYERN
18.15 Hereinspaziert
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Aus Forschung und Lehre
Berichte aus bayerischen Hochschulen
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
Reportagen – Analysen – Interviews
22.45 Z. E. N.
22.50 Der Aufpasser
Gut gezinkt ist halb gewonnen
23.35 Rundschau

Pankraz, die Schuld und die unguten Hirten

Das gemeinsame „Wort zum Frieden" der beiden evangelischen Kirchenbünde in Deutschland ist bisher leider nur vom politischen Standpunkt aus kritisiert worden; dringend nötig wäre aber, findet Pankraz, eine theologische Bewertung, denn der Skandal, den das Papier darstellt, ist in erster Linie ein theologischer Skandal. Ein Kernpunkt der christlichen Botschaft, das Schuldigwerden des Menschen vor Gott, seine Verstrikkung in die Macht des Bösen und seine Erlösungsbedürftigkeit, sie werden hier – man kann es nicht anders sagen – in billigster Weise profaniert und politisiert. Die führenden evangelischen Kirchenmänner Deutschlands haben damit ihre Gemeinde in Unfrieden und Unrast gestürzt.

Die vorbehaltlose Anerkennung der sogenannten „Nachkriegsordnung", der sie das Wort reden, ist eine alte sowjetische Forderung, sie schließt ein die Anerkennung der Spaltung Deutschlands und Europas, die Anerkennung einer dezidiert unchristlichen Diktatur über halb Europa, die Aberkennung der Bürgerrechte, die gerade die evangelische Kirche zum Beispiel in Südafrika so lautstark einfordert, für Millionen von Ost- und Mitteleuropäern, einschließlich der eigenen Landsleute in der „DDR".

Ist es an sich schon ein starkes Stück, als Kirchenmann und Mann Gottes ein solches An- und Aberkennungsprogramm zu unterstützen, so wird die „Begründung", die die vereinigten ostwestlichen Seelenhirten für ihre Haltung liefern, zur puren Unerträglichkeit. Die „Nachkriegsordnung", so geben sie zu verstehen, sei eine Art göttliches Strafgericht, sie sei Folge der Schuld, die speziell der deutsche Mensch auf sich geladen habe, sie müsse also nicht nur deshalb anerkannt werden, weil sie angeblich den Frieden sichere, sondern vor allem deshalb, weil sie Bestandteil des von Gott über die Deutschen verhängten Schuld-Sühne-Zusammenhangs sei.

Abgesehen davon, daß hier die Polen und andere nichtdeutsche Ost-Mitteleuropäer, die ja ebenfalls unter der Diktatur leiden, ohne weiteres in das innerdeutsche Schuld-Sühne-Geschehen einbezogen werden, verblüfft die Unbekümmertheit, ja, Dreistigkeit, mit der die Hirten mit dem Zentralbegriff der Schuld herumhantieren. An sich ist die Schuld nach christlich-evangelischem Verständnis eine tragische Konstituente des Menschseins überhaupt, etwas, das der einzelne, weit jenseits jeder irdischen Rechtsprechung, mit sich und Gott allein ausmachen muß. Im „Friedenswort" der Hirten hingegen schnurrt sie zu einer regionalen Angelegenheit zusammen, zu einem *Fluch*, der zudem allein die Deutschen betreffen soll. So wie es in bestimmten animistischen Religionen bestimmte verfluchte, mit einem Tabu belegte Gegenden gibt, so gibt es für die evangelischen Oberhirten bestimmte verfluchte Völker, genauer: ein einziges verfluchtes Volk, das eigene, das sich deshalb nicht um Selbstbestimmung kümmern dürfe und das sich alles gefallen lassen müsse.

Und schlimmer noch: Die Oberhirten führen sich auf, als seien sie nicht Bestandteil dieses angeblich verfluchten Volkes, sondern eine fünfte Besatzungsmacht, berechtigt, dem Volk von oben herab die Leviten zu lesen. Zwar gab es einige spezielle Schuldbekenntnisse der Hirtenschaft, aber sie dienten offenbar nur dazu, um sich Luft zu verschaffen für donnernde Kapuzinerpredigten wider die eigenen Schäflein. Unsere evangelischen Hirten beten offenbar nicht mehr: „Herr, nimm die Schuld von uns und unserem Volk", sondern sie beten viel eher: „Herr, halte sie fest in ihrer verfluchten Schuld, auf daß sie kirre werden und auf unser Donnerwort hören."

Es ist dies eine vorchristliche, allenfalls alttestamentarische Verhaltensweise. Unsere Hirten fühlen sich offenbar als ein zweiter Jesaja oder Jeremia, sie tun so, als gäbe es nicht längst die Frohe Botschaft, Vergebung und Gnade für jeden einzelnen. Das hängt damit zusammen, daß tatsächlich immer weniger von ihnen selbst an die Frohe Botschaft glauben. Statt Theologie praktizieren sie Soziologie, statt Verkündigung fade, transzendenzlose „Mitmenschlichkeit", statt Nächstenliebe Fernstenliebe. Statt Trost zu spenden, verbreiten sie Augenblickspanik und Lebensangst, statt Normen zu setzen, organisieren sie „Märkte der Möglichkeiten". Wenn man ihrem Treiben zusieht, könnte man oft glauben, nicht Christus, sondern der Antichrist, nicht Gott, sondern der Teufel sei in ihnen lebendig.

Wie sagte der amerikanische Präsident Reagan auf seiner letzten Pressekonferenz in Washington? „Wir sollten diesen Tag (den 8. Mai) als jenes Datum feiern, an dem vor vierzig Jahren der Frieden und die Freundschaft begannen ... Ich meine, daß den deutschen Menschen, von denen wenige noch leben, die eine direkte Erinnerung an den Krieg haben, ein Schuldgefühl aufgebürdet wurde, und das ist unnötig. Sie verdienen vielmehr Anerkennung für die Demokratie, die sie geschaffen haben ..."

Das war wahrhaft christlich gesprochen, die deutschen evangelischen Hirten könnten sich daran ein Beispiel nehmen. Für Reagan sind die Schrecken des Krieges und die Verbrechen nicht vergessen, aber sie sind „aufgehoben" im doppelten, hegelschen Sinne, nämlich bewahrt in der Erinnerung der Nachgeborenen als Menetekel und Lehre, gleichzeitig getilgt in ihrer Schulddimension durch tätige Wiedergutmachung einerseits, göttliche Gnade und christliches Verzeihen andererseits. Die Schuld rückt in eine historische Distanz, aus der heraus sie nicht mehr als Knüppel für Politiker, die im Trüben fischen wollen, und als Totschlagewort für selbsternannte Kapuzinerprediger verwendbar ist.

„Ich habe Lust an der Liebe und nicht am Opfer", sagt der an sich nicht ungrimmige Prophet Hosea, „ich habe Lust an der Erkenntnis und nicht am Brandopfer ..." Unsere Hirten sollten sich's endlich hinter die Ohren schreiben.

Pankraz

Neuer Muppets-Film

Manhattans Hochzeit des Jahres

Sie haben schon Hollywood, London und die Teleschirme aller Herren Länder im Sturm genommen. Jetzt rücken sie dem Big Apple auf den Leib: der grüne Froschmann Kermit, Miss Piggy, Fozzy Bär, Rowlfs, der Hund, Gonzo mit dem Elefantenrüssel und all die anderen bizarren Helden aus Jim Hensons Puppenshow-Agentur. In ihrem dritten Spielfilm „Die Muppets erobern Manhattan", in dem Hensons Partner Frank Oz Regie führt, träumt die verrückte Plüschtier-Gang von Broadway-Ehren.

Das Artisten-College irgendwo in der Provinz hat die Truppe mit Bravour absolviert, hat als Abschlußarbeit sogar ein tolles Musical, „Broadway Melodies", geschrieben und zur Aufführung gebracht. Nun fehlt ihr zum Senkrechtstart im Show-Geschäft nur noch der Produzent. Den zu finden, ist freilich schwer. Bald nagen die Provinzler am Hungertuch.

Im Verlaufe des Film erleben wir, was Kermit, das Entertainer-Genie, alles anstellt, um einen Produzenten von seinem Musical, in dem es übrigens um die Traumhochzeit eines jungen Paares in New York City geht, zu überzeugen. Er antichambriert auf Chefetagen, schleicht sich, ganz groß in Schale, in Prominentenlokale wie das berühmte „Sardi's" ein, wo er Liza Minellis Porträt von der Wand nimmt und sein eigenes in die illustre Reihe der unsterblichen Showgrößen eingliedert. Er läuft sich am Times Square buchstäblich die Hacken ab.



Die Braut trägt weiß: Miss Piggy und Kermit am Traualtar FOTO: VERLEIH

Und nachts spült er Teller in Pete's kleiner Imbißstube.

Was diesen Film so reizvoll macht, ist nicht zuletzt der Schauplatz New York. Nirgendwo sonst auf der Welt laufen mehr Sonderlinge durch Straßen und Parks als in dieser Stadt. Und die Muppets reihen sich ganz trefflich in das bunte Panpoptikum ein. Auf der Madison Avenue und am Times Square fallen sie nicht einmal sonderlich auf. Sie begegnen Liza Minelli und Brooke Shields ebenso selbstverständlich wie dem Bürgermeister Ed Koch.

Am Ende steht ihre Show auf der Bühne des Biltmoretheaters. Das Bühnenbild ist zartrosa und weiß und ganz im Zuckerbäckerstil gehalten. Es gibt eine Reihe hinreißender Songs, für die der Film übrigens eine Oscar-Nominierung erhielt. Und es gibt eine unvorhergesehene Überraschung. Kermit und Miss Piggy werden auf offener Bühne legitim getraut, was Kermit weniger, Piggy dagegen ausgesprochen recht ist.

DORIS BLUM

Die Diskussion um Caravaggio neu entfacht: Zur Ausstellung im New Yorker Metropolitan Museum

Ewig auf der Flucht vor dem Gesetz

Amerika, sonst so reich mit teuer erkauften europäischen Kulturgütern gesegnet, kann sich nur einer Handvoll Caravaggios von zweifelsfreier Provenienz rühmen. New Yorks Metropolitan Museum hat die „Musikanten" vorzuweisen, Museen in Hartford, Kansas City und Cleveland besitzen je ein Werk des Künstlers. Caravaggio ist deshalb für die meisten Amerikaner nicht mehr als ein illustrer Name, mit dem sich nur unklare Vorstellungen verbinden.

Nun zeigt das New Yorker Metropolitan Museum eine Ausstellung mit 101 Werken aus der Zeit Caravaggios und dazu 41 Gemälde, die entweder von der Hand des Meisters selbst stammen, ihm zugeschrieben oder doch zumindest „nach Caravaggio" gemalt sind. Gerade die „dubiosen" Caravaggios, so erhofft sich die Ausstellungsleitung (ein Team von Caravaggio-Experten aus Europa und den USA), sollen eine öffentliche wie auch wissenschaftliche Debatte über das Werk des Künstlers stimulieren. Nach den großen Caravaggio-Ausstellungen 1951 in Mailand, in Paris 1965 und einer kleineren in Cleveland 1971 ist dieses nun der vierte ambitionierte Versuch, sich mit dem Werk des früh verstorbenen Michelangelo Merisi, genannt Caravaggio (1571–1610), auseinanderzusetzen.

Wie immer bei solchen großangelegten Museumsausstellungen, so arbeiten auch hier Presse und Museen Hand in Hand, um die Öffentlichkeit gebührend auf das Ereignis vorzubereiten. Der Caravaggio, der hier der Öffentlichkeit verkauft wird, ist mehr romantischer Held und asozialer Außenseiter als ein malender Revolutionär. Artikel über Artikel breiten sich lang und genüßlich über die schmuddeligen Details des Lebens von Caravaggio aus, über den Faustkämpfer, der Kellner mit Artischocken bewirft, einen Mann wegen eines Tennisspiels umbringt und ewig auf der Flucht vor dem Gesetz ist, einen Mann, der die Schattenseite des Lebens lebt, in dessen Bildern ewige Nacht herrscht, einen, der sich mit Nutten und Ganoven umgab, die Unterwelt malte und ihre Gestalten für Heilige ausgab. Das ist der Stoff, aus dem sich Legenden weben lassen und eine Biographie, die so manch einen Neugierigen ins Metropolitan Museum locken mag.

Hier nun enthüllt sich eindrucksvoll, was Caravaggio künstlerisch zu einem Rebellen und Neuerer gemacht hat. Es geht nämlich nicht um Caravaggio allein, sondern um „The Age of Caravaggio". Durch Vergleich und Gegenüberstellung mit den Zeitgenossen bemüht man sich, die Einzigartigkeit Caravaggios klar hervortreten zu lassen. So beginnt die Ausstellung mit einer Reihe von Werken aus Caravaggios norditalienischer Heimat, mit Vincenzo und Antonio Campi sowie Simone Peterzano. Anschließend begegnen wir Zeitgenossen aus Rom und Florenz, darunter Federico Barocci und Guido Reni, aber auch Peter Paul Rubens, der sich damals gerade in Italien aufhielt.



Lichtregie wie aus einem imaginären Film: Caravaggios „Bacchus" in der New Yorker Ausstellung (Leihgabe der Uffizien) FOTO: METROPOLITAN

Die Idee dabei ist gleichzeitig die Prämisse der Ausstellung: daß nämlich aus dem Zusammenstoß zwischen Caravaggios naturalistischer, lombardisch-nördlicher Malweise und der idealisierten, stilisierten römischen Malerei eine Art kreatives Ferment entstand, das wesentlich für das ikonoklastische Element bei Caravaggio verantwortlich ist. Das wirklich Neue, Revolutionäre an Caravaggios Werk macht die Gegenüberstellung mit den Zeitgenossen deutlich: Auf Caravaggios Leinwänden tummeln sich – obwohl er fast ausschließlich mythologische oder religiöse Themen darstellt – keine idealisierten Gestalten, sondern wirkliche Menschen. Nicht umsonst wurde er „der Maler der schmutzigen Füße" genannt: realistische Details wie zerrissene Kleider, schütteres Haar, faltige Gesichter finden sich durchgängig in seinem Werk.

In einem Zeitalter, das weiterhin den überlieferten Schönheitsidealen von Raffael und der hellenistischen Skulpturen anhing, mußte ein Maler wie Caravaggio, der die Heilige Jungfrau mit aufgequollenem Bauch wie eine Wasserleiche malte oder Johannes den Täufer als einen alabasterfarbenen, sinnlich vor sich hinbrütenden Knaben darstellt, revolutionär wirken. Tatsächlich war die „Perversität", die provokative und dazu noch ohne Zweifel bisexuelle Sinnlichkeit des Caravaggio schon zu seinen Lebzeiten ein Thema: Das ursprünglich in Auftrag gegebene Altarbild „Tod Mariä" z. B. wurde von den Kirchenvätern von Santa Maria della Scala in Rom nicht abgenommen, und nur der Intervention von Rubens, der das Geniale in Caravaggio erkannt hatte, ist es zu verdanken, daß der Herzog von Mantegna das Bild erwarb.

Viel ist auch über das Licht bei Caravaggio bemerkt worden, jenen scheinwerferähnlichen Lichtstrahl, der das stetige Dunkel der Welt Caravaggios durchbohrt und sich wie ein Spotlight auf die Protagonisten seiner dramatischen Handlungen ergießt, die nicht selten wie Standaufnahmen aus einem imaginären barocken Film wirken. Dramatisch ist das Geschehen immer, vor allem, wenn Caravaggio sich blutrünstigen biblischen Geschehnissen zuwendet: Judith köpft den Holofernes („Judith und Holofernes"), David den Goliath, („David mit dem Kopf Goliaths"), Abraham (fast) den Isaak („Die Opferung Isaaks"). Christus wird mit der Dornenkrone gekrönt oder gegeißelt – und auf alle diese Kompositionen fällt jener charakteristische Lichtstrahl, der den Kompositionen Caravaggios eine fast überirdische Bedeutsamkeit verleiht.

Hand in Hand mit dieser „Lichtregie" geht Caravaggios revolutionärer Umgang mit dem Bildraum und der Perspektive, die sich nun nicht mehr, wie bisher, vom Betrachter wegentwickelt, sondern so gestaltet ist, daß Caravaggios Gestalten ganz plastisch auf den Betrachter zukommen. So strecken sich die Hände der Jünger in „Christus in Emmaus" dem Betrachter fast ins Gesicht, scheint das gezückte Messer des Abraham, mit dem er den sich windenden Isaak opfern will, aus dem Bildrahmen herauszuspringen.

Die Figuren Caravaggios erhalten so eine bestürzende Unmittelbarkeit. Die Heiligen, die Gestalten der Bibel, sind keine toten Helden, deren Körper er aus Anatomiebüchern und von antiken Statuen kopiert, sondern Menschen aus Fleisch und Blut, die er auf der Straße findet, als Modell anheuert und, ohne vorher eine Zeichnung angefertigt zu haben, direkt auf die Leinwand bannt.

Die Bewunderer des Caravaggio reichen von Rubens über Cézanne bis zu Frank Stella, der sich kürzlich in einer Vortragsreihe an der Harvard Universität mit Caravaggio auseinandersetzte. Daß Caravaggio gerade dem heutigen Künstler viel zu sagen hat, mag mit seiner einzigartigen Position in der Geschichte zusammenhängen, die der des heutigen Künstlers nicht ganz unähnlich ist. Während sich Caravaggio mit dem Erbe der Renaissance – zugleich Inspiration und schwere Bürde – herumschlagen mußte und schließlich darüber hinauswuchs, so muß der Künstler von heute immer noch das Erbe der Moderne überwindend zu verarbeiten suchen. (Bis 14. April; Neapel 12. Mai bis 30. Juni; Katalog: Leinen, 35 Dollar, Paperback 24,95 Dollar)

VERA GRAAF

Darmstadt: Webster/Bonds „Der weiße Teufel"

Herzog Orsini atmet Gift

Die historische Adlige Vittoria Accoramboni (1557–1585), von der einige Renaissance-Dichtungen erhalten sind, war unglücklich verheiratet mit einem Herrn Peretti, dessen Onkel Kardinal war und 1585 Papst Sixtus V. wurde. Paolo Orsini, Herzog von Bracciano, mit Isabella von Medici verheiratet, verliebte sich in die schöne Vittoria, erdrosselte seine Frau, ließ durch Vittorias Bruder den Peretti umbringen und heiratete heimlich Vittoria.

Diese Ehe wurde zunächst auf Betreiben des Hauses Medici annulliert, aber 1584 heirateten die beiden aufs Neue, flohen aber aus Angst vor dem Kardinal an Orsinis Hof nach Padua. Dort starb Paolo Orsini eines natürlichen Todes, und im Erbstreit zwischen Vittoria und Paolos Bruder Lodovico machte dieser kurzen Prozeß und ließ Vittoria ermorden. Wie weit Vittoria in die Verbrechen verwickelt war, ist unbekannt.

John Websters Schauerdrama von 1608 verrät im Titel schon die Umgestaltung: „Der weiße Teufel oder die Tragödie Paulo Giordani Orsinis, Herzog von Bracano, mit dem Leben und Tod der Vittoria Corombona, der berühmten venezianischen Kurtisane".

Vittoria hat also eine zweideutige Vergangenheit, ihr Bruder Flamineo ist ihr skrupelloser Kuppler, der sie als Mittel zu seinem Aufstieg ausersieht, ihren Mann ermordet, nebenbei seinen eigenen Bruder niedersticht, während Orsini seine Frau durch Gift beseitigen läßt, nachdem er und Vittoria den Kardinal und den mediceischen Schwager verhöhnt haben, – eine Welt, die durch den Sonderfall einer anmaßenden Hure erschüttert wird. Am Ende leitet der listige Chef des Hauses Medici, als verbündeter moresker Feldherr verkleidet, persönlich das Rachegeschäft in Padua: Orsini wird mit einem Atemgift gräßlich langsam zu Tode gebracht, und zwei Gedungene, als Franziskanermönche verkleidet, hauen den Kuppler Flamineo und die Hure Vittoria nieder.

Man sieht, die historischen Tatsachen sind aufschlußreicher als die damaligen englischen Theater-Gigantomachien, aufschlußreicher für das Zeitalter, das einen Borgia als Papst Alexander VI. gesehen hat, der während seines Papsttums mit seiner geliebten Vanozza drei Kinder zeugte, Cesare, Giovanni und Lucrezia, und dessen Urenkel Francisco Borgia 1565 Jesuitengeneral wurde und später sogar als Heiliger in den Kalender einging.

Edward Bond, der das Stück bearbeitet hat, nimmt keine wesentlichen Eingriffe in Websters Text vor; es ist eine jener leichten Arbeiten, mit denen sich Dramatiker in unproduktiven Zeiten zwischendurch Tantiemen ergattern. Die Übersetzung von B. K. Tragelehn nimmt die manieristische Syntax der expressionistischen Anfänge Brechts zum Vorbild.

Matthias Fontheims Darmstädter Regie übertreibt den Manierismus derart, daß die grauenvolle Geschichte stellenweise durch expressionistisches Stakkato und Holzschnittversimpelung zu einem komischen Spektakel wird, das uns nichts angeht. Fontheim scheint der Meinung zu sein, daß die elisabethanischen Riesengebärden heute nicht mehr ankommen. Dabei vergißt er, daß wir in diesem Jahrhundert mehr Schrekken gesehen haben und noch sehen, als auf jenem Theater geboten wurden.

Noch dazu kommen die Manierismen stoffelig daher. In der Szene, in der ein verbrecherischer Doktor dem Orsini die Ermordung Isabellas und Perettis als zauberische Vision vorführt, redet Orsini stockend Silbe für Silbe vor sich hin; das soll die magische Atmosphäre andeuten, ist aber so lächerlich, daß hier und da spöttisches Lachen aufkommt. Ebenso stakkato verabschiedet sich der von Flamineo erstochene Bruder mit einer längeren Silbenstecherei. Und dito der Orsini!

Er steht mitten auf der Bühne unter dem von Atemgift erfüllten Helm, atmet wie eine prustende Maschine und klagt langsam, Silbe für Silbe, vor sich hin. Und als Flamineo seinen Bruder ersticht, ist die alte Mutter zugegen, läßt einen langen, dem hohen C nahen Klagepiepser los und sagt dann ganz sachlich: „Mord". Vittoria stirbt unter den Schwertern der Killer singend. Orsini, der Kerl, der nach allem greift, was ihm gerade begehrenswert scheint, schleicht meist geduckt wie ein Dieb herum, der Himmel weiß, warum.

Die hohen Wände von Klaus Gelhaars Bühnenbild versprechen anfangs viel und halten dann wenig. Die Spieler tun, was sie können, das Publikum applaudiert ihnen und übergießt Fonttheim zu Recht mit einem Sturm von Buhs.

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Freiburg spielt Händels Oratorium „Susanna"

Liebestrunken im Gras

Vor allem in der Kunstgeschichte hat das Thema Karriere gemacht: Tintoretto nannte sein Bild „Susanna", Rubens malte „Susanna im Bade", Paolo Veronese und Rembrandt „Susanna und die beiden Alten". Das Motiv ist jedesmal dasselbe; es stammt aus der Bibel, genauer: aus den sogenannten Apokryphen. Susanna, schön, jedoch schon verheiratet, wird beim Baden von zwei alten Lüstlingen beobachtet, die gerne innäheren Kontakt mit ihr träten. Als sie sich weigert, bezichtigen die beiden Männer Susanna des Ehebruchs. Sie wird deshalb zum Tode verurteilt. Da tritt Daniel auf den Plan, der Vertreter göttlicher Gerechtigkeit, entlarvt das falsche Spiel und rehabilitiert Susanna.

Nachdem Georg Friedrich Händel der dem Komponieren von Opern längst abgeschworen hatte, formte er aus diesem Stoff 1749 ein Oratorium, das allerdings – ganz im Gegensatz zum „Susanna"-Erfolg der verschiedenen Maler – nur höchst selten vor ein Publikum kommt. Ganz zu verstehen ist das nicht: Die Musik ist enorm lebendig, sie verfügt über eine Menge Glut und Esprit.

Festzustellen war das jetzt im Freiburger Theater, das eine szenische Aufführung des fast vergessenen Oratoriums auf die Bühne brachte. Regie führte die junge Münchnerin Annegret Ritzel, die mit dem Problem, lange Da-Capo-Arien durch die Inszenierung zu verkürzen, mit fast schon spielerischer Leichtigkeit fertig wurde.

Susanna und ihr Mann Joachim legen vor Joachims Abreise – er wird erst am Ende des Stückes für den Schlußjubel wieder benötigt – schnell noch einige Wäschestücke zusammen oder tummeln sich liebestrunken im Gras. Die Auftritte des Chores sind liebevoll und farbenprächtig ausinszeniert, die beiden alten Lüstlinge, sozusagen die Schurken des Stücks, sorgsam gegeneinander abgesetzt: Böse und gefährlich der eine, komisch und unbeholfen dagegen der andere.

Annegret Ritzels Regie war werkdienlich im besten Sinne des Wortes: Ohne das Stück mit fremden Ideen zu überfrachten, hat sie genügend charmante Details und genaue Charakterzeichnungen parat, um das Oratorium zu einer optischen Attraktion zu machen. In Freiburg wurde ein weiterer Beweis geliefert, daß Händels Oratorien in Wirklichkeit verkappte Opern sind, daß ihr Platz deshalb viel eher auf der Bühne als im Konzertsaal ist.

Erstaunlich gut wurde auch das Freiburger Orchester unter Jonathan Seers mit Händels Klangbild fertig: Es spielte mit großer Genauigkeit, artikulierte prägnant und verhalf so dem Klangbild zu Transparenz und Lebendigkeit. Raimund Gilvan und Jesse Coston gestalteten die Partien der beiden Alten stimmlich solide und durchaus mit komödiantischem Talent, der Star des Freiburger Ensembles aber war unstreitig einmal mehr Deborah Polaski in der Titelrolle.

STEPHAN HOFFMANN

KULTURNOTIZEN

Die Neue Pinakothek in München zeigt vom 3. April bis zum 2. Juni die Ausstellung „Von Abilgaard bis Marstrand" - Meisterzeichnungen der Kopenhagener Schule.

Carlo Scarpa wurde die Ausstellung „Fragmente einer Architektur" gewidmet; sie findet im Rahmen der „Europäischen Kulturtage 1985" bis zum 3. Mai in Karlsruhe statt.

Zu Alban Bergs 100. Geburtstag wird im Prunksaal der Wiener Nationalbibliothek vom Mai bis Oktober eine Ausstellung gezeigt.

Den Bernard-Lecach-Preis erhielten in Paris Eugen Kogon, Hermann Langbein und Adalbert Rückerl.

Zwei Fachbibliotheken für Germanistik hat die Bundesrepublik der ersten Pekinger Fremdsprachenhochschule geschenkt.

Jazzer aus zehn Ländern treffen sich vom 14. bis 17. Juni im sauerländischen Balve.

Alokeranjan Dasgupta, Indologe aus Kalkutta, erhielt in München die Goethe-Medaille 1985; weitere Goethe-Medaillen erhielten in Bukarest der Lyriker Stefan Augustin Doinas, in Schweden Johannes Edfelt, in Tel Aviv Marc Scheps und in den USA die Verlegerin Helen Wolff.

John Haley „Zoot" Sims, der Tenorsaxophonist, ist 59jährig in New York gestorben.

Raoul Ubac, französischer Maler und Bildhauer, verstarb 75jährig in Beauvais bei Paris.

JOURNAL

Startet Düsseldorf ein Deutsches Musikfestival?

DW. **Düsseldorf**

Mit den Vorplanungen für ein „Deutsches Musikfestival", das ab 1986 jährlich in Düsseldorf stattfinden soll, ist der frühere Intendant der Berliner Philharmoniker, Peter Girth, beauftragt worden. Im Juni will der Düsseldorfer Stadtrat über Girths Konzeptpapier entscheiden. Der Ehrgeiz des Festivals ist, Musik der Klassik und Romantik mit zeitgenössischer Musik zu konfrontieren. Außerdem soll bei den Interpreten das Schwergewicht auf deutsche Künstler gelegt werden.

Leonce-und-Lena-Preis für Hans-Ulrich Treichel

dpa, **Darmstadt**

Der mit 12 000 Mark dotierte Leonce-und-Lena-Preis für Nachwuchslyriker geht in diesem Jahr an den Germanisten Hans-Ulrich Treichel (33) aus Berlin. Zwei zusätzliche, mit jeweils 6000 Mark dotierte Förderpreise erhielten der 28jährige Hansjörg Schertenleib aus Zürich sowie die 32jährige Übersetzerin Sabine Techel aus Berlin.

Frankfurt unterstützt Studenten-Philharmonie

dpa, **Frankfurt**

Die Junge Deutsche Philharmonie, ein Orchester aus Studenten sämtlicher bundesdeutscher Musikschulen, wird gegen Ende des Jahres in Frankfurt ein festes Domizil finden. In der geplanten „Kulturschirn" sollen dem Orchester Probenräume und Büros zur Verfügung gestellt werden. Weitere Mitglieder der Philharmonie haben kleinere Ensembles gegründet, die sich vorrangig der zeitgenössischen Musik und der Entwicklung neuer Konzertformen zuwenden.

Italiens Kunstwerke verstauben in Kellern

dpa, **Rom**

Immer mehr Kunstwerke verschwinden nach Angaben des staatlichen Statistikamtes in den Museumskellern Italiens, da keine Gelder für deren Restaurierung vorhanden seien. Zwei Drittel aller Kunstwerke in Italien führen ein Schattendasein in dem Publikum nicht zugänglichen Räumen. Auch der Kunstraub nimmt ständig zu; täglich werden landesweit ca. 40 Kunstwerke gestohlen.

Werner Herzog inszeniert Busonis „Faustus"

DW. **Bologna**

Der Filmregisseur Werner Herzog inszeniert derzeit am Teatro Comunale von Bologna Ferrucio Busonis Oper „Doktor Faustus". Unter Verwendung von erst seit kurzem zugänglichen Skizzenmaterial des Komponisten hat Antony Beaumont eine neue Schlußszene für das unvollendet hinterlassene Werk komponiert. Premiere unter dem Dirigenten Zoltan Pesko ist am 2. April.

Abstrakte Maler der inneren Emigration

DW. **Mainz**

Zuerst war die Ausstellung im Bonner Bundeskanzleramt zu sehen. Weil sie dort jedoch nicht allgemein zugänglich war, wurde die Übersicht „Abstrakte Maler der inneren Emigration" nun vom Landesmuseum Mainz übernommen. Sie umfaßt jeweils rund ein Dutzend Werke von Max Ackermann, Willi Baumeister, Georg Meistermann, Ernst-Wilhelm Nay, Otto Ritschl, Theodor Werner und Fritz Winter. Damit soll der Einfluß von Künstlern auf die Kunst der Nachkriegszeit dokumentiert werden, die trotz Mal- oder Berufsverbot im Verborgenen die Tradition der klassischen Moderne aufnahmen und fortzuführen versuchten. Die Ausstellung ist bis zum 31. März zu sehen, der Katalog kostet 18 Mark.

Joachim Haecker 75

„Realismus von der anderen Seite, kein Surrealismus – das ist etwa meine Richtung", hat der Dramatiker, Lyriker und Erzähler Hans-Joachim Haecker, der heute 75 wird, einmal über sich selbst gesagt. Und so liegt das Interesse des in Königsberg geborenen, im Schuldienst in Ostpreußen und – nach britischer Kriegsgefangenschaft in Ägypten – in Niedersachsen tätigen Philologen in der seismographischen Aufzeichnung unserer Existenz in einem scheinbar sinnentleerten Kosmos. Von seinen Dramen am erfolgreichsten war der Einakter „Dreht euch nicht um", in dem sich zwei Jüdinnen, die gegen ihren ehemaligen KZ-Kommandanten aussagen sollen, aus Furcht für das Vergessen entscheiden. Er wurde als Fernseh- und Hörspiel gesendet und in zehn Sprachen übersetzt. Für sein dramatisches Werk wurde Haecker 1961 mit dem Gerhart-Hauptmann-Preis ausgezeichnet. Seine Gedichte, unter anderen sei der Band „Lautloser Alarm" genannt, sind den Lesern der WELT durch Erstveröffentlichungen bestens bekannt.

bis.

Eine Million Kompostwürmer verabschiedeten sich französisch

DAGMAR REICHARDT, Köln

Daß Kleinvieh auch „Mist macht", bekam die Domstadt Köln in einem unüblichen Sinn zu spüren. Eine Million Regenwürmer wurden in den vergangenen vier Jahren zu einer regelrechten Staatsaffäre. Der Wurmstreit zwischen einer Rentner-Gemeinschaft in der Eifel und dem Kölner Landgericht hatte im Herbst 1981 ganz friedlich angefangen: Der „Rentner-Aktiv-Club" aus Stadtkyll wollte dem Kölner Grünflächenamt drei quirlige Kubikmeter Erde mit rund einer Million chilenischer Kompostwürmer zu umweltfreundlichen Versuchszwecken als Leihgabe überlassen. Die Stadt richtete den Tierchen der Gattung „Eisenia foetida" im Volksgarten am Eifelwall einen zünftigen Haufen Großstadtlaub ein, den die fleißigen Ringler im Laufe eines Jahres in lockeren, schwarzen Humus verwandelten.

Im Winter 1982 wollte der Initiator des erfolgreichen Abfallbeseitigungstests, Paul Wilms, im Namen des Clubs seine Zöglinge wieder in Empfang nehmen. Sie sollten – so die Hoffnung der Rentner – gut genährt und ums tausendfache vermehrt zum heimischen Haufen zurückkehren. Doch – war's der Würmer Wanderlust, oder waren in der gelieferten Fuhre gar nicht eine Million Tiere gewesen? – bis auf ein paar kümmerliche Zehntausend hatten sich die wackeren Düngerproduzenten in die Weiten des Volksgartens verkrochen.

Die Rentner wurden böse und verlangten Schadenersatz. Schließlich hatten sie mit der Stadt einen Mietvertrag geschlossen. Als Kläger trat allerdings nicht die alternative Rentner-Kommune, sondern Frau Lucie Wilms auf. Sie hatte eine Rechtsschutzversicherung. Ihre Forderung: Zehn Millionen Würmer oder 400 000 Mark Schadenersatz. Aber Köln zahlte nicht. Jetzt wies auch das Gericht die Klage ab. Grund: Frau Wilms sei nicht legitimiert, als Einzelperson für den Club zu sprechen. Dazu hätte es der Unterschriften aller sieben Mitglieder bedurft. Mittlerweile sind einige der Rentner allerdings aus der Wohngemeinschaft im ehemaligen Stadtkyller Franziskanerinnen-Kloster ausgezogen. Doch die Wilms sieht sich im Recht, auch wenn der Schauspieler Willy Millowitsch – Ehrenmitglied der von den Wurm-Farmern begründeten „Weltorganisation für Humusproduktion" – meint, die Posse gehöre auf die Bühne. Ehemann Paul Wilms bedauert das Scheitern der Zusammenarbeit mit der Stadt. „Was einst in gutem Einvernehmen ausgeliehen wurde", müsse zurückgegeben oder bezahlt werden.

Die Geschichte der südamerikanischen Kriechtiere, die in ihrem dünnen, braun-gelben Körper fünf Herzen bergen, hat dennoch nicht auch nur ein Herz der Herren Richter nehmen können.

Scylla und Charybdis wahren ihren schlechten Ruf

KLAUS RÜHLE, Rom

Der Zusammenstoß von zwei Tankern in der Meerenge von Messina im Morgengrauen des Donnerstags hat ein drittes Todesopfer gefordert. Dazu kommen vier Verletzte. Vor allem aber droht eine verheerende Ölpest an den Küsten Siziliens und Kalabriens. Das Unglück ereignete sich im dichten Nebel an der engsten Stelle des Meeresarms zwischen dem italienischen Festland und Sizilien (s. Karte), zwischen Scylla und Charybdis also – schon in der Antike ein Ort des Schreckens. Heftiger Schirokkowind und Windstärke 6 trugen mit Schuld an dem Zusammenstoß und erschwerten die Hilfsaktion. Von den beiden Schiffen, dem griechischen Tanker „Patmos" (52 616 BRT) und dem spanischen Supertanker „Castigio de Monte Aragon" (150 000 BRT), erlitt der Grieche schwere Schäden. Die Opfer gehören zu seiner Besatzung. Der voll mit Erdöl beladene Tanker verlor aus der aufgerissenen Backbordseite mehr als 5000 Tonnen Rohöl, die sich in die Meerenge zwischen Kalabrien und Sizilien ergossen. Als Folge des Zusammenstoßes entstand Feuer im Maschinenraum der „Patmos", das in wenigen Minuten das ganze Schiff in Brand setzte. Ein dreißig Meter hohes Flammenmeer hüllte den griechischen Tanker ein und bedrohte den Küstenort Torre Faro bei Messina, auf den das Schiff hingetrieben wurde. Während von beiden Tankern SOS-Signale gefunkt wurden, griff an Land Panik um sich. Der Ort wurde vorsichtshalber evakuiert, weil man befürchtete, daß der Schiffsbrand auch auf die Rohölladung übergreifen würde. Das konnte verhütet werden. Es gelang sogar, den brennenden Tanker in der Nähe des Hafens von Messina zu verankern, das Feuer zu löschen und 27 von den 30 Mann Besatzung zu retten. Ein weiterer glücklicher Umstand ist die Tatsache, daß der aus Genua kommende spanische Supertanker leer war.



Andererseits hat der sich inzwischen geteilte Rohölstrom, der sich aus der aufgerissenen Flanke der „Patmos" auf einer Breite von 400 Meter ins Meer ergroß, bereits eine Länge von 30 Kilometern erreicht.

Über den Tiefgang der Ölschlange herrscht noch Ungewißheit. Die Behörden versichern, die Situation sei unter Kontrolle, man habe das Loch am Backbord des Schiffes stopfen können und sei dabei, der Erdölschwemme durch Lösungsmittel Herr zu werden. Doch die Furcht vor einer ökologischen Katastrophe für die sizilianischen und kalabrischen Küstenorte ist groß. Besonders bedroht ist der Badeort Taormina. Die Ölschlange ist nur noch ein paar Seemeilen von seinen Ufern entfernt. Falls der Wind nicht umschlägt, wird der Strand eine Beute der Ölpest.

Welcher von den beiden Tankern durch falsches Manöver den Zusammenstoß verursacht hat, steht noch nicht fest. Unter Anklage steht jedoch jetzt schon das italienische Handelsschiffahrtsministerium. In einer gemeinsamen Erklärung von „Italia Nostra", *der Liga für Umweltschutz, und* dem WWF wird festgestellt, daß die Katastrophe vorauszusehen war und zu vermeiden gewesen wäre, wenn das Ministerium nicht alle Warnungen in den Wind geschlagen hätte. Es seien zahlreiche Vorschläge zum Schutz der italienischen Mittelmeerküsten gemacht worden. Insbesondere habe man auf die Gefahren des Tankerverkehrs in der nur knapp zwei Seemeilen breiten Meerenge hingewiesen und gefordert, daß dieser Kanal zwischen dem Festland und Sizilien für Schiffe über 65 000 BRT mit gefährlichen Substanzen gesperrt werde. Dieser Vorschlag ruhe seit drei Jahren in einer Schublade des Ministeriums, das sich durch „totalen Immobilismus" auszeichne und für die jetzige Umweltkatastrophe verantwortlich sei.

Professor Claudio Botré von der römischen Universität, einer der bekanntesten Sachverständigen auf dem Gebiet der Meeresverschmutzung, versichert: Es gebe praktisch kein Mittel, um den angerichteten Schaden wieder gutzumachen. Das Desaster sei noch folgenschwerer als das an der Bretagneküste vor ein paar Jahren. Damals habe man den riesigen Ölfleck isolieren können; das sei im Trichter der Meerenge von Messina wegen der starken Strömungen unmöglich.

Über dem nächsten Modewinter liegt ein Hauch von Ironie



Yamamoto mit einem Hauch von Punk, der kaum gefiel. Japans Modestern verblaßt.

C. KNITTER, Paris

Spielerei mit Paradoxen ist das Motto von Frankreichs Modemachern. Über ihrer Prêt-à-porter-Mode für den nächsten Winter liegt ein Hauch von Ironie. Der neue Look aus Paris ist weniger streng konstruiert als bei der im vergangenen Herbst gezeigten Sommermode. Die neue Silhouette ist figurbetont, schlank, schmal, ohne übertrieben sexy zu wirken. Es wird kaum ein Unterschied zwischen der Tages- und Abendgarderobe gemacht. Die Frau im nächsten Winter gibt sich keß und nonchalant. „Was mich interessiert, sind Gegensätze", meint der Pariser Couturier Emanuel Ungaro. Er denkt dabei wohl an das Spiel „lang über kurz" und die verschiedenen in Paris gezeigten Rocklängen. Sie enden bei Yves Saint-Laurent knapp über dem Knie, bei Ungaro und vielen seiner Kollegen um Wadenmitte.

Eine der schönsten Kollektionen in der ersten Hälfte des Mode-Marathons zeigte Claude Montana. Der Trendsetter, der früher ein Faible für opernreife Schauen hatte, zeigt eine klare sportliche Linie mit perfekt geschnittenen Mänteln und Jacken. Bei ihm wird ein klassischer Doubleface-Trenchcoat mit zu Schals drapierten Ärmeln zu einem Kunstobjekt. Montana-Fans jubelten beim Anblick seiner weiten Kamelhaarpaletots über blauen Jeans-Westen, braunen Wildlederhosen und braunen Hemden. Begeisterungsstürme lösten auch seine bunten Abend-Trenchcoats aus Satin mit breiten bestickten Gürteln über schwarzen engen Röcken aus. Sie tauchten in den Schockfarben Pink, Rot, Grün, Lila und Bordeaux auf. Der Ärger ist, daß Montana sündhaft teuer ist.

Voller Witz und Charme war Thierry Muglers poppige Op-Art-Kollektion mit psychedelischen Drucken und einem ironischen Blick auf die sechziger Jahre, als man stramme Minis zu schenkelhohen Lederstiefeln trug. Bei Mugler taucht auch der Maxi-Military-Mantel auf sowie die Zimmermannshose mit weitem Schlag. Mugler ist ein Fan von bunten Webpelzen in Gelb, Orange, Lila oder Blau über Mini-Jerseykleidern. Der Clou seiner Kollektion waren schwarze lange Redingotes über schwarz-weißen Hosen-Ensembles. Dazu trugen die Mannequins große Sombrerohüte.

Anne-Marie Beretta gilt als die Architektin der modernen Mode und ungekrönte Königin wohlproportionierter weiter Mäntel, in denen man bei eisiger Kälte wohnen möchte. Unter ihren auf Popeline gefütterten Kamelhaar-Paletots, ihren weiten Teddy- oder Schaffellmänteln trägt man Kastenjacken und weite Hosenröcke oder Keilhosen in hohen Schnürstiefeln. Ihre Kollegin Chantal Thomass liebt es etwas romantischer. Die Modeschöpferin, die die schönste Damenwäsche von Paris entwirft, denkt bei ihrer Winterkollektion an weibliche Heldinnen wie Sissi, Heidi oder Mata Hari.

Von den japanischen Designern, die mit ihrem tristen Schlabberlook in der nächsten Saison wenig Chancen haben werden, schnitt Yohji Yamamoto mit seinen Frackjacken zu Jodhpur-Hosen oder langen schmalen Röcken mit Drapierungen um die Hüften am besten ab. Doch der Einfluß der Punk-Mode wirkt alles andere als schmeichelhaft.

Zurück zu Schönheit und Eleganz fand man bei Jean-Louis Scherrer. In der Boutiquemode dieses Couturiers findet die Dame klassische Zweireiher-Tweedkostüme mit langen taillierten Jacken, schmale Faltenröcke aus Kaschmirdrucken, Samtblazer mit Jacquardmuster zu Wildlederhosen, schöne Paletots und große Plaids, die man sich elegant über die Schulter wirft. (SAD)



Voller Witz und Charme: Thierry Mugler mit einer Mini-Anleihe aus den 60ern FOTOS: NIKE SCHENKL

Zweiter Großbrand auf den Galapagos-Inseln

DW. Quito

Das einzigartige Naturschutzgebiet auf den Galapagos-Inseln im Pazifischen Ozean scheint kaum noch zu retten zu sein. Nachdem auf der Insel Isabela schon 40 000 Hektar durch ein Großfeuer vernichtet wurden, brennt es jetzt auch auf der Insel San Cristobal. Von dem Feuer sind vor allem die Brutplätze der Riesenschildkröten bedroht. Die Hilfsmannschaften begannen jetzt mit der Evakuierung dieser und weiterer gefährdeter Tierarten. Die Regierung in Quito hatte am Freitag den Notstand für den Archipel ausgerufen. Das Feuer soll durch vulkanische Tätigkeiten ausgelöst worden sein. Allein auf Isabela gibt es sechs Vulkane, die zuletzt in den Jahren 1959 und 1976 ausgebrochen waren. 300 Mann sind im Einsatz. Ein 15 bis 20 Hektar großes Gebiet fing in der Nacht zum Freitag auch auf San Cristobal Feuer. Der Buschwald ist durch eine seit acht Monaten anhaltende Dürre ausgetrocknet. Das letzte Großfeuer auf dem Archipel dauerte 1968 vier Monate.

Wieder Zugunglück

dpa, Altenbeken

Beim zweiten Zugunglück innerhalb einer Woche im Bereich der Bundesbahndirektion Hannover kam am Samstag morgen auf dem Bahnhof Altenbeken bei Paderborn (Nordrhein-Westfalen) ein 48 Jahre alter Lokführer ums Leben, als sein Zug mit einem rangierenden Güterzug an einer Weiche kollidierte. Bereits am Mittwoch waren in Empelde bei Hannover zwei mit Benzin und Kohlen beladene Güterzüge kollidiert.

Neue Aids-Welle

dpa, London

Der internationale Handel mit Blutplasma-Produkten ist nach Ansicht von Peter Jones, einem führenden britischen Blutforscher, die Ursache für die weltweiten Aids-Erkrankungen. Das behauptete der Wissenschaftler in der Freitag-Ausgabe des Londoner „Guardian". Besonders gefährlich sei der Import von Blutplasma-Produkten aus armen afrikanischen Ländern, in denen der Aids-Virus verbreitet ist.

Amokfahrt gesühnt

AP, Santa Monica

Zu 106 Jahren Haft wurde am Wochenende der 21jährige Amerikaner Daniel Lee Young verurteilt. Er war am 27. Juli vergangenen Jahres kurz vor Beginn der Olympischen Spiele in Los Angeles mit seinem Pkw auf den Bürgersteig gerast und hatte dabei 54 Menschen umgefahren. Ein Tourist aus New York starb. Als Grund gab der Amokfahrer an, Wut über Popstars wie Michael Jackson, der seine Lieder gestohlen hätte.

Post würdigt E. E. Kisch

DW. Bonn

Mit einer Sonderbriefmarke würdigt die Deutsche Bundespost zu seinem 100. Geburtstag den „rasenden Reporter" Egon Erwin Kisch (1885–1948). Kisch gilt als Begründer der literarischen Reportage. Seine bedeutendsten Arbeiten waren „Hetzjagd durch die Zeit" (1926), „Wagnisse in aller Welt" (1927) und „Marktplatz der Sensationen" (1945). Während des Nationalsozialismus lebte der gebürtige Prager in Mexiko. Die 60-Pfennig-Sondermarke der Bundespost – Ausgabetag ist der 15. April – entwarf Professor Albrecht Ade aus Remseck.




WETTER: Wechselnd wolkig

Wetterlage: Die nach Deutschland eingedrungene frische und wolkenreiche Meeresluft gelangt unter kurzen Zwischenhocheinfluß, dem von Südwesten her schwache Tiefausläufer folgen.



Vorhersage für Montag:
Nur örtlich starke Bewölkung, sonst wechselnd wolkig mit Aufheiterungen. Im Alpenraum vereinzelt Schauer und gegen Abend in Südwestdeutschland strichweise etwas Regen, in den übrigen Gebieten weitgehend niederschlagsfrei. Temperaturen nachmittags 9 bis 12 Grad, an der Küste und im Mittelgebirgsraum bei 7 Grad.

Weitere Aussichten:
Leicht unbeständig. Im ganzen nicht unfreundlich. Temperaturen vorerst kaum verändert.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	11°	Kairo	22°
Bonn	8°	Kopenh.	2°
Dresden	10°	Las Palmas	20°
Essen	7°	London	9°
Frankfurt	8°	Madrid	10°
Hamburg	9°	Mailand	10°
List/Sylt	6°	Mallorca	16°
München	10°	Moskau	6°
Stuttgart	8°	Nizza	13°
Algier	16°	Oslo	1°
Amsterdam	6°	Paris	7°
Athen	15°	Prag	8°
Barcelona	14°	Rom	14°
Brüssel	6°	Stockholm	2°
Budapest	6°	Tel Aviv	18°
Bukarest	3°	Tunis	18°
Helsinki	2°	Wien	6°
Istanbul	4°	Zürich	7°

Sonnenaufgang* am **Dienstag**: 6.11 Uhr, Untergang: 18.45 Uhr; **Mondaufgang:** 7.58 Uhr, Untergang: –.– Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Trunkenheit am Steuer

150 000 Autofahrer verlieren pro Jahr ihren Führerschein

dpa, Mainz

Mehr als 150 000 Autofahrer büßen in der Bundesrepublik Deutschland jährlich ihren Führerschein wegen Trunkenheit am Steuer ein. Jeder Dritte der erstmals Verurteilten wird innerhalb der nächsten 60 Monate erneut rückfällig. Diese Zahlen nannte Professor Werner Winkler vom Technischen Überwachungsverein Hannover am Wochenende während der Jahrestagung der Gesellschaft für Verkehrsmedizin in Mainz.

Rückfällige Kraftfahrer erhielten ihren Führerschein erst wieder, wenn ein medizinisch-psychologisches Gutachten Zweifel an ihrer Fahreignung ausräume. Dies gelinge jedoch nur jedem zweiten Begutachteten, und von denen würden wiederum 24 Prozent in den nächsten 60 Monaten zum drittenmal wegen Trunkenheit am Steuer bestraft. Vorbeugende Maßnahmen griffen bei dieser Gruppe von Kraftfahrern nicht.

Bei der Verurteilung von Alkohol-Verkehrssündern richtet sich – so Winkler – das Augenmerk der Richter leider nicht auf das Alkoholproblem des Betroffenen und damit auf die hohe Rückfallgefahr, sondern allein auf die Tat. Gefahren sieht der Mediziner des TÜV vor allem in der Praxis der Behörden, jedem „Ersttäter" nach Ablauf der Sperrfrist die Fahrerlaubnis ohne Auflagen wieder zu erteilen: Nach Untersuchungen des TÜV an erstmals alkoholauffälligen Kraftfahrern mit hoher Alkoholkonzentration im Blut hätten sich bei 63 Prozent Zeichen für eine bestehende Alkoholabhängigkeit gefunden.

Im Bewußtsein der Öffentlichkeit werde das Alkoholrisiko im Straßenverkehr noch immer weitgehend bagatellisiert. Dabei nähmen gegenwärtig mehr als 12 000 Personen an Nachschulungsmaßnahmen teil, weil sie ihren Führerschein wegen wiederholter Alkoholauffälligkeit im Straßenverkehr verloren haben. Angesichts der hohen Dunkelziffer bei Fahrten im angetrunkenen Zustand sollten sich nach Auffassung von Verkehrspsychologen alle Maßnahmen auch an Ersttäter richten. Als Anreiz hätten sich Punktegutschriften in Flensburg oder die Aussicht erwiesen, früher wieder in den Besitz des begehrten Papiers zu gelangen.

LEUTE HEUTE

„Where is the beef?"

Der Spruch, mit dem die energische alte Dame in mehreren Fernsehspots die amerikanischen Zuschauer erfreute, wurde zu einem geflügelten Wort. „Where is the beef?" (Wo ist das Fleisch?) bellte die weißhaarige Kundin eines Hamburger-Restaurants in insgesamt zehn Werbefilmen. Der schlagkräftige Spruch war bald in aller Munde. Vor allem die Kandidaten der US-Präsidentschaftswahl 1984 bedienten sich der einprägsamen Formel, um anzudeuten, daß der jeweilige politische Gegner nichts Handfestes vorzuweisen habe. Jetzt aber hat die Suche der galligen Seniorin ein Ende. Die Schnellimbiß-Kette, die mit dem originellen Spot auf ihre eigenen, angeblich gehaltvolleren Hamburger hinwies und auf diese Weise ihren Umsatz im vergangenen Jahr immerhin um 31 Prozent steigerte, hat der Darstellerin **Clara Peller** (82) gekündigt. Grund: Die Greisin hat ihr Beef offensichtlich woanders gefunden, in der Spagettisauce der Konkurrenz.



Burtons Testament

Der im August '84 gestorbene britische Schauspieler Richard Burton hat seine Frau **Sally** zu seiner Haupterbin gemacht; außerdem wurden seine Stieftochter sowie zwei Kinder seiner früheren Frau **Elisabeth Taylor** bedacht. Wie bei der Eröffnung des Testaments in Hamilton (Bermuda-Inseln) bekannt wurde, erhält Sally Burton von dem Gesamtvermögen von umgerechnet 8,6 Millionen Mark den größten Anteil. Seine Töchter aus erster Ehe, **Katherine** und **Jessica**, bekommen je 1,1 Millionen Mark. Die von Burton und Frau Taylor gemeinsam adoptierte Tochter **Maria** erhielt 892 000 Mark.

ZU GUTER LETZT

Zahnarzt-Schulden nicht bezahlt: Gebiß zurück, meldete AFP aus den USA.